

Laaser, Claus-Friedrich; Rosenschon, Astrid

Research Report

Der Kieler Bundesausgabenmonitor 2024: Eine empirische Strukturanalyse des Bundeshaushalts

Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik, No. 47

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Laaser, Claus-Friedrich; Rosenschon, Astrid (2024) : Der Kieler Bundesausgabenmonitor 2024: Eine empirische Strukturanalyse des Bundeshaushalts, Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik, No. 47, ISBN 978-3-89456-479-7, Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/300576>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER BEITRÄGE ZUR WIRTSCHAFTSPOLITIK

**Der Kieler Bundes-
ausgabenmonitor 2024:
Eine empirische
Strukturanalyse des
Bundeshaushalts**



Nr. 47 Juli 2024

*Claus-Friedrich Laaser und
Astrid Rosenschon*

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-89456-479-7
ISSN 2567-6474

© Kiel Institut für Weltwirtschaft 2024

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht gestattet, das Werk oder Teile daraus in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder einem anderen Verfahren) zu vervielfältigen oder unter Verwendung elektronischer Systeme zu verarbeiten oder zu verbreiten.

Herausgeber:

Kiel Institut für Weltwirtschaft –
Leibniz Zentrum zur Erforschung globaler
ökonomischer Herausforderungen
Kiellinie 66, D-24105 Kiel
T +49 431 8814-1
F +49 431 8814-500

Schriftleitung:

Dr. Klaus Schrader (V.i.S.d. § 6 MDStV)

Redaktion:

Kerstin Stark, Britta Thun, Korinna Werner-
Schwarz

Das Kiel Institut für Weltwirtschaft ist eine
rechtlich selbständige Stiftung des öffentlichen
Rechts des Landes Schleswig-Holstein

Umsatzsteuer ID:

DE 251899169

Das Institut wird vertreten durch den Vorstand:

Prof. Dr. Moritz Schularick, Präsident,
Geschäftsführender Wissenschaftlicher
Direktor
Birgit Austen, Geschäftsführende
Administrative Direktorin

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Ministerium für Allgemeine und Berufliche
Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Bilder/Fotos:

Cover: © Fotolia | Eisenhans

<https://www.ifw-kiel.de/de/>

Überblick

- Der Kieler Bundesausgabenmonitor stellt eine Erweiterung des Kieler Subventionsberichts dar. Er basiert auf einer umfangreichen Datenbank, die aus der Auswertung von Bundeshaushaltsplänen und -rechnungen hervorgegangen ist und den Zeitraum 2000 bis 2024 abdeckt.
- Dabei werden die Bundesausgaben nach einem funktionellen Gliederungsschema dargestellt: (a) Ausgaben zur Korrektur der Einkommensverteilung (vor allem Sozialausgaben und Länderfinanzausgleich), (b) Finanzhilfen des Bundes (Ausgabesubventionen), (c) Ausgaben für Altlasten (Pensionen, Beihilfen, Zinsen auf die Bundesschuld), (d) Ausgaben für den Staatsapparat, (e) Ausgaben für innere und äußere Sicherheit, (f) Ausgaben für Bildung, (g) Ausgaben für Forschung, (h) Ausgaben für Infrastruktur (i) auslandswirksame Zahlungen und (j) Sonstiges.
- Der empirische Befund der Analyse lautet: Die Ausgaben zur Korrektur der Einkommensverteilung, die Finanzhilfen des Bundes und die Altlasten absorbieren zusammengekommen rund zwei Drittel des Bundeshaushalts für das Jahr 2024.
- Die Sozialausgaben und Ausgaben für Umverteilungsbürokratie in Höhe von 212 Mrd. Euro machen im Jahr 2024: 35,4 Prozent der Bundesausgaben und 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Der zweitgrößte Ausgabeblock sind die Finanzhilfen des Bundes, also die vom Bund geleisteten Ausgabesubventionen. Für das Jahr 2024 sind 127,3 Mrd. Euro geplant (Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes: 21,3 Prozent; BIP-Quote: 3 Prozent). Für Pensionen, Beihilfen etc. sowie für Zinsen sieht der aktuelle Bundeshaushalt für 2024: 53,3 Mrd. Euro vor, wovon 15 Mrd. Euro auf Pensionen und Beihilfen entfallen und 38,3 Mrd. Euro auf Zinsen (zusammen 8,9 Prozent der gesamten Bundesausgaben; 1,3 Prozent des BIP).
- Für den Staatsapparat sieht der Bundeshaushaltsplan für 2024 Ausgaben in Höhe von 16,7 Mrd. Euro vor. Davon entfallen 11,3 Mrd. Euro auf Bundesämter, Bundesanstalten und Bundesinstitute sowie 5,4 Mrd. Euro auf Ausgaben für die Arbeit von Legislative, Exekutive und Judikative. Insgesamt sind das 2,8 Prozent der bereinigten Ausgaben des Bundes oder 0,4 Prozent des BIP.
- Die auslandswirksamen Zahlungen des Bundes (ohne Ukraine-Hilfen) machen im Jahr 2024: 53,6 Mrd. Euro aus.
- Die Ausgaben des Bundes für äußere und innere Sicherheit werden nach der funktionalen Ausgaben-Gruppierung, die im Bundesausgabenmonitor zur Anwendung kommt, enger gefasst als üblich: Ein Teil der Posten wird anderen Funktionen wie dem Staatsapparat oder vergangenheitsbezogenen Ausgaben zugeordnet. Danach sind für das Jahr 2024 Bundesausgaben für äußere und innere Sicherheit im engeren Sinne mit 68,4 Mrd. Euro vorgesehen. Wenn alle Posten sowie verteidigungsnahe Ausgabepositionen anderer Ressorts bei der Berechnung der Bundesausgaben für äußere Sicherheit einbezogen werden, wie es die NATO vorsieht, hält Deutschland im Jahr 2024 das Zwei-Prozent-Ziel der Nato für Verteidigungsausgaben durchaus ein.
- In die Forschung außerhalb von Unternehmen fließen mit 14 Mrd. Euro nur 2,3 Prozent der Bundesausgaben; 0,8 Prozent des Ausgabevolumens fließen als Zuschüsse an sonstige Organisationen und Unternehmen, die potentiell einen volkswirtschaftlichen Nutzen haben können. Für die Bildungspolitik sind zwar vor allem die Länder zuständig, der Bund setzt für Bildung und Jugend (einschließlich Eingliederung in Arbeit und Arbeitsförderung) aber ebenfalls 11,4 Mrd. Euro ein, das sind 1,9 Prozent seiner gesamten Ausgaben. Für Infrastruktur (ohne Bahn: deren 11,7 Mrd. Euro sind bei Subventionen verbucht) sind mit 16,2 Mrd. Euro nur 2,7 Prozent des Budgetvolumens bzw. 0,4 Prozent im Verhältnis zum BIP vorgesehen.
- Bezieht man zusätzlich jene Finanzhilfen, die der Bund an Unternehmen für vorwiegend anwendungsorientierte Forschungsförderung sowie für die Bereitstellung von Infrastruktur (u.a. für Bahn und Breitband) zahlt, in die Rechnung mit ein, erhöht sich der Gesamtbetrag der forschungs-, bildungs- und infrastrukturpolitischen Ausgaben von 46,2 Mrd. Euro auf 71,5 Mrd. Euro. Das entspricht 11,9 Prozent des Budgetvolumens.
- Der empirische Befund zeigt, dass die Ausgaben für äußere und innere Sicherheit sowie zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands trotz aller Anstrengungen noch keine besondere

politische Priorisierung erfahren haben. Hingegen haben die Ausgabenschwerpunkte in den Bereichen Soziales und Finanzhilfen weiter an Gewicht gewonnen. Es bedarf der politischen Einsicht, dass für die Realisierung neuer Ausgabeprioritäten einschneidende Reformen notwendig sind, die über kurz oder lang auch zu Einsparungen führen.

Schlüsselwörter: Fiskalpolitik und Haushalt, Deutschland, Steuerpolitik, Subventionen, Subventionsabbau, Bundesausgaben

Core Results

- The Kiel Federal Expenditure Monitor is an extension of the Kiel Subsidy Report. It is based on an extensive database, which is derived from the evaluation of federal budget plans and accounts and covers the period from 2000 to 2024.
- Federal expenditure is presented according to a functional classification scheme: (a) expenditure to correct the distribution of income (primarily social expenditure and financial equalization of the federal states), (b) federal financial assistance (expenditure subsidies), (c) expenditure on legacy burdens (pensions, subsidies, interest on federal debt), (d) expenditure on the state apparatus, (e) expenditure on internal and external security, (f) expenditure on education, (g) expenditure on research, (h) expenditure on infrastructure (i) payments affecting foreign countries and (j) other.
- The empirical findings of the analysis are as follows: expenditure to correct income distribution, federal financial aid and legacy burdens together absorb around two thirds of the federal budget for 2024.
- Social spending and spending on redistributive bureaucracy amounting to EUR 212 billion will account for 35.4 percent of federal spending and 5 percent of gross domestic product (GDP) in 2024. The second largest block of expenditure is federal financial aid, i.e. expenditure subsidies provided by the federal government. EUR 127.3 billion is planned for 2024 (share of total federal expenditure: 21.3%; GDP ratio: 3%). The current federal budget for 2024 provides for EUR 53.3 billion for pensions, subsidies etc. and interest, of which EUR 15 billion is for pensions and subsidies and EUR 38.3 billion for interest (together 8.9 percent of total federal expenditure; 1.3 percent of GDP).
- The federal budget for 2024 provides for expenditure of EUR 16.7 billion for the state apparatus. Of this, 11.3 billion euros will be spent on federal offices, federal agencies and federal institutes and 5.4 billion euros on expenditure for the work of the legislature, executive and judiciary. In total, this amounts to 2.8 percent of adjusted federal expenditure or 0.4 percent of GDP.
- Payments by the federal government with an impact on foreign affairs (excluding aid to Ukraine) amounted to EUR 53.6 billion in 2024.
- According to the functional expenditure grouping used in the Federal Expenditure Monitor, federal expenditure on external and internal security is defined more narrowly than usual: some of the items are allocated to other functions such as the state apparatus or past-related expenditure. According to this, federal expenditure for external and internal security in the narrower sense is planned at EUR 68.4 billion for 2024. If all items as well as defense-related expenditure items of other departments are included in the calculation of federal expenditure on external security, as envisaged by NATO, Germany will definitely meet NATO's 2 percent target for defense spending in 2024.
- At EUR 14 billion, only 2.3 percent of federal spending goes towards basic research outside of companies; 0.8 percent of the spending volume goes towards grants to other organizations and companies that could potentially have an economic benefit. Although the federal states are primarily responsible for education policy, the federal government also spends EUR 11.4 billion on education and youth (including integration into employment and employment promotion), which is 1.9% of its total expenditure. Only 2.7 percent of the budget volume or 0.4 percent in relation to GDP is earmarked for infrastructure (excluding railroads, whose 11.7 billion euros are recorded under subsidies) at 16.2 billion euros.

- If the expenditure subsidies that the federal government pays to companies for predominantly application-oriented research funding and for the provision of infrastructure (including for rail and broadband) is also included in the calculation, the total amount of research, education and infrastructure policy expenditure increases from EUR 46.2 billion to EUR 71.5 billion. This corresponds to 11.9 percent of the budget volume.
- The empirical findings show that, despite all efforts, expenditure on external and internal security and on promoting Germany's international competitiveness has not yet been given any particular political priority. On the other hand, spending priorities in the areas of social affairs and financial aid have continued to gain in importance. There is a need for political insight into the fact that the realization of new spending priorities requires far-reaching reforms that will sooner or later also lead to savings.

Keywords: fiscal policy and budget, Germany, tax policy, subsidies, subsidy reduction, federal spending

Kontakt:

Claus-Friedrich Laaser

Kiel Institut für Weltwirtschaft

Kiellinie 66

24105 Kiel

E-Mail: claus-friedrich.laaser@ifw-kiel.de

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	8
1 Problemstellung und Konzept	10
2 Der empirische Befund und eine ökonomische Einordnung	14
3 Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen	25
Literatur	27
Anhangtabellen.....	30

Verzeichnis der Tabellen

<i>Tabelle 1:</i>	Ausgabekategorien nach dem Kieler Bundesausgaben-Monitor (in 1.000 Euro).....	15
<i>Tabelle 2:</i>	Ausgabekategorien nach dem Kieler Bundesausgaben-Monitor (in Prozent der bereinigten Gesamtausgaben)	16
<i>Tabelle 3:</i>	Ausgabekategorien nach dem Kieler Bundesausgabenmonitor (in Prozent des BIP).....	17
<i>Tabelle A1:</i>	Sozialausgaben und Ausgaben für Umverteilungsbürokratie (in 1.000 Euro)	30
<i>Tabelle A2:</i>	Finanzhilfen des Bundes und seiner Sonderhaushalte (in Mio. Euro)	35
<i>Tabelle A3:</i>	Ausgaben für Pensionen, Beihilfen etc. nach Ministerien und sonstige Versorgungsausgaben (in 1.000 Euro).....	36
<i>Tabelle A4:</i>	Ausgaben für Zinsen (in 1.000 Euro)	38
<i>Tabelle A5:</i>	Ausgaben für Bundesämter, Bundesanstalten und Bundesinstitute (in 1.000 Euro)	39
<i>Tabelle A6:</i>	Ausgaben für die Legislative, Exekutive und Judikative (in 1.000 Euro)	42
<i>Tabelle A7:</i>	Die größten auslandswirksamen Zahlungen (in 1.000 Euro)	44
<i>Tabelle A8:</i>	Ausgaben für Verteidigung (in 1.000 Euro)	48
<i>Tabelle A9:</i>	Ausgaben für Energiesicherheit (in 1.000 Euro).....	49
<i>Tabelle A10:</i>	Ausgaben für Bildung und Jugend einschließlich Eingliederung in Arbeit und Arbeitsförderung (in 1.000 Euro)	50
<i>Tabelle A11:</i>	Zuschüsse des Bundes für Forschungstätigkeit außerhalb von Unternehmen (in 1.000 Euro).....	52
<i>Tabelle A12:</i>	Ausgaben für Infrastruktur (in 1.000 Euro)	56
<i>Tabelle A13:</i>	Bundeszuschüsse an sonstige Organisationen und Unternehmen, die durch potentielle externe Effekte ökonomisch legitimierbar sind (in 1.000 Euro).....	58
<i>Tabelle A14:</i>	Vorwiegend anwendungsorientierte Forschungsförderung für Unternehmen (in 1.000 Euro) (in den Subventionen enthalten)	60
<i>Tabelle A15:</i>	In den Subventionen enthaltene Ausgaben für Infrastruktur (in 1.000 Euro)	62
<i>Tabelle A16:</i>	Sonstige Ausgaben des Bundes (in 1.000 Euro)	64

<i>Tabelle A17:</i>	Bereinigung der Summe der Bundesaussgaben laut Bundeshaushalt (in 1.000 Euro)	66
<i>Tabelle A18:</i>	Mehrausgaben des Bundes im Gefolge der Coronakrise	67
<i>Tabelle A19:</i>	Mehrausgaben des Bundes zugunsten der Ukraine (in 1.000 Euro)	69
<i>Tabelle A20:</i>	Ausgaben der Sonderhaushalte des Bundes einschließlich besonderer Finanzierungsvorgänge (in 1.000 Euro).....	69

DER KIELER BUNDESAUSGABEN- MONITOR 2024: EINE EMPIRISCHE STRUKTURANALYSE DES BUNDESHAUSHALTS

Dominanz der Umverteilungsausgaben, Finanzhilfen und Altlasten

Claus-Friedrich Laaser und Astrid Rosenschon¹

Zusammenfassung

Der Kieler Bundesausgabenmonitor basiert auf einer umfangreichen Datenbank, die aus der Auswertung von Bundeshaushaltsplänen und -rechnungen hervorgegangen ist und den Zeitraum 2000 bis 2024 abdeckt. Dabei wurde der veröffentlichte Ministerialhaushalt in ein Funktionalbudget umgruppiert: Bei der Analyse wurden die einzelnen Haushaltstitel, Titelgruppen oder Unterkapitel verschiedenen Kategorien von Ausgaben zugeordnet, die Rückschlüsse über die ökonomische Wertigkeit der Ausgabeart und Antworten auf die Frage zulassen, ob damit ein Beitrag zur Lösung drängender Probleme in Gegenwart und absehbarer Zukunft geleistet wird.

Der empirische Befund der Analyse lautet: Die Ausgaben zur Korrektur der Einkommensverteilung, die Finanzhilfen des Bundes und die Altlasten absorbieren zusammen rund zwei Drittel des Bundeshaushalts für das Jahr 2024. Rechnet man die auslandswirksamen Zahlungen und die Ausgaben für den Staatsapparat dazu, werden vier Fünftel des Budgetvolumens erreicht. Das betrifft folgende Ausgabekategorien:

- Zu den Ausgaben zur Korrektur der Einkommensverteilung wurden gezählt: (i) Sozialausgaben und Ausgaben für die zu diesen komplementäre Umverteilungsbürokratie, (ii) Zuweisungen an Länder gemäß §11 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern sowie (iii) Sanierungshilfen an Bremen und an das Saarland.
- Finanzhilfen sind als Ausgabesubventionen jene Ausgaben des Bundes und seiner Sonderhaushalte, welche die Wirtschaftsstruktur verändern oder verändern sollen.
- Unter die Kategorie Altlasten fallen die Ausgaben des Bundes für Pensionen, Beihilfen etc. sowie die Zinsen auf die Schulden des Bundes (einschließlich Wirtschaftsstabilisierungsfonds und Sondervermögen Bundeswehr).

¹ Die Autoren danken Alfred Boss, Henning Klodt, Joachim Scheide, Klaus Schrader und Jürgen Stehn für wertvolle Hinweise zu einer früheren Fassung. Die Autoren danken Kerstin Stark für die Erstellung des Manuskripts sowie Korinna Werner-Schwarz und Britta Thun für die redaktionelle Bearbeitung.

- Zu den Ausgaben für den Staatsapparat zählen jene für Exekutive, Legislative und Judikative. Sie sind unabdingbar für eine Demokratie. Die Ausgaben für den Staatsapparat umfassen ferner Ausgaben für zahlreiche Bundesämter, Bundesanstalten und Bundesinstitute.
- Auslandswirksame Zahlungen leistet der Bund an EU, OECD etc. und für Entwicklungshilfe.

Im Einzelnen zeigt die Analyse: Die Sozialausgaben und Ausgaben für Umverteilungsbürokratie machen im Jahr 2024: 35,4 Prozent der Bundesausgaben und 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Steigerung um 4,1 bzw. 0,4 Prozentpunkte. Sie summieren sich auf geplante 212 Mrd. Euro. Bei den sozialpolitischen Maßnahmen handelt es sich zu guten Teilen um breit angelegte Programme, die einkommensunabhängig der Allgemeinheit oder großen Bevölkerungsgruppen zugutekommen. Sie sind schwerer zu rechtfertigen als gezielte Hilfe für bedürftige oder benachteiligte Personen. In diese Rubrik der allgemeinen Sozialpolitik, die ökonomisch zu hinterfragen ist, gehören vor allem die beträchtlichen Zuschüsse, die der Bund jährlich an die allgemeine Rentenversicherung zahlt, damit höhere Renten bezahlt werden können, als es über die Beiträge zur Rentenversicherung möglich wäre (2024: 105,8 Mrd. Euro).

Der zweitgrößte Ausgabeblock sind die Finanzhilfen des Bundes, also die vom Bund geleisteten Ausgabesubventionen. Im Jahr 2024 soll ihr Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes bei 21,3 Prozent liegen. Die BIP-Quote beträgt 3 Prozent. Gegenüber dem Soll für das Jahr 2023 ist zwar ein Rückgang um 4,4 bzw. 0,8 Prozentpunkte zu konstatieren, weil der Wirtschaftsstabilisierungsfonds keine Finanzhilfen mehr leistet. Gleichwohl liegt das für das laufende Jahr 2024 geplante Finanzhilfenvolumen in Höhe von 127,3 Mrd. Euro um fast 50 Prozent über dem Niveau des Jahres 2022. Im Jahr 2015 war der Anteil der Finanzhilfen am BIP nur halb so hoch wie es derzeit für das Jahr 2024 vorgesehen ist.

Die Finanzhilfen des Bundes sind eine Ausgabekategorie, die ein Bündel an Kosten nach sich ziehen: Subventionen gehen zwangsläufig mit Belastungen und Diskriminierungen an anderer Stelle einher, sie haben negative Anreizwirkungen und fördern Rent-seeking und Lobbyismus. Oft verfehlen sie das Ziel einer politisch gewollten Verhaltensänderung. Es kann Mitnahmeeffekte geben, mitunter erreicht eine Subvention nicht den gewünschten Empfänger, sondern begünstigt andere, die gar nicht begünstigt werden sollen. Subventionen sind häufig nicht zielgenau einsetzbar und können unerwünschte Verteilungswirkungen haben. Zudem fehlen den politisch Verantwortlichen meist die Informationen über die optimale Dosierung einer Subvention, es fehlt auch ein überlegenes Zukunftswissen, mit dem die ertragreichsten Investitionsprojekte identifiziert werden könnten.

Daneben fallen die Ausgaben für klassische Staatsausgaben geringer aus. Die klassischen Bundesausgaben für innere und äußere Sicherheit werden in der vorliegenden Studie mit 11,4 Prozent des Budgetvolumens veranschlagt, das sind nur 2,7 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2000, das von einem gesunkenen Wehretat im Zuge der Verteilung der „Friedensdividende“ geprägt war. Gemessen am BIP betragen die Sicherheitsausgaben des Bundes nach der hier angewendeten Rechenmethode 1,6 Prozent, davon entfallen auf die Verteidigung 1,5 Prozent. Dies ist allerdings eine engere Definition, weil hier verschiedene Ausgabepositionen anderen Kategorien zugeordnet wurden wie Pensionen, Zinsen, Ausgaben für den Staatsapparat oder Bildung und Forschung. Der hier ausgewiesene Betrag ist auch deshalb niedriger, weil etwa die geplante Ukraine-Hilfe in Höhe von 8 Mrd. Euro in der vorliegenden Rechnung nicht enthalten sind. Sie sind als Sonderausgaben aus dem Rechengерüst eliminiert worden, um eine zeitliche Vergleichbarkeit der Bundesausgaben im Rahmen einer langen Zeitreihe ohne Sondereffekte herzustellen. Aus dem Einzelplan 14 des Bundeshaushalts wurden einige Positionen nicht gezählt, weil sie nach dem hier verwendeten Schema auch anderen staatlichen Funktionen dienen, nämlich: (i) Zinszahlungen des Sondervermögens Bundeswehr in Höhe von 775 Mio. Euro, (ii) die Versorgungslasten für Soldatinnen und Soldaten in Höhe von 5,8 Mrd. Euro, (iii) die Pensionszahlungen und Beihilfen für ehemalige Mitglieder des Ministeriums in Höhe von 1,8 Mrd. Euro, (iv) die Personal-

und Sachkosten des Ministeriums in Höhe von 303 Mio. Euro sowie (v) die Ausgaben für die Universitäten der Bundeswehr in Höhe von geschätzten 200 Mio. Euro. Wenn alle Posten sowie verteidigungsnahe Ausgabepositionen anderer Ressorts einbezogen werden, wie es die NATO-Rechenmethode vorsieht, hält Deutschland im Jahr 2024 das Zwei-Prozent-Ziel der Nato für Verteidigungsausgaben durchaus ein.

Sieht man von diesen klassischen Bundesausgaben für innere und äußere Sicherheit ab, kann man nur bei 7,7 Prozent der Bundesausgaben wirtschaftsfördernden oder wertschöpfenden Charakter vermuten. Das sind 1,1 Prozent des BIP. Zu dieser Kategorie wurden gezählt (i) Ausgaben für Bildung und Jugend einschließlich der Ausgaben für Eingliederung in Arbeit und Arbeitsförderung, (ii) Ausgaben für Grundlagenforschung an Organisationen außerhalb des Unternehmenssektors (iii) Infrastrukturausgaben, die der Bund tätigen muss, weil der Ausschluss über Preise nicht funktioniert oder zu teuer kommt, also vor allem jene für den Erhalt und die Erweiterung von Bundesfernstraßen und Bundesautobahnen sowie Maßnahmen für den Küstenschutz und (iv) sonstige Bundeszuschüsse an Organisationen, die durch potentielle externe Effekte ökonomisch legitimierbar sind wie etwa Zuschüsse an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz oder an die Deutsche Nationalbibliothek.

Bezieht man den Forschungs- und Entwicklungs- sowie den Infrastruktur-Anteil an den Finanzhilfen des Bundes zusätzlich mit ein, steigt die Kennziffer für wirtschaftsfördernde Aktivität des Bundes auf 11,9 Prozent der Bundesausgaben bzw. 1,7 Prozent des BIP. Zu letzterem zählen auch die Ausgaben für Schienennetze und digitale Infrastruktur. Diese Zuschüsse wurden ebenso wie die Zahlungen an Unternehmen für Forschung und Entwicklung den Finanzhilfen zugeordnet, weil sie meist nicht durch die Theorie der öffentlichen Güter ökonomisch zu legitimieren sind.

Diese so erweiterte Kennziffer überzeichnet allerdings das Ausmaß der Wirtschaftsfreundlichkeit zentralstaatlichen Handelns, weil mit der Förderaktivität zwangsläufig Opportunitätskosten einhergehen. Das sind reale Ressourcenverluste an anderer Stelle der deutschen Wirtschaft. Auch ist völlig offen, ob der Staat die geförderten Unternehmen tatsächlich zu mehr Forschung und zusätzlichen Infrastrukturinvestitionen anregt oder ob die Wirkung in Mitnahmeeffekten verpufft. Auch werden wirtschaftsfördernde Maßnahmen des Bundes möglicherweise durch die vielfältigen staatlichen Regulierungen und ordnungsrechtlichen Eingriffe in die Märkte konterkariert.

Zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wären eigentlich hohe Ausgaben für Grundlagenforschung erforderlich. Von einem Euro, den der Bund ausgibt, fließen allerdings nur 2,3 Cent in die Grundlagenforschung außerhalb von Unternehmen.

1 Problemstellung und Konzept

Die Steuerzahler in Deutschland haben ein elementares Interesse an der Frage, ob der Staat die ihm zur Verfügung gestellten knappen Mittel sinnvoll einsetzt. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Ausgaben des Bundes. Sie stehen im Fokus der vorliegenden empirischen Auswertung der Bundeshaushaltsrechnungen der Jahre 2000 bis 2022 (BMF, a, lfd. Jgg.) und des Bundeshaushaltsplans für das Jahr 2024 (BMF, b, 2024). Dieser enthält die Sollwerte für die Jahre 2023 und 2024 sowie die Istwerte für das Jahr 2022. Der Kieler Bundesausgabenmonitor stellt eine Erweiterung des Kieler Subventionsberichts dar, mit dem das IfW Kiel seit vielen Jahren über die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen

berichtet.² Beim Kieler Bundesausgabenmonitor handelt es sich im Grunde genommen um ein aus einem Ministerialhaushalt umgruppiertes Funktionalbudget.³ Die vorliegende Analyse ist eine Aktualisierung und Weiterentwicklung der entsprechenden Strukturanalyse des Bundeshaushalts aus dem Jahr 2022.⁴

Im Rahmen einer umfassenden Datenbank, die einen Zeitraum von 24 Jahren abdeckt, wurden die einzelnen Haushaltstitel, Titelgruppen oder Unterkapitel verschiedenen funktionalen Kategorien von Ausgaben zugeordnet, die Rückschlüsse über die ökonomische Wertigkeit der Ausgabeart und Antworten auf die Frage zulassen, ob damit ein Beitrag zur Lösung drängender Probleme in Gegenwart und absehbarer Zukunft geleistet wird: Trägt die jeweilige Aktivität des Bundes zur Entstehung von Wohlstand und zur Erhöhung des Produktionspotentials bei oder wird nur verwaltet, Wohlstand umverteilt und in die Märkte eingegriffen, was die relativen Preise verzerrt, Anreize mindert und Wohlstandsverluste bedeutet? Es wurde differenziert zwischen folgenden Ausgabearten:⁵

1. Ausgaben zur Korrektur der Einkommensverteilung: Darunter fallen Sozialausgaben und Ausgaben für die zu diesen komplementäre Umverteilungsbürokratie (siehe dazu im Einzelnen Anhangtabelle A1), ferner Zuweisungen an Länder gemäß §11 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern sowie Sanierungshilfen an Bremen und an das Saarland. Dabei handelt es sich jeweils um typische Umverteilungsausgaben. Wie in Laaser und Rosenschon (2022: 15–16) argumentiert wurde, gehören derartige Ausgaben grundsätzlich durchaus zum Wesen einer sozialen Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard, wobei es bei deren Beurteilung allerdings auf den relativen Umfang ankommt.⁶
2. Ausgaben des Bundes, die die Wirtschaftsstruktur verändern oder verändern sollen. Das sind die Finanzhilfen des Bundes und seiner Sonderhaushalte. Diese werden neben den Finanzhilfen der Länder, der Gemeinden, der EU im Agrarbereich, der Bundesagentur für Arbeit, der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie der Steuervergünstigungen in den Kieler Subventionsberichten, die das Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW) turnusmäßig herausgegeben hat, näher beleuchtet.⁷ Die bis zum Jahr 2016 veröffentlichten Subventionsberichte des IfW bezogen die gesamte Subventionslandschaft der Gebietskörperschaften in der Bundesrepublik mit ein, seither beschränkte sich die Analyse auf die Finanzhilfen des Bundes⁸ und die Steuervergünstigungen. Wie in den Kieler Subventionsberichten gezeigt wurde, führen Subventionen in hohem Maße zu Allokationsverzer-

² Eine Zusammenstellung der Kieler Subventionsberichte findet sich unter <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kieler-subventionsbericht/>.

³ Jedoch handelt es sich hier noch nicht um ein Programm-Budget, wie es die Finanzwissenschaft in den sechziger Jahren propagiert hat. Ein Funktionalbudget ist rein input-orientiert, sagt also noch nichts über die Effizienz als input-output-Relation oder über den Zielerreichungsgrad aus, wie es für ein Programmbudget typisch ist. Näheres dazu bei Recktenwald (1970; 1983: 88–90 und 511–512) sowie Wirtschaftslexikon24 (2024).

⁴ Siehe Laaser und Rosenschon (2022). Auch im Kieler Subventionsbericht 2023 (Laaser, Rosenschon und Schrader 2023: 51–57) wurde auf dieses Thema in einem Schwerpunkt Kapitel 7 eingegangen.

⁵ Gegenüber der Publikation von 2022 werden in der vorliegenden Arbeit die Kategorien weiter ausdifferenziert und mit funktionsorientierten Bezeichnungen neu benannt.

⁶ Argumente zugunsten von staatlicher Umverteilung können (i) ein „prisoner’s dilemma“ bei freiwilliger Umverteilung aus altruistischen Motiven, (ii) indirekte Wohlfahrtsgewinne für Gebende, (iii) die Sicherung vor einer Kriminalisierung der Gesellschaft und (iv) eine Versicherung gegen allgemeine Lebensrisiken sein (Laaser und Rosenschon 2022: 15–16 und die dort angegebene Literatur).

⁷ Siehe hierzu <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kieler-subventionsbericht/>.

⁸ Dies geschieht, weil der Übergang einiger Länderhaushalte von der Kameralistik zur Doppik (doppelten Buchführung) eine detaillierte Analyse der Länderfinanzhilfen verhinderte.

rungen und haben oft Umverteilungscharakter.⁹ Die staatliche Bevorzugung eines Wirtschaftszweigs mag durch plausible Ziele begründet werden, sie ist aber nicht kostenlos und führt zu Verdrängungen an anderer Stelle. Auch werden durch Subventionen die Anreize verringert, sich im Marktwettbewerb durchzusetzen. Der aktualisierte Kieler Subventionsbericht für das Jahr 2024 wird detaillierte Daten über die Finanzhilfen des Bundes und die Steuervergünstigungen enthalten.¹⁰

3. Altlasten: Darunter fallen die Ausgaben für Pensionen, Beihilfen etc. (siehe zu diesem Ausgabenkomplex im Einzelnen Anhangtabelle A3) sowie die Zinsen auf die Schulden des Bundes einschließlich der Zinszahlungen aus der Kreditaufnahme für den Wirtschaftsstabilisierungsfonds und das Sondervermögen Bundeswehr (siehe Anhangtabelle A4). Diese Ausgaben sind unumgänglich, sie tragen aber meist nicht zur laufenden Produktion bei, sondern sind mit staatlichen Aktivitäten der Vergangenheit verknüpft.¹¹
4. Ausgaben des Bundes für den Staatsapparat (siehe dazu im Einzelnen Anhangtabellen A5 und A6). Darunter fällt eine breite Palette an Ausgaben für Bundesämter, Bundesanstalten und Bundesinstitute sowie die Ausgaben für Exekutive, Legislative und Judikative. Es handelt sich um eine von der ökonomischen Qualität her höchst heterogene Gruppe von Ausgaben. Einige Institutionen erstellen damit Leistungen, die volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch notwendig sind. Zu denken ist hier an das Bundeskartellamt oder an das Statistische Bundesamt. Beispielsweise braucht eine funktionsfähige Marktwirtschaft eine hoheitliche Instanz, die für den Schutz des Wettbewerbs verantwortlich ist. Dies schließt potentielle Fehlentscheidungen dieser staatlichen Institution aber nicht aus. Bei vielen dieser Behörden muss die Antwort auf die Frage nach deren ökonomischer Legitimation und der Effizienz ihres Handels einer gesonderten Analyse vorbehalten bleiben.¹²
5. Auslandswirksame Zahlungen des Bundes: Diese sind durch Verpflichtungen gegenüber dem Ausland oder durch ausländische Aktivitäten deutscher Gebietskörperschaften bedingt, wie etwa im Falle der EU, der OECD oder der Entwicklungshilfe (siehe dazu im Einzelnen Anhangtabelle A7).
6. Klassische Ausgaben für innere und äußere Sicherheit. Das sind die Ausgaben für Bundespolizei und für Verteidigung (siehe dazu im Einzelnen Anhangtabelle A8). Dabei sind in den hier ausgewiesenen Daten die Ausgaben für die Versorgungsleistungen der ehemaligen Wehrbediensteten ausgeklammert und der Kategorie Altlasten (Pensionen) zugeordnet worden. Die Ausgaben für Bundeswehrhochschulen sind deren Ausbildungsfunktion entsprechend unter die Bildungsausgaben des Bundes subsumiert worden. Ferner fehlen hier die Versorgungsausgaben für die ehemaligen Mitglieder des Verteidigungsministeriums, die unmittelbaren Ausgaben für das Verteidigungsministerium und die Zinslasten des Sondervermögens Bundeswehr, die den entsprechenden Funktionen zugeschlagen wurden. Im Gefolge des Ukrainekriegs sind seit dem Jahr 2022 Ausgaben des Bundes für Energiesicherheit hinzugekommen, die ebenfalls dieser Ausgabekategorie zugeordnet worden sind (siehe dazu im Einzelnen Anhangtabelle A9). Ausgaben für Sicherheit sind eine Grundvoraussetzung für eine funktionsfähige Marktwirtschaft. Sie gehören zu den klassischen Aufgaben des Staates. Politische Fehlentscheidungen können allerdings dazu führen, dass die Höhe der Ausgaben für Sicherheit von der Ausgabenhöhe abweicht, die einem effizienten Handeln des Staates entsprechen würde.

⁹ Siehe dazu im Einzelnen Laaser, Rosenschon und Schrader (2023: 41–44).

¹⁰ Eine vorläufige Übersicht über die oben genannten Finanzhilfen des Bundes ist in Anhangtabelle A2 beigelegt.

¹¹ Die Zinsen auf die Schulden des Wirtschaftsstabilisierungsfonds und insbesondere des Sondervermögens Bundeswehr sind neuerer Natur. Sie wurden hier aber den übrigen Zinsen zugeschlagen.

¹² Es muss in diesem Zusammenhang betont werden, dass die Einordnung von staatlichen Institutionen und Organisationen in diese Kategorie auf der Basis grundsätzlicher Überlegungen erfolgt und keine Evaluierung ihres Wirkens bedeutet, weder im positiven noch im negativen Sinne.

7. Ausgaben, die die Marktwirtschaft auf kurze oder auf lange Sicht stimulieren oder bei denen es sich um sonstige wertschöpfende Aktivitäten handelt: Unter diesen Ausgabeblock wurden vier Kategorien subsumiert, nämlich (i) Ausgaben für Bildung und Jugend einschließlich der Ausgaben für Eingliederung in Arbeit und Arbeitsförderung (siehe dazu im Einzelnen Anhangtabelle A10). (ii) Ausgaben für Forschungstätigkeit außerhalb von Unternehmen (siehe dazu im Einzelnen Anhangtabelle A11). Die Förderung der Grundlagenforschung ist unzweifelhaft eine Aufgabe des Staates, da der Erfolg unsicher ist, nicht sofort, sondern zeitlich verzögert auftritt und sich die Ausgaben nicht unmittelbar über Markterlöse amortisieren.¹³ (iii) Infrastrukturausgaben des Bundes, zu denen vor allem jene für den Erhalt und die Erweiterung von Bundesfernstraßen und Bundesautobahnen sowie Maßnahmen für den Küstenschutz gezählt werden (siehe dazu im Einzelnen Anhangtabelle A12). Hingegen wurden die Ausgaben für Schienennetze und digitale Infrastruktur den Finanzhilfen zugeordnet, da diese ohne weiteres über Preise statt über Steuern finanzierbar wären.¹⁴ (iv) Bundeszuschüsse an sonstige Organisationen und Unternehmen, die durch potentielle externe Effekte ökonomisch legitimierbar sind (siehe dazu im Einzelnen Anhangtabelle A13). Dies ist ein breites Spektrum an Ausgaben. Darunter fallen etwa Zuschüsse an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, an die Deutsche Nationalbibliothek, an den im Ausland agierenden Nachrichtensender Deutsche Welle, ferner Maßnahmen zum nationalen Klimaschutz und sowie Zuschüsse an Unternehmen für Forschungsförderung, soweit diese partiell auch der Grundlagenforschung dienen können. In einer Nachrichtlich-Position wurde zudem die Gesamtsumme der wirtschaftsfördernden Aktivitäten des Bundes ausgewiesen, die sich ergibt, wenn man die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie für Infrastruktur, die in den Finanzhilfen des Bundes enthalten sind, dazu addiert (siehe dazu im Einzelnen Anhangtabellen A14 und A15).
8. Sonstige Ausgaben: Summe der Posten, die keiner der genannten Kategorien zugeordnet werden können (diese sind in Anhangtabelle A16 dokumentiert).
9. Residuum: Es handelt sich dabei um die Abweichungen zwischen dem Ausgabevolumen nach IfW-Rechnung, das sich aus der Addition von Einzeldaten ergibt, das aber aus Praktikabilitätsgründen keine Bagatellposten enthält, einerseits und dem bereinigten Ausgabevolumen, wie es den Übersichtstabellen zu den Haushaltsrechnungen zu entnehmen ist, andererseits.¹⁵

Was das Ausgabevolumen angeht, so muss die vom Bund ausgewiesene Summe der Ausgaben um einige Posten bereinigt werden, um eine Vergleichbarkeit beider Rechengerüste herzustellen. Die Anhangtabelle A17 zeigt, welche Korrekturen im Einzelnen vorgenommen worden sind:

- So sind etwa die Ausgaben des Bundes im Gefolge der Coronakrise und des Ukrainekriegs als Sondereffekte aus dem Ausgabevolumen herausgerechnet worden, um Verzerrungen der Ausgabestruktur zu vermeiden und die Bundesausgaben in ihrem langfristigen Verlauf darstellen zu können (siehe zu den Pandemiebekämpfungs- und Ukraine-Ausgaben im Einzelnen die Anhangtabellen A18 und A19).
- Ferner enthält der Bundeshaushalt diverse Ausgaben, die nicht brutto ausgewiesen werden, sondern bilanzverkürzend als Einnahmeminderungen des Bundes verbucht werden. Dies ergibt ein verfälschtes Bild vom tatsächlichen Ausmaß der Bundesaktivitäten und den dadurch bedingten Belastungen für die deutschen Steuerzahler. Zu diesen nicht offen ausgewiesenen Ausgaben zählen die an die Länder zu zahlenden Regionalisierungsmittel für den öffentlichen Schienenpersonennahverkehr, die Übertragungen des Bundes an Länder nach dem KiTa-Qualitätsgesetz für die Jahre 2023 und 2024, die Aufwendungen des Bundes für den Finanzausgleich und die Sanierungshilfen

¹³ Siehe dazu im Einzelnen Giersch (1977: 345–347).

¹⁴ Die Einbeziehung der Bahninfrastruktur-Finanzhilfen wurde in Laaser und Rosenschon (2019: 28–38) ausführlich im Schwerpunkt Kapitel „7. Verkehrssubventionen“ diskutiert.

¹⁵ Dieses Residuum beträgt stets weniger als ein halbes Prozent der bereinigten Ausgaben (siehe dazu Tabelle 2).

für Bremen und das Saarland. Ferner werden die Überweisungen an die EU von den Einnahmen abgezogen. Außerdem müssen die über neue Schulden finanzierten Ausgaben des Wirtschaftsstabilisierungsfonds in den Jahren 2022 und 2023 einbezogen werden, die der Bund bei der Quantifizierung seines Ausgabevolumens nicht berücksichtigt.

- Weitere Korrekturen zur Herstellung der Vergleichbarkeit zwischen Berechnungen des IfW und der Bundesregierung waren erforderlich, weil im Bundeshaushalt die Zuweisungen des Bundes an Sondervermögen als Ausgabe verbucht sind, aber die Ausgaben der Sondervermögen unberücksichtigt bleiben. In der IfW-Rechnung hingegen sind in der Subventionsdatenbank Finanzhilfen von Sondervermögen berücksichtigt, während die Zuweisungen des Bundes an diese Nebenetats aus der Rechnung eliminiert wurden (Anhangtabelle A20 informiert über die diversen Schattenhaushalte, über die der Bund agiert).

2 Der empirische Befund und eine ökonomische Einordnung

Sozialausgaben

Für das Jahr 2024 plant die Bundesregierung bereinigte Ausgaben in Höhe von 598,2 Mrd. Euro (Tabelle 1). Das entspricht 14,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (Tabelle 3). Davon werden 224 Mrd. Euro zur Korrektur der Einkommensverteilung eingesetzt. Das sind 37,4 Prozent der bereinigten Bundesausgaben (Tabelle 2) und 5,3 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Die Sozialausgaben und Kosten für die Umverteilungsbürokratie beziffern sich auf 212 Mrd. Euro.¹⁶ Das macht 35,4 Prozent des bereinigten Ausgabevolumens aus und 5 Prozent des BIP. Berücksichtigt man zusätzlich jene unter den Finanzhilfen, die sozialpolitisch motiviert sind, kommen weitere 23 Mrd. Euro hinzu (Tabelle A1: 27–28). Die an den Gesamtausgaben gemessene Sozialquote erhöht sich bei Einbeziehung dieser Zahlungen auf 39,3 Prozent und die am BIP gemessene auf 5,6 Prozent.

Gegenüber den Planungen für das Jahr 2023 sollen die Sozialausgaben um 22,5 Mrd. oder 11,8 Prozent aufgestockt werden, der Anteil der Sozialausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben soll um 4 Prozentpunkte zunehmen, der BIP-Anteil um 0,4 Prozentpunkte. Vergleicht man den für das Jahr 2024 geplanten Anteil der Sozialausgaben an den Gesamtausgaben, so ist dieser zwar niedriger als in den Jahren 2005, 2010, 2015 und 2019 bis 2023. Das liegt aber an einem Basiseffekt, weil seither das Ausgabevolumen als Bezugsgröße durch die stark expandierenden Finanzhilfen aufgebläht worden ist. Aussagefähiger ist der Vergleich der BIP-Quoten. Bei diesem Indikator ist im Jahr 2024 das Niveau der sozialen Aktivität höher als in den Jahren 2000, 2015 und 2019 bis 2023.

¹⁶ Es kann sein, dass der Wertansatz für die Sozialausgaben im Jahr 2023 (189,6 Mrd. Euro) um knapp 315 Mio. Euro zu hoch ausfällt. Der Nachtragshaushalt 2023 (Deutscher Bundestag 2023: 102) enthält neue geplante Ausgaben für eine „Härtefallregelung für private Haushalte“ in Höhe von 314.650.000 Euro (Titel 683 13-649), die im Bundeshaushalt 2024 (BMF, b, 2024) in der Anlage 7 (Wirtschaftsplan des Wirtschaftsstabilisierungsfonds (6099)) des Haushaltsunterkapitels 6002 für die sonst ebenfalls berichteten Soll-Werte des Jahres 2023, die 2024 wegfallen, aber fehlen. Dieser Posten ist trotzdem in der hier vorliegenden Studie erfasst worden. Denn es werden im Bundeshaushalt 2024 in Anlage 7 (Wirtschaftsplan des Wirtschaftsstabilisierungsfonds (6099)) des Haushaltsunterkapitels 6002 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) in Höhe von insgesamt 40.875.581.000 Euro ausgewiesen. Die Addition der Einzelposten ergibt aber nur 40.560.831.000 Euro. Die Differenz beträgt 314.650.000 Euro.

Zu den vielfältigen Sozialausgaben des Bundes zählen einige Posten, die durch die staatliche Fürsorgepflicht für Hilfsbedürftige begründbar sind (Anhangtabelle A1). Für eine gezielte Umverteilung von

Tabelle 1:
Ausgabekategorien nach dem Kieler Bundesausgaben-Monitor (in 1.000 Euro)

	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
1) Ausgaben des Bundes zur Korrektur der Einkommensverteilung	106.465.247	134.915.799	145.907.908	150.125.004	167.935.487	171.783.785	181.197.220	192.616.408	201.103.155	223.976.726
Sozialausgaben und Ausgaben für Umverteilungsbürokratie	92.994.289	120.335.217	133.027.927	140.083.683	160.380.120	161.965.769	170.326.494	181.140.912	189.573.155	212.024.726
Zuweisungen an Länder gemäß § 11 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern plus Sanierungshilfen Bremen und Saarland	13.470.958	14.580.582	12.879.981	10.041.321	7.555.367	8.751.349	10.070.726	10.675.496	10.730.000	11.152.000
						1.066.667	800.000	800.000	800.000	800.000
2) Ausgaben des Bundes, die die Wirtschaftsstruktur verändern (Finanzhilfen)	37.726.148	35.138.704	50.239.848	45.045.846	56.932.809	61.885.493	77.564.008	85.565.327	154.770.509	127.344.736
3) Altlasten	47.565.288	46.046.004	42.207.627	32.083.314	25.193.941	19.765.543	17.347.962	30.272.304	55.163.262	53.264.694
Ausgaben für Pensionen, Beihilfen etc. (ohne Pensionen der ehemaligen Bahnbeamten)	8.367.266	8.609.188	9.058.639	10.976.039	13.069.478	13.259.756	13.410.401	14.231.201	14.210.698	14.987.543
Zinsen (2022 und 2023 einschließlich derjenigen aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds und 2024 dem Sondervermögen Bundeswehr)	39.198.022	37.436.816	33.148.988	21.107.275	12.124.463	6.505.787	3.937.561	16.041.103	40.952.564	38.277.151
4) Ausgaben des Bundes für den Staatsapparat	8.347.052	8.350.146	9.720.749	10.896.513	12.264.733	13.169.899	14.000.743	14.935.202	16.090.434	16.733.575
Ausgaben für Bundesämter, Bundesanstalten, Bundesinstitute (ohne Bundespolizei)	5.947.410	5.819.566	6.909.842	7.611.601	8.569.119	9.193.648	9.509.387	10.413.411	10.915.464	11.307.017
Ausgaben für die Legislative, Exekutive, Judikative	2.399.643	2.530.580	2.810.907	3.284.912	3.695.614	3.976.251	4.491.356	4.521.791	5.174.970	5.426.558
5) auslandswirksame Zahlungen	27.652.610	27.098.067	31.658.157	39.189.126	46.094.112	51.391.242	59.404.889	59.798.825	62.324.697	53.614.539
6) klassische Bundesausgaben für Sicherheit	24.502.290	25.482.097	29.203.701	30.629.070	39.944.279	43.116.351	44.511.569	69.732.898	56.053.325	68.431.716
Ausgaben für Bundespolizei	1.637.480	2.030.040	2.361.321	2.718.325	3.621.448	3.806.561	4.167.868	4.283.213	4.143.945	4.191.642
Ausgaben für Verteidigung (ohne Ausgaben für das Ministerium, für die Versorgung der ehemaligen Beamten des Ministeriums, für Universitäten der Bundeswehr, für Versorgungslasten der ehemaligen Militärbediensteten und ohne Zinszahlungen des Sondervermögens Bundeswehr)	22.864.810	23.452.057	26.842.380	27.910.745	36.322.831	39.309.790	40.343.701	43.386.520	51.020.351	62.862.182
nachrichtlich: ebenda einschließlich Ausgaben für Versorgungslasten und Ausgaben für Universitäten der Bundeswehr	26.028.044	26.903.806	30.765.934	32.567.404	41.409.296	44.359.413	45.438.974	48.697.169	56.517.333	68.830.766
Ausgaben für Energiesicherheit								22.063.165	889.029	1.377.892
7) Bundesausgaben, die die Marktwirtschaft stimulieren	16.955.434	19.124.364	32.593.013	28.259.334	36.645.713	39.362.703	40.199.828	42.825.882	47.625.141	46.196.848
Ausgaben für Bildung und Jugend einschließlich Eingliederung in Arbeit und Arbeitsförderung	2.488.171	5.342.680	15.349.357	9.430.068	10.707.211	12.208.597	10.659.132	10.710.885	12.746.678	11.383.606
Zuschüsse für Forschungstätigkeit außerhalb von Unternehmen	4.489.967	5.011.962	6.936.207	9.045.318	11.020.490	11.548.375	12.952.323	13.782.922	14.104.767	14.043.087
Infrastrukturausgaben (ohne Schienen- und digitale Infrastruktur, da in den Subventionen enthalten)	6.507.004	7.555.080	8.554.024	7.920.637	12.691.658	13.296.042	14.014.564	15.479.361	16.355.067	16.152.579
Bundeszuschüsse an sonstige Organisationen und Unternehmen, die durch potentielle externe Effekte begründbar sind	3.470.292	1.214.642	1.753.425	1.863.311	2.226.354	2.309.689	2.573.809	2.852.714	4.418.629	4.617.576
nachrichtlich:										
Forschungs- und Entwicklungs- sowie Infrastruktur-Anteil an den Finanzhilfen des Bundes	5.021.393	4.984.972	5.788.025	7.291.748	9.985.955	11.012.976	12.510.763	13.338.266	22.988.494	25.288.505
erweiterte Summe: Gesamtumfang der wirtschaftsfördernden Aktivität des Bundes	21.976.827	24.109.336	38.381.038	35.551.082	46.631.668	50.375.679	52.710.591	56.164.148	70.613.635	71.485.353
8) Sonstiges	12.757.882	4.376.441	3.488.168	14.604.834	15.925.081	2.569.461	6.085.523	2.938.486	8.641.256	7.856.723
9) Residuum (Summe der Bagatellposten oder Ausgabeüberhänge)	1.115.322	-764.487	718.565	-598.724	-528.274	1.703.408	1.581.067	-1.723.251	2.156.083	1.843.444

bereinigte Ausgaben	283.087.273	299.767.135	345.737.736	350.234.317	400.407.881	404.747.885	441.892.808	496.962.081	603.613.212	598.223.001
BIP nominal	2.109.090.000	2.288.310.000	2.564.400.000	3.026.180.000	3.474.110.000	3.403.730.000	3.617.450.000	3.876.810.000	4.121.160.000	4.225.000.000

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); Boysen-Hogrefe et al. (2024); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Tabelle 2:
Ausgabekategorien nach dem Kieler Bundesausgaben-Monitor (in Prozent der bereinigten Gesamtausgaben)

	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
1) Ausgaben des Bundes zur Korrektur der Einkommensverteilung	37,6	45,0	42,2	42,9	41,9	42,4	41,0	38,8	33,3	37,4
Sozialausgaben und Ausgaben für Umverteilungsbürokratie	32,9	40,1	38,5	40,0	40,1	40,0	38,5	36,4	31,4	35,4
Zuweisungen an Länder gemäß § 11 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern	4,8	4,9	3,7	2,9	1,9	2,2	2,3	2,1	1,8	1,9
plus Sanierungshilfen Bremen und Saarland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1
2) Ausgaben des Bundes, die die Wirtschaftsstruktur verändern (Finanzhilfen)	13,3	11,7	14,5	12,9	14,2	15,3	17,6	17,2	25,6	21,3
3) Altlasten	16,8	15,4	12,2	9,2	6,3	4,9	3,9	6,1	9,1	8,9
Ausgaben für Pensionen, Beihilfen etc. (ohne Pensionen der ehemaligen Bahnbeamten)	3,0	2,9	2,6	3,1	3,3	3,3	3,0	2,9	2,4	2,5
Zinsen (2022 und 2023 einschließlich derjenigen aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds und 2024 dem Sondervermögen Bundeswehr)	13,8	12,5	9,6	6,0	3,0	1,6	0,9	3,2	6,8	6,4
4) Ausgaben des Bundes für den Staatsapparat	2,9	2,8	2,8	3,1	3,1	3,3	3,2	3,0	2,7	2,8
Ausgaben für Bundesämter, Bundesanstalten, Bundesinstitute (ohne Bundespolizei)	2,1	1,9	2,0	2,2	2,1	2,3	2,2	2,1	1,8	1,9
Ausgaben für die Legislative, Exekutive, Judikative	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9
5) auslandswirksame Zahlungen	9,8	9,0	9,2	11,2	11,5	12,7	13,4	12,0	10,3	9,0
6) klassische Bundesausgaben für Sicherheit	8,7	8,5	8,4	8,7	10,0	10,7	10,1	14,0	9,3	11,4
Ausgaben für Bundespolizei	0,6	0,7	0,7	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	0,7	0,7
Ausgaben für Verteidigung (ohne Ausgaben für Universitäten der Bundeswehr und für Versorgungslasten)	8,1	7,8	7,8	8,0	9,1	9,7	9,1	8,7	8,4	10,5
nachrichtlich: ebenda einschließlich Ausgaben für Versorgungslasten und Ausgaben für Universitäten der Bundeswehr	9,2	9,0	8,9	9,3	10,3	11,0	10,3	9,8	9,4	11,5
Ausgaben für Energiesicherheit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4,4	0,1	0,2
7) Bundesausgaben, die die Marktwirtschaft stimulieren	6,0	6,4	9,4	8,1	9,2	9,7	9,1	8,6	7,9	7,7
Ausgaben für Bildung und Jugend einschließlich Eingliederung in Arbeit und Arbeitsförderung	0,8	1,7	4,4	2,7	2,6	3,0	2,4	2,1	2,1	1,9
Zuschüsse für Forschungstätigkeit außerhalb von Unternehmen	1,6	1,7	2,0	2,6	2,8	2,9	3,0	2,8	2,3	2,3
Infrastrukturausgaben (ohne Schienen- und digitale Infrastruktur, da in den Subventionen enthalten)	2,3	2,5	2,5	2,3	3,2	3,3	3,2	3,1	2,7	2,7
Bundeszuschüsse an sonstige Organisationen und Unternehmen, die durch potentielle externe Effekte begründbar sind	1,2	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,8
nachrichtlich: Forschungs- und Entwicklungs- sowie Infrastruktur-Anteil an den Finanzhilfen des Bundes	1,8	1,7	1,7	2,1	2,5	2,7	2,8	2,7	3,8	4,2
erweiterte Summe: Gesamtumfang der wirtschaftsfördernden Aktivität des Bundes	7,8	8,0	11,1	10,2	11,6	12,4	11,9	11,3	11,7	11,9
8) Sonstiges	4,5	1,5	1,0	4,2	4,0	0,6	1,4	0,6	1,4	1,3
7) Residuum (Summe der Bagatellposten oder Ausgabeüberhänge)	0,4	-0,3	0,2	-0,2	-0,1	0,4	0,4	-0,3	0,4	0,3
bereinigte Ausgaben	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Tabelle 3:
Ausgabekategorien nach dem Kieler Bundesausgabenmonitor (in Prozent des BIP)

	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
1) Ausgaben des Bundes zur Korrektur der Einkommensverteilung	5,0	5,9	5,7	5,0	4,8	5,0	5,0	5,0	4,9	5,3
Sozialausgaben und Ausgaben für Umverteilungsbürokratie	4,4	5,3	5,2	4,6	4,6	4,8	4,7	4,7	4,6	5,0
Zuweisungen an Länder gemäß § 11 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern	0,6	0,6	0,5	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
plus Sanierungshilfen Bremen und Saarland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2) Ausgaben des Bundes, die die Wirtschaftsstruktur verändern (Finanzhilfen)	1,8	1,5	2,0	1,5	1,6	1,8	2,1	2,2	3,8	3,0
3) Altlasten	2,3	2,0	1,6	1,1	0,7	0,6	0,5	0,8	1,3	1,3
Ausgaben für Pensionen, Beihilfen etc. (ohne Pensionen der ehemaligen Bahnbeamten)	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,4
Zinsen (2022 und 2023 einschließlich derjenigen aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds und 2024 dem Sondervermögen Bundeswehr)	1,9	1,6	1,3	0,7	0,3	0,2	0,1	0,4	1,0	0,9
4) Ausgaben des Bundes für den Staatsapparat	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Ausgaben für Bundesämter, Bundesanstalten, Bundesinstitute (ohne Bundespolizei)	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Ausgaben für die Legislative, Exekutive, Judikative	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
5) auslandswirksame Zahlungen	1,3	1,2	1,2	1,3	1,3	1,5	1,6	1,5	1,5	1,3
6) klassische Bundesausgaben für Sicherheit	1,2	1,1	1,1	1,0	1,1	1,3	1,2	1,8	1,4	1,6
Ausgaben für Bundespolizei	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Ausgaben für Verteidigung (ohne Ausgaben für das Ministerium, für die Versorgung der ehemaligen Beamten des Ministeriums, für Universitäten der Bundeswehr, für Versorgungslasten der ehemaligen Militärbediensteten und ohne Zinszahlungen des Sondervermögens Bundeswehr)	1,1	1,0	1,0	0,9	1,0	1,2	1,1	1,1	1,2	1,5
nachrichtlich: ebenda einschließlich Ausgaben für Versorgungslasten und Ausgaben für Universitäten der Bundeswehr	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2	1,3	1,3	1,3	1,4	1,6
Ausgaben für Energiesicherheit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0
7) Bundesausgaben, die die Marktwirtschaft stimulieren	0,8	0,8	1,3	0,9	1,1	1,2	1,1	1,1	1,2	1,1
Ausgaben für Bildung und Jugend einschließlich Eingliederung in Arbeit und Arbeitsförderung	0,1	0,2	0,6	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Zuschüsse für Forschungstätigkeit außerhalb von Unternehmen	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3
Infrastrukturausgaben (ohne Schienen- und digitale Infrastruktur, da in den Subventionen enthalten)	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Bundeszuschüsse an sonstige Organisationen und Unternehmen, die durch potentielle externe Effekte begründbar sind	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
nachrichtlich: Forschungs- und Entwicklungs- sowie Infrastruktur-Anteil an den Finanzhilfen des Bundes	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,6	0,6
erweiterte Summe: Gesamtumfang der wirtschaftsfördernden Aktivität des Bundes	1,0	1,1	1,5	1,2	1,3	1,5	1,5	1,4	1,7	1,7
8) Sonstiges	0,6	0,2	0,1	0,5	0,5	0,1	0,2	0,1	0,2	0,2

9) Residuum (Summe der Bagatellposten oder Ausgabeüberhänge)	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0
bereinigte Ausgaben	13,4	13,1	13,5	11,6	11,5	11,9	12,2	12,8	14,7	14,2
Nachrichtlich: BIP nominal	2.109.090.000	2.288.310.000	2.564.400.000	3.026.180.000	3.474.110.000	3.403.730.000	3.617.450.000	3.876.810.000	4.121.160.000	4.225.000.000

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); Boysen-Hogrefe et al. (2024); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

oben nach unten gibt es neben sozialen Aspekten auch plausible ökonomische Begründungen.¹⁷ Gleichwohl können zu hohe Zuwendungen und ein zu geringer Lohnabstand unter Anreizaspekten problematisch sein. Gezielte Maßnahmen sind die Grundsicherung für Arbeitssuchende in Höhe von 11,1 Mrd. Euro, das Bürgergeld, für das 26,5 Mrd. Euro bereitgestellt werden, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (10,9 Mrd. Euro) sowie das Wohngeld (2,2 Mrd. Euro). Breit angelegte sozialpolitische Maßnahmen, die der Allgemeinheit oder großen Bevölkerungsgruppen zugutekommen, sind schwerer zu rechtfertigen als gezielte Hilfe für bedürftige oder benachteiligte Individuen. So ist es beispielsweise nicht nachvollziehbar, warum eine wohlhabende Familie Fördermittel bekommen soll, die auch ärmere Bevölkerungsgruppen über ihre relativ zum Einkommen sehr hohen Verbrauchsteuern mitfinanzieren müssen. In diese Rubrik der allgemeinen Sozialpolitik, die ökonomisch nicht unmittelbar überzeugt, gehören vor allem die beträchtlichen Zuschüsse, die der Bund jährlich an die allgemeine Rentenversicherung zahlt, damit höhere Renten bezahlt werden können, als es sonst der Fall wäre. Die finanziellen Begünstigungen der Rentner gehen zu Lasten der Steuerzahler.

Für das Jahr 2024 sind Zuschüsse an die allgemeine Rentenversicherung in Höhe von 105,8 Mrd. Euro vorgesehen. Ferner will der Bund der gesetzlichen Rentenversicherung jährlich verzinsliche Darlehen gewähren. Die erste Zahlung in Höhe von 12 Mrd. Euro soll in diesem Jahr erfolgen. Nach den politischen Planungen soll die gesetzliche Rentenversicherung bis Mitte der 2030er Jahre Mittel in Höhe von insgesamt 200 Mrd. Euro angesammelt haben. Dieses Finanzvolumen wird als „Generationenkapital“ bezeichnet, obwohl es sich um neue Schulden handelt.¹⁸ Die jährlichen Zuschüsse des Bundes an die Rentenversicherung sollen am Aktienmarkt angelegt werden. Vom Überhang der Kapitalerträge über die Zinslasten erhofft man sich zusätzliche finanzielle Ressourcen für das gesetzliche Rentensystem und eine finanzielle Entlastung der Beitragszahler. Doch es erscheint fraglich, ob auf diese Weise letztendlich auch die Steuerzahler durch sinkende Zuschüsse entlastet werden — dagegen sprechen neben der Volatilität von Aktienkursen das relativ geringe Volumen und die Schuldenfinanzierung des „Generationenkapitals“.

Ein Teil der Sozialausgaben fließt an berufsspezifische Versorgungswerke mit schrumpfender Zahl an Beitragszahlern. Zu nennen sind etwa die Zuschüsse an die Postbeamtenversorgungskasse in Höhe von 9,9 Mrd. Euro, an die knappschaftliche Rentenversicherung (2024: 5 Mrd. Euro) oder an die Alterssicherung für Landwirte (2024: 2,4 Mrd. Euro). Die Logik des Umlageverfahrens in Verbindung mit dem Konstrukt berufsspezifischer Versorgungswerke erfordert hier, dass der Bund Mittel zuschießt. Die Zahlungen des Bundes an die ehemaligen Bahnbediensteten in Höhe von 5,1 Mrd. Euro sind bei den Finanzhilfen erfasst. Dort verbucht sind auch die 14,5 Mrd. Euro, die der Bund jährlich an die Gesetzliche Krankenversicherung überweist und die vorwiegend der beitragsfreien Mitversicherung von Familienangehörigen dienen.

Finanzhilfen des Bundes

Die Finanzhilfen des Bundes, die zwischen den Jahren 2000 bis 2019 mit gewissen Schwankungen weitgehend stabil waren, was ihre Anteile an den Ausgaben und am BIP betrifft, sind seither sprunghaft

¹⁷ Vgl. dazu die Ausführungen in der Studie zum Bundesausgabenmonitor 2022 von Laaser und Rosenschon (2022: 15–16).

¹⁸ Vgl. zum Konzept des Generationenkapitals BMF (2024).

gestiegen (Tabellen 2 und 3). Dies zeichnete sich bereits während der Corona-Krise ab, als die Bundesregierung ein umfassendes Konjunktur-, Krisenbewältigungs- und Zukunftspaket vorgelegt hatte. Es umfasste zum einen Maßnahmen, die sachnotwendig der Bewältigung der Krise dienten (siehe die Aufstellung in Anhangtabelle A18). Sie sind als Sonderausgaben nicht in das hier analysierte Ausgabevolumen eingegangen, um die langfristigen Strukturdaten nicht zu verzerren. Es wurden damals aber auch neue Subventionen eingeführt, die nichts zur Lösung der Corona-Krise beigetragen haben und die in die Subventionsdatei des IfW eingegangen sind. Im Jahr 2023, als mit dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds ein weiteres Sondervermögen des Bundes eingerichtet wurde, erreichten die Finanzhilfen des Bundes mit 154,8 Mrd. Euro einen Höhepunkt (Tabelle 1). Sie absorbierten 25,6 Prozent des Budgetvolumens und 3,8 Prozent des BIP. Im laufenden Jahr 2024 sind mit Finanzhilfen von 127,3 Mrd. Euro geringere Quoten von 21,3 Prozent bzw. von 3 Prozent geplant, was daran liegt, dass der Wirtschaftsstabilisierungsfonds im laufenden Jahr keine Ausgaben mehr tätigt (Tabellen 1 bis 3). Gleichwohl liegt das für das laufende Jahr geplante Finanzhilfeniveau um fast 50 Prozent über dem Niveau des Jahres 2022. Im Jahr 2015 war der Anteil der Finanzhilfen am BIP weniger als halb so hoch wie es derzeit für das Jahr 2024 vorgesehen ist. Der in Vorbereitung befindliche Kieler Subventionsbericht für das Jahr 2024 wird eine genaue Darstellung und Würdigung der Subventionslandschaft in der Bundesrepublik Deutschland bis hin zum am aktuellen Rand enthalten.¹⁹

Die Finanzhilfen des Bundes sind eine Ausgabekategorie, die ein Bündel an Kosten nach sich ziehen:²⁰ Subventionen gehen zwangsläufig mit Belastungen und Diskriminierungen an anderer Stelle einher, sie haben negative Anreizwirkungen und fördern Rent-seeking und Lobbyismus. Oft verfehlen sie das Ziel einer politisch gewollten Verhaltensänderung. Wo nur Mitnahmeeffekte auftreten, sind die Instrumente nicht nur wirkungslos, sondern auch teuer. Mitunter erreicht die Subvention nicht den gewünschten Empfänger, sondern begünstigt andere, die gar nicht begünstigt werden sollen. Subventionen sind nicht zielgenau einsetzbar und mitunter sind nur wohlhabendere Bevölkerungsgruppen die Nutznießer — wie etwa bei den mit 16,7 Mrd. Euro dotierten Maßnahmen, die der Bund für mehr Energieeffizienz im Gebäudebereich ausgibt, was den Immobilieneigentümern zugutekommt. Auch fehlen den politisch Verantwortlichen die Informationen über die optimale Dosierung einer Subvention, wenn sie vorgeben, externe Effekte internalisieren und die Allokation verbessern zu wollen. Ihnen fehlt auch ein überlegenes Zukunftswissen, mit dem sie die ertragreichsten Investitionsprojekte identifizieren könnten. Bei Privaten, die am Markt agieren, ist hingegen mehr Sorgfalt bei der Investitionsplanung und -entscheidung zu erwarten als beim Staat, der durch Fördergelder Kapitalströme in die vermeintlich „richtige“ Richtung lenken möchte. Vor diesem Hintergrund steht auch die Förderung des Bundes für industrielle Großprojekte unter einem ökonomischen Rechtfertigungszwang,²¹ insbesondere in Zeiten knapper Kassen und einer damit einhergehenden stärkeren Verwendungskonkurrenz.

In Summa ist das subventionspolitische Instrumentarium des Bundes sehr überladen, undurchsichtig, unkoordiniert, von den Zielen und Wirkungen her heterogen und oft widersprüchlich, so dass von einer rationalen Subventionspolitik nicht die Rede sein kann. Mit der einen Finanzhilfe bekämpft die Politik die Schäden und unerwünschten Nebenwirkungen, die sie mit der anderen Finanzhilfe hervorgerufen hat. Viele Subventionen verdanken ihre Entstehung letztlich den Interventionsspiralen der Politik. Dabei

¹⁹ Siehe Anhangtabelle A2 zu einer vorläufigen Zusammenfassung der Finanzhilfen des Bundes am aktuellen Rand.

²⁰ Vgl dazu Laaser, Rosenschon und Schrader (2023: 41–44) sowie Boss und Rosenschon (2002: 32–45).

²¹ Den geplanten 10 Mrd. Euro für die Errichtung der Chip-Fabrik Intel in Magdeburg etwa steht ein Fördervolumen für den gesamten Mittelstand Deutschlands in Höhe von 1,8 Mrd. Euro gegenüber. Siehe dazu den zu aktualisierenden Kieler Subventionsbericht (Laaser, Rosenschon und Schrader 2024, forthcoming). Da Mangel an Arbeitskräften besteht, bedeutet die Subventionierung dieses Großbetriebs, dass Personal aus den weniger hoch subventionierten und volkswirtschaftlich gesünderen Branchen abgezogen werden muss (vgl. Kooths in Tageschau.de (2023)).

handelt es sich um ein typisches Assignment-Problem: Eine Fülle von Zielen und Einzelmaßnahmen stehen unkoordiniert nebeneinander, statt jedes einzelne Ziel mit dem jeweils besten Instrument zu verfolgen und die Ziele auf jene zu beschränken, zu deren Verfolgung die Politik einen empirisch gesicherten Beitrag leisten kann. Ein solches System wäre überschaubar und beherrschbar. So sollte man soziale Ziele durch gezielte Transfers ansteuern, statt mit einer breiten Palette politischer Preise, und man sollte diese Mittel nur dort einsetzen, wo Hilfsbedürftigkeit besteht. Ein anders Beispiel für ambivalente Finanzhilfen sind jene, die umweltpolitischen Zielen dienen. Hier wäre es angebracht, über eine Schadstoffbepreisung primär gezielt jene zu belasten, welche die Schäden verursachen. Zu diesem Urteil gelangt auch der wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium in einem jüngst veröffentlichten Gutachten.²² Es finden sich zwar einige Argumente, die unter bestimmten Umständen ergänzende Subventionen rechtfertigen könnten.²³ Konkret setzt die Politik allerdings auf eine Fülle von einzelnen Fördermaßnahmen, die bereits Züge eines eigenen Mikrokosmos innerhalb der bundesdeutschen Subventionslandschaft einnehmen. Es ist fraglich, ob und inwieweit das finanzpolitische Agieren des Bundes über den Klima- und Transformationsfonds, der im Jahr 2011 installiert worden ist, den Kriterien ökonomischer Effizienz und rationaler Politik genügt. Denn bei mittlerweile 59 Finanzhilfen des Sonderfonds zugunsten der Umwelt, die neben den 26 Umweltsubventionen existieren, die aus dem regulären Bundeshaushalt 2024 geleistet werden, dürfte zielgerichtetes und widerspruchsfreies Handeln schwerfallen.^{24,25}

Altlasten: Versorgungsbezüge, Beihilfen und Zinsen

Für Pensionen, Beihilfen etc. sowie für Zinsen sieht der aktuelle Bundeshaushalt für 2024: 53,3 Mrd. Euro vor (Tabelle 1), wovon 15 Mrd. Euro auf Pensionen und Beihilfen entfallen und 38,3 Mrd. Euro auf Zinsen. Darin sind 775 Mio. Euro Zinszahlungen aus dem Sondervermögen Bundeswehr enthalten sowie jene, die im Jahr 2023 aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds gezahlt worden sind. Die Altlasten zusammen absorbieren 8,9 Prozent der bereinigten Bundesaussgaben (Tabelle 2) und betragen 1,3 Prozent des BIP (Tabelle 3). Die Anteile der Altlasten an den Bundesaussgaben und am BIP waren in den Jahren 2000, 2005 und 2010 höher, weil größere Beträge für den Schuldendienst abgezweigt werden mussten, am aktuellen Rand zeigt sich aber ein Wiederanstieg der Zinsquoten.

Die Altlasten sind Zahlungen für vergangene Aktivitäten in der Staatswirtschaft. Ob die Pensionen für volkswirtschaftlich sinnvolle Tätigkeiten in früheren Perioden gezahlt werden oder für fragwürdigen Bürokratismus, ist offen. Genauso wenig kann die Frage beantwortet werden, ob die früher neu aufgenommenen Schulden für letztendlich wohlfahrtssteigernde Ausgabeaktivitäten verwendet wurden oder für fragwürdige Projekte. Im ersten Fall stünden den Zinsausgaben entsprechend höhere Steuereinnahmen gegenüber, im zweiten Fall schmälerten sie die finanziellen Spielräume für ökonomisch sinnvollere Staatsaktivitäten oder verhindern eine sonst mögliche Entlastung der privaten Wirtschaft.

²² Siehe hierzu das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMF (2024) zum Inflation Reduction Act (IRA).

²³ Derartige Argumente könnten etwa die Verhinderung von „carbon leakage“ betreffen, oder spezifische Markteintrittsbarrieren und Externalitäten, Wissens-Spillover und Learning-by-doing-Effekte adressieren oder Subventionen als zweitbeste Lösung begründen. Siehe dazu etwa Felbermayr und Peterson (2021: 29–37). Eine gewisse politökonomische Rechtfertigung könnte nach Blohm, Mosler und Schaltegger (2023: 68–69) ebenfalls gegeben sein.

²⁴ Diese Angaben sind dem Kieler Subventionsbericht 2024 (Laaser, Rosenschon und Schrader 2024, forthcoming) zu entnehmen.

²⁵ Im Übrigen wäre der deutsche Beitrag zur Verbesserung des Weltklimas vermutlich höher, wenn die Summe der Umweltsubventionen nicht in Deutschland investiert werden würde, sondern in Ländern wie Indien oder China, wo der Kohlenanteil am Energiemix noch bedeutsam ist. Siehe dazu Low Carbon Power (2024), wonach der Anteil kohlenstoffarmen Stroms 2023 in Deutschland 61,4% betrug, in der Volksrepublik China 36,3% und in Indien 24,3%.

Dessen ungeachtet müssen diese Verpflichtungen aus der Vergangenheit eingehalten werden. Nähere Details zu den einzelnen Komponenten der Pensionszahlungen finden sich in Anhangtabelle A3, zu Zinsen in Anhangtabelle A4.

Ausgaben für den Staatsapparat: Bundesinstitutionen sowie Legislative, Exekutive und Judikative

Für den Staatsapparat sieht der Bundeshaushaltsplan für das Jahr 2024 Ausgaben in Höhe von 16,7 Mrd. Euro vor (Tabelle 1). Davon entfallen 11,3 Mrd. Euro auf Bundesämter, Bundesanstalten und Bundesinstitute sowie 5,4 Mrd. Euro auf Ausgaben für die Arbeit von Legislative, Exekutive und Judikative. Insgesamt sind das 2,8 Prozent der bereinigten Ausgaben des Bundes (Tabelle 2) oder 0,4 Prozent des BIP (Tabelle 3). Im zeitlichen Vergleich waren diese Quoten relativ stabil. Die Fülle an staatlichen Institutionen, die lenkend und regulierend auf Wirtschaft und Gesellschaft einwirken, besticht (siehe Anhangtabelle A5, zu Legislative, Exekutive und Judikative Anhangtabelle A6). Angesichts des heterogenen Charakters dieses Ausgabeblocks ist eine globale ökonomische Bewertung nicht möglich. Es bleibt einer gesonderten Analyse vorbehalten, zu prüfen, ob und inwieweit es sich um Leistungsverwaltungen handelt, die wohlfahrtssteigernden Tätigkeiten nachgehen, oder um Bürokratien außerhalb der staatlichen Kernaufgaben, deren Entstehung politisch motiviert war und die eher volkswirtschaftliche Kosten verursachen. Die bürokratischen Strukturen in Deutschland legen jedenfalls die Vermutung nahe, dass zumindest in Hinblick auf den Bund politische Umverteilungs- und Lenkungsinteressen zu guten Teilen als Existenzberechtigung dienen.²⁶

Auslandswirksame Zahlungen

Die auslandswirksamen Zahlungen des Bundes machen im Jahr 2024: 53,6 Mrd. Euro aus (Tabelle 1 und Anhangtabelle A5). In diesem Betrag sind die Mehrausgaben des Bundes zugunsten der Ukraine in Höhe von 8 Mrd. Euro nicht enthalten (siehe dazu Anhangtabelle A19). Die Zahlungen an die NATO sind nicht hier, sondern bei den Verteidigungsausgaben erfasst. Die EU erhält 30,9 Mrd. Euro vom Bund, das sind 57,6 Prozent des Gesamtvolumens. Weitere 20 Prozent, nämlich 11 Mrd. Euro verausgabt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.²⁷ Der Anteil der auslandswirksamen Zahlungen an den bereinigten Gesamtausgaben des Bundes war in der zweiten Dekade höher als in der ersten (Tabelle 2), zuletzt ist dieser aber wieder gesunken. Das aber hängt mit dem bereits erwähnten Basiseffekt infolge der stark gestiegenen Finanzhilfen zusammen. Die Bestimmung der Wohlfahrtseffekte der deutschen Zahlungen an die EU muss allerdings einer gesonderten Untersuchung überlassen bleiben. Schließlich ist im Kontext der deutschen Auslandszahlungen auch eine neue Erkenntnis aus einer jüngst erschienenen empirischen Studie zu den Wirkungen regionaler Umverteilung relevant. Demnach bewirken Transfers an ärmere Regionen, dass extremistische Parteien zumindest am rechten Rand weniger Zulauf haben (Gold und Lehr 2024).

Ausgaben für äußere und innere Sicherheit

Die Ausgaben des Bundes für äußere und innere Sicherheit werden nach der funktionalen Ausgaben-Gruppierung, die in dieser Arbeit zur Anwendung kommt, enger gefasst als üblich, weil ein Teil der Posten anderen Funktionen wie dem Staatsapparat oder vergangenheitsbezogenen Ausgaben zugeordnet werden. Danach sind für das Jahr 2024 Bundesausgaben für äußere und innere Sicherheit im engeren Sinne mit 68,4 Mrd. Euro zu veranschlagen (Tabelle 1). Das ist nur ein Fünftel des Betrages, den der Bund für Umverteilungs- und Finanzhilfepolitik einsetzt, obwohl es sich dabei um eine klassische Staatsaufgabe mit einer wieder gestiegenen Bedeutung am aktuellen Rand handelt. Die Summe setzt

²⁶ Das gilt auch vor dem Hintergrund, dass Umverteilung in einem föderativen Staatswesen üblicherweise eine zentralstaatliche Aufgabe ist.

²⁷ Siehe dazu die Summe der Posten mit den Haushaltskapitel-Nr. 2301 bis 2311 in Anhangtabelle A7.

sich zusammen aus 62,9 Mrd. Euro für die unmittelbaren Verteidigungsausgaben (zur vorgenommenen Bereinigung siehe den folgenden und letzten Absatz dieses Abschnitts), 4,1 Mrd. Euro für die Bundespolizei und 1,4 Mrd. Euro für Energiesicherheit.²⁸

Dabei ist allerdings zu beachten: Die gesamten Verteidigungsausgaben laut Einzelplan 14 des Bundesministeriums der Verteidigung liegen mit insgesamt 71,8 Mrd. Euro um 9 Mrd. Euro höher als die hier in den Tabellen 1 und A8 angesetzte Summe. Die gesamten Verteidigungsausgaben laut Haushaltsplan setzen sich aus dem regulären Haushaltsansatz von 51,95 Mrd. Euro (BMF, b, 2024, EPL.14: 5) und den Ausgaben des Sondervermögens Bundeswehr in Höhe von 19,80 Mrd. Euro (BMF, b, 2024, EPL.14: 71) zusammen (Deutscher Bundestag 2024). In den unmittelbaren Verteidigungsausgaben von 62,9 Mrd. Euro nach der hier gewählten engeren funktionalen Gliederung sind die folgenden Posten nicht enthalten, weil sie nach dieser Gliederung anderen funktionalen Ausgabekategorien zugeordnet wurden: (i) Zinszahlungen des Sondervermögens Bundeswehr in Höhe von 775 Mio. Euro (Anhang 1 zu Kapitel 1405, hier verbucht bei Zinsen), (ii) die Versorgungslasten für Soldatinnen und Soldaten in Höhe von 5,8 Mrd. Euro (Kapitel 1403, Titelgruppe 58, verbucht bei Pensionen) und (iii) zentral veranschlagte Verwaltungsausgaben des Ministeriums – das sind im Wesentlichen ebenfalls Pensionszahlungen und Beihilfen für ehemalige Beamte – in Höhe von 1,8 Mrd. Euro (Kapitel 1411, hier auch verbucht bei Pensionen), (iv) die aktuellen Personal- und Sachkosten des Ministeriums in Höhe von 303 Mio. Euro (Kapitel 1412, hier verbucht bei Ausgaben für den Staatsapparat) sowie (v) die Ausgaben für die Universitäten der Bundeswehr in Höhe von geschätzten 200 Mio. Euro (diese sind hier den Bildungsausgaben des Bundes zugeordnet worden).²⁹

Gegenüber dem Jahr 2023 wurden die derzeit geplanten unmittelbaren Verteidigungsausgaben in der hier gewählten engeren Abgrenzung um 11,8 Mrd. Euro aufgestockt (Anhangtabelle A8). In der ministeriellen Gliederung, also einschließlich der anderen funktionalen Kategorien zugeordneten Ausgaben sind es sogar 13,1 Mrd. Euro; die Ausgaben des regulären Verteidigungshaushalts steigen dabei um 1,8 Mrd. Euro (BMF, b, 2024, EPL.14: 5), die Ausgaben des Sondervermögens Bundeswehr um 11,3 Mrd. Euro. Innerhalb des regulären Haushaltes sind zwar die Ausgaben für Wehrforschung von 1,7 Mrd. Euro auf 1,1 Mrd. Euro gekürzt worden, dem stehen allerdings neue Ausgaben für diese Zwecke aus dem Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von insgesamt von 711 Mio. Euro gegenüber. Die Ausgaben für Wehrforschung sind also nahezu konstant geblieben, obwohl die Bedrohung aus Russland zugenommen hat.

Die gesamten Ausgaben für Sicherheit in der hier gewählten engeren Abgrenzung belaufen sich auf 11,4 Prozent der bereinigten Ausgaben des Bundes, das sind nur 2,7 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2000 das von einem gesunkenen Wehretat im Zuge der Verteilung der „Friedensdividende“ geprägt war (Tabelle 2).³⁰

Gemessen am nominalen BIP machen die geplanten Verteidigungsausgaben des Bundes in der hier gewählten engeren funktionalen Abgrenzung 1,5 Prozent aus (Tabelle 3). Bezieht man alle Posten mit ein, die hier anderen funktionalen Ausgabekategorien zugeordnet wurden und setzt die gesamten Ausgaben des Bundesministeriums für Verteidigung laut Einzelplan 14 an, dann steigt die Quote auf 1,7 Prozent vom nominalen BIP.³¹ Die Verteidigungsausgaben sind damit derzeit nur um 0,4 bzw. 0,6 Prozentpunkte höher als im Jahr 2000, als die Zeichen auf Entspannung standen. Im Jahr 2022, als der

²⁸ Diese Ausgaben sind in Anhangtabelle A9 spezifiziert.

²⁹ Die Einzelheiten sind Anhangtabelle A8 im „Nachrichtlich“-Teil unten in der Tabelle zu entnehmen.

³⁰ Vgl. zur Entwicklung der deutschen Verteidigungsausgaben auch Bardt (2018).

³¹ Dabei wurden die nominalen Ausgaben laut Haushaltsplan in Beziehung gesetzt zu dem nominalen, also dem BIP des Jahres 2024 in jeweiligen Preisen, das sich aus der Frühjahrsprognose des IfW Kiel in Höhe von 4,225 Bill. Euro ergibt (siehe zur BIP-Schätzung Boysen-Hogrefe et al. 2024: 48).

russische Angriffskrieg auf die Ukraine begann, lag der Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP ebenso wie vor 22 Jahren noch bei 1,1 Prozent. Insofern erfolgte 2024 eine spürbare Anhebung auf nunmehr 1,5 Prozent bzw. 1,7 Prozent. Sie könnte sogar noch höher ausfallen, wenn eine dem Sondervermögen Bundeswehr auferlegte globale Minderausgabe von 5 Mrd. Euro (BMF, b, 2024, Epl.14: 71 und 74, Titel 972 01) auf andere Ressorts verlagert würde.

Dennoch erfüllt Deutschland im Jahr 2024 tatsächlich die sogenannte NATO-Quote, nach der die Verteidigungsausgaben mindestens 2 Prozent des BIP betragen sollen. Denn nach den Berechnungsrichtlinien, auf die sich die NATO-Staaten verständigt haben, werden auch Posten aus anderen Ressorts mit einbezogen. Dazu gehören nicht nur Ausgaben für Pensionen, Verwaltung und Ausbildung, die hier anderen Ausgabenkategorien zugeordnet wurden, sondern auch solche aus anderen Ressorts (z.B. Auswärtiges Amt) für Friedensmissionen oder Aktionen humanitären Charakters, Ausgaben für die NATO-Infrastruktur sowie die militärische Unterstützung von anderen Staaten – hier der Ukraine (NATO 2024; Dorn et al. 2023: 6).³² In der ifo-Studie von Dorn et al. (2023: 6–7) werden diese sonstigen militärnahen Ausgaben anhand von Vergangenheitswerten für Deutschland auf rund 11 Prozent der eigentlichen Verteidigungsausgaben geschätzt. Röhl (2024: 2) kann sich in seiner IW-Studie auf Angaben aus dem Verteidigungsministerium stützen, wonach zum regulären Verteidigungshaushalt von 51,95 Mrd. Euro und den Ausgaben des Sondervermögens von 19,8 Mrd. Euro (allerdings nicht näher spezifizierte) verteidigungsnahe Ausgaben anderer Ressorts von 7 Mrd. Euro sowie Ukraine-Hilfen von 7,5 Mrd. Euro kommen.³³ Die Summe von 87,25 Mrd. Euro entspricht im Verhältnis zu dem hier prognostizierten BIP von 4.225 Mrd. Euro in der Tat 2,1 Prozent, wie seinerzeit bei Verabschiedung des Haushalts betont (Deutscher Bundestag 2024).³⁴

Forschung, Bildung und Infrastruktur

An Bundesausgaben, die früher oder später stimulierend auf die Marktwirtschaft wirken oder die für Verwendungen ausgegeben werden, die volkswirtschaftliche Erträge erwarten lassen, sieht der Bundeshaushaltsplan für das Jahr 2024: 46,2 Mrd. oder 7,7 Prozent des Budgetvolumens vor (Tabellen 1 und 2). Für die Korrektur der Einkommensverteilung, für Subventionspolitik, für Altlasten und für das Ausland zusammengekommen wird allerdings der zehnfache Betrag ausgegeben.

In die Forschung außerhalb von Unternehmen fließen dabei nur 2,3 Prozent der Bundesausgaben (Tabelle 2 und Anhangtabelle A11), der Anteil der Ausgaben für Grundlagenforschung am BIP liegt bei 0,3 Prozent und ist damit nur um 0,1 Prozentpunkte höher als in den Jahren 2000 und 2005 (Tabelle 3).

Für die volkswirtschaftlich wichtige Bildungspolitik sind zwar vor allem die Länder zuständig. Der Bund setzt für Bildung und Jugend (einschließlich Eingliederung in Arbeit und Arbeitsförderung) aber ebenfalls 11,4 Mrd. Euro ein (Tabelle 1 und Anhangtabelle A10).³⁵ Das sind 1,9 Prozent seiner gesamten Ausgaben

³² Wie erwähnt sind die Ukraine-Hilfen in der hier verwendeten funktionalen Gliederung herausgerechnet worden, um eine längere Zeitreihe der Ausgaben ohne Sondereffekte wie Corona oder Ukraine darstellen zu können.

³³ Inzwischen betragen die Ukraine-Hilfen rund 8 Mrd. Euro. Siehe Anhangtabelle A19.

³⁴ Ferner ist bei der Berechnung der NATO-Quote zu berücksichtigen, dass sowohl Verteidigungsausgaben als auch BIP in realen Größen, nämlich in US-Dollar und in Preisen von 2015, ausgedrückt werden (Röhl 2024: 2).

³⁵ Ursprünglich waren offenbar 2,25 Mrd. Euro mehr eingeplant. Im Wirtschaftsplan des Sondervermögens „Digitale Infrastruktur“ (6097) (BMF, b, 2024, Epl. 60, Anlage 2: 43–45) wird nämlich als Summe aller Posten, die zur Titelgruppe 02 gehören, ein Ausgabesoll von 2.254.262.000 Euro genannt. Es war ursprünglich laut Beschreibung für „Finanzhilfen an die Länder für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) in die bildungsbezogene digitale Infrastruktur für Schulen“ vorgesehen. Nunmehr wird diese Summe – ebenso wie eine weitere über 1.817.582.000 Euro aus Titelgruppe 01 für den Gigabit- und Mobilfunkausbau – unter der Bezeichnung „Zuweisungen an den Bund“ an den normalen Bundeshaushalt rücküberwiesen. Die Gegenbuchung im Bundeshaushalt im engeren Sinne erfolgt im Haushaltskapitel 6002 „Allgemeine

(Tabelle 2). Für Infrastruktur sind nur 2,7 Prozent des Budgetvolumens bzw. 0,4 Prozent im Verhältnis zum BIP vorgesehen, obwohl deren maroder Zustand oft bemängelt wird und einen Entwicklungsempass darstellt (Tabellen 2 und 3 sowie Anhangtabelle A12). 0,8 Prozent des Ausgabevolumens fließen als Zuschüsse an sonstige Organisationen und Unternehmen, die potentiell einen volkswirtschaftlichen Nutzen haben können (Tabelle 2 und Anhangtabelle A13).

In diesem Kontext ist zu berücksichtigen, dass die dargestellten Bundesausgaben für Forschung und für Infrastruktur nicht das gesamte Ausmaß der diesbezüglichen finanzpolitischen Aktivität des Bundes widerspiegeln. Hinzu kommt eine Vielzahl von Ausgabesubventionen zugunsten von Unternehmen, mit denen Forschung und Infrastruktur gefördert werden sollen. Diese Zuschüsse werden in den Rechenwerken des IfW als Finanzhilfen erfasst, weil diese Aufwendungen im Prinzip nutzergerecht über Marktpreise finanzierbar wären und nicht sachnotwendigerweise vom Fiskus getragen werden müssten, wie das bei der Förderung von Grundlagenforschung der Fall ist. Bezieht man jene Finanzhilfen, die der Bund an Unternehmen für vorwiegend anwendungsorientierte Forschungsförderung (Anhangtabelle A14) und für die Bereitstellung von Infrastruktur (Anhangtabelle A15) zahlt, in die Rechnung mit ein, erhöht sich der Gesamtbetrag der wirtschaftsfördernden Aktivität von 46,2 Mrd. Euro auf 71,5 Mrd. Euro (Tabelle 1). Das entspricht 11,9 Prozent des Budgetvolumens (Tabelle 2).

Allerdings sagen die reinen Ausgabezahlen wenig darüber aus, wie wirtschaftsfreundlich der Staat de facto ist. Bei einer (auf die Finanzhilfeaktivität beschränkten) sachgerechten Einschätzung muss erstens berücksichtigt werden, dass mit der Förderaktivität zwangsläufig Opportunitätskosten einhergehen, da eine Verwendungskonkurrenz bei den knappen staatlichen Mitteln besteht. So fehlen zwangsläufig reale Ressourcen an anderer Stelle des Wirtschaftssystems, wenn der Staat ausgewählten Unternehmen Vorteile gewähren will. Zudem ist völlig offen, ob der Staat die geförderten Unternehmen tatsächlich zu mehr Forschung und zusätzlichen Infrastrukturinvestitionen anregt oder ob die Wirkung in Mitnahmeeffekten verpufft. Unternehmen, die im Inland und auf den Weltmärkten unter Wettbewerbsdruck stehen, haben eigentlich ein elementares Eigeninteresse an zukunftsorientiertem Handeln, so dass ein staatlicher Impulsgeber nicht zwingend notwendig erscheint.

Zweitens erfordert die Bewertung der Wirtschaftsfreundlichkeit der Politik auch die Berücksichtigung direkter Nutzen und Kosten, die dem privaten Sektor der Wirtschaft durch andere hoheitliche oder finanzpolitische Maßnahmen des Bundes erwachsen. Hohe Kosten sind zu vermuten, wenn der Bund über die klassischen Staatsaufgaben hinaus tätig wird und Aktivitäten entfaltet, die mit dem Ziel der Allokationseffizienz nicht vereinbar sind.

Drittens sind in diesem Zusammenhang auch die vielfältigen staatlichen Regulierungen und ordnungsrechtlichen Eingriffe auf den Märkten zu berücksichtigen. Felbermayr und Kooths (2021) diagnostizieren in diesem Zusammenhang das sogenannte „Gulliver-Syndrom“. Selbst wenn eine einzelne Regulierung oder auch ein einzelnes staatliches Ausgabenvorhaben für sich genommen sinnvoll erscheinen mag, so kann die Summe all dieser Regulierungen und/oder Ausgaben problematisch werden.³⁶ Der beim Bundesjustizministerium angesiedelte unabhängige Nationale Normenkontrollrat (2023: 3–5, Kernbot-

Bewilligungen“, Abschnitt „Übrige Einnahmen“ als Titel 214 02 (BMF, b, 2024, EPl. 60: 23), also bei den allgemeinen und nicht zweckgebundenen Einnahmen des Bundes.

³⁶ Felbermayr und Kooths (2021: 43) schreiben dazu:

„... Das ordnungspolitische Grundproblem der Politik lässt sich als Gulliver-Syndrom beschreiben: Wie auch Gulliver nicht von einem einzigen Faden am Boden gehalten wurde, ist es nie eine einzelne Regulierung oder ein einzelnes Ausgabenvorhaben, wodurch die wirtschaftliche Dynamik leidet. Es ist die Summe solcher Maßnahmen, deren schiere Quantität die Qualität der Wirtschaftsordnung angreift. So mag ein neues Großvorhaben, das zwei Prozent der Wirtschaftsleistung in Anspruch nimmt, für sich genommen attraktiv erscheinen. Wenn aber 50 von solchen Vorhaben angegangen werden, dann bleibt auch theoretisch von der Marktwirtschaft nichts übrig. ...“

schaften) bemängelt in seinem Jahresbericht für das abgelaufene Jahr 2023, dass die durch neu verabschiedete Gesetze entstehenden Kosten und Belastungen durch bürokratische Regelungen ein neues Rekordniveau erreicht haben. Der Rat nimmt dabei explizit Bezug auf das Gebäudeenergiegesetz.³⁷

3 Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Der empirische Befund über die Verwendung knapper Steuergelder durch den Bund zeigt, dass die Ausgaben für äußere und innere Sicherheit sowie zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands noch keine politische Priorisierung erfahren haben. Hingegen haben die Ausgabenschwerpunkte in den Bereichen Soziales und Finanzhilfen weiter an Gewicht gewonnen. Für die Gegenfinanzierung neuer Ausgabenpläne sollte allerdings auf zusätzliche Belastungen des Steuerzahlers verzichtet werden: Deutschland weist im Vergleich der Industrieländer bereits die zweithöchste Steuer- und Abgabenlast nach Belgien auf (vgl. OECD 2023). Hingegen verfügt der Bund über beträchtliche Sparpotentiale, deren Nutzung auch gegenüber einer Aufweichung der Schuldenbremse Vorrang haben sollte.

Es ist anzuerkennen, dass der Problemdruck aufgrund krisenhafter Entwicklungen und demzufolge auch der staatliche Mittelbedarf derzeit außerordentlich hoch sind. Auch lassen sich die enormen Zuschüsse, die der Bund an die allgemeine Rentenversicherung, an die Gesetzliche Krankenversicherung, an private Unternehmen und Haushalte sowie Organisationen ohne Erwerbszweck leistet, nicht von heute auf morgen herunterfahren. Ein vermehrter Zugang des Bundes zum Kapitalmarkt sollte allerdings unter äußerstem Vorbehalt stehen und einen einmaligen Charakter haben. Mit dieser ultima ratio einhergehen müsste in jedem Fall die politische Einsicht, dass für die Realisierung neuer Ausgabeprioritäten einschneidende Reformen notwendig sind, die über kurz oder lang auch zu Einsparungen führen, also zu einer Rendite, die eine Vorfinanzierung über Kapitalmärkte rechtfertigt.

Im IfW wurden im Laufe der Jahre mehrere wissenschaftliche Studien erstellt, die sich mit der Frage auseinandersetzen, welche Schritte zu ergreifen wären, um von dem damals schon hohen Subventionsniveau wieder herunterzukommen. Dies betrifft beispielsweise die Studien von Boss und Rosenschon (2011), Boss, Klodt et al. (2011) sowie von Boysen-Hogrefe, Felbermayr et al. (2020). Die in diesen Studien langfristig angelegten Abbaukonzepte könnten eine Vorlage für ein neues wissenschaftlich fundiertes Programm zum Subventionsabbau sein, das den aktuellen Gegebenheiten Rechnung trägt. Dieses Konzept umfasst folgende Kernelemente:

- Als Mindestanforderung sollte über Subventionen eine größtmögliche Transparenz hergestellt werden. Durch die Kieler Subventionsberichte soll dafür ein Beitrag geleistet werden.³⁸
- Subventionen sollten zeitlich gestreckt reduziert werden, statt sie auf einen Schlag („big bang“) abzuschaffen; dadurch können die Anpassungslasten für die Empfänger reduziert werden.³⁹

³⁷ Siehe dazu auch Vieweger (2023). Siehe zu den Bürokratiekosten ferner Statistisches Bundesamt (2024).

³⁸ Der Kieler Subventionsbericht kann dabei auf eine lange währende Geschichte zurückblicken. 1998 erschien der erste separate Bericht. Vorher war die Subventionsberichterstattung jedoch schon Teil der Strukturberichte für die Bundesregierung. Siehe dazu Kiel Institut für Weltwirtschaft (Ifd. Jgg.).

³⁹ Dabei plädieren Boss und Rosenschon (2011: 80) bei gestreckten Kürzungen gleichzeitig „für... einen präzisen und verbindlichen Fahrplan, der nicht immer wieder zur Disposition gestellt wird ...“.

- Subventionskürzungen sollten frühzeitig angekündigt werden, damit sich die Betroffenen darauf einstellen können.⁴⁰
- Subventionen sollten in prozentual gleichem Ausmaß (etwa nach der „Rasenmähermethode“) vermindert werden.⁴¹
- Subventionskürzungen und Steuersenkungen sollten als Paket konzipiert werden.⁴²
- Subventionen sollten grundsätzlich zeitlich begrenzt sein, daher sollten neue Subventionen ein obligatorisches Verfallsdatum haben.⁴³
- Zugleich sollte es eine obligatorische Prüfung alternativer ordnungspolitischer Maßnahmen geben.⁴⁴
- Wünschenswert wäre schließlich eine Reform der Finanzverfassung mit mehr Steuerwettbewerb.⁴⁵

Vor dem Hintergrund des stark ausgeweiteten Budgetvolumens führt letztlich auch in der Sozialpolitik wohl kein Weg an einem Ausgabemoratorium vorbei. Dabei ist unter anderem an die Begrenzung des Zuschusses an die allgemeine Rentenversicherung⁴⁶ und an weitere Schritte zur finanziellen Stabilisierung der Alterssicherung zu denken, die über das neue Generationenkapital hinausgehen. So sollten auch die Stellschrauben Renteneintrittsalter und Rentenniveau nicht tabuisiert werden. In die Überlegungen sollten zudem flexible Arbeitszeitmodelle für Ältere, altersgerechte Arbeitsplätze sowie steuerliche Anreize für erwerbstätige Rentner einbezogen werden. Angesichts der demografischen Entwicklung würden so nicht nur die Rentenkassen profitieren, sondern es würde auch ein Beitrag zur Schließung der Fachkräftelücke geleistet.

Es bleibt festzuhalten, dass der deutsche Staat in Zeiten wachsender Herausforderungen infolge einer Vielzahl krisenhafter Entwicklungen zur Erfüllung lange Zeit vernachlässigter Staatsaufgaben bei Sicherheit, Infrastruktur sowie bei Bildung und Forschung größere finanzielle Spielräume benötigt. Um diese zu erhalten, bedarf es eines zügigen Subventionsabbaus und ökonomisch gebotenen Korrekturen an den kollektiven Sicherungssystemen sowie eine Entbürokratisierung. Auch eine stärker anreizkompatible und vereinfachte Ausgestaltung der direkten Steuern könnte letztendlich die Einnahmebasis stärken. Denn der Subventionsabbau sollte nicht nur die Finanzhilfen, sondern auch die zahlreichen Steuervergünstigungen betreffen, die ebenfalls in der Subventionsberichterstattung berücksichtigt werden. Da die geostrategischen Bedrohungen eklatant zunehmen, wäre zur Finanzierung eines sprunghaften Anstiegs der Ausgaben für Sicherheit, der erforderlich erscheint, eine Ausnahme von der Schuldenbremse nicht kategorisch abzulehnen.⁴⁷

⁴⁰ Boss und Rosenschon (2011: 80) führen dafür sowohl den Vertrauensschutz als auch die Regeln der demokratischen Ordnung als Argument dafür an, dass die Kürzungen frühzeitig anzukündigen sind.

⁴¹ Siehe hierzu Boss und Rosenschon (2011: 81–82) sowie Boysen-Hogrefe, Felbermayr et al. (2020: 44–45).

⁴² Boss und Rosenschon (2011: 82–83) halten eine Paketlösung für zweckmäßig, damit es Unterstützung durch diejenigen gebe, die vom gesamten Paket profitieren.

⁴³ Siehe Boysen-Hogrefe, Felbermayr et al. (2020: 45–46). Selbst wenn ein automatisches Auslaufen von Subventionen durch Neubeschlüsse wieder aufgehoben werden kann, steigen doch die Transaktionskosten der Subventionsvergabe.

⁴⁴ Siehe Boysen-Hogrefe, Felbermayr et al. (2020: 45–46).

⁴⁵ Siehe Boss und Rosenschon (2011: 83).

⁴⁶ Dem Zuschuss an die allgemeine Rentenversicherung in Höhe von 105,8 Mrd. Euro stehen voraussichtlich rund 48,1 Mrd. Euro Steuern gegenüber, die die Rentner an den Staat zahlen, so das Bundesfinanzministerium auf eine Anfrage eines Abgeordneten (Spiegel online 2024).

⁴⁷ Die ökonomische Sinnhaftigkeit strikter Fiskalregeln ist ansonsten durch empirische Studien belegt. Siehe dazu Potrafke (2023).

Die wirtschafts- und finanzpolitisch angeratenen Schritte, die hier nahegelegt werden, gehen konform mit den Empfehlungen des deutschen Stabilitätsrats vom 6. Mai 2024. Gebot der Stunde sei demnach der „... Aufbau fiskalischer Puffer für zukünftige Krisen, die Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit, die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme vor dem Hintergrund des demographischen Wandels sowie die Dekarbonisierung – bei gleichzeitiger Rückführung der Schuldenstandsquote ...“⁴⁸

Literatur

- Bardt, H. (2018). Deutsche Verteidigungsausgaben seit dem Ende des Kalten Krieges. *Wirtschaftsdienst*, 98. Jahrgang, 2018, Heft 9: 680–682.
- Blohm, L., M. Mosler und C. Schaltegger (2023). IWP Subventionsampel. IWP-Policy Papers, 5. (04/2023). Luzern: Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik an der Universität Luzern (IWP).
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (a, lfd. Jgg.). Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr ... Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (b, lfd. Jgg.). Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 20... . Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (c, lfd. Jgg.). Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre Subventionsbericht. Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2024a). Das Generationenkapital. Via Internet (25.03.2024) https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Internationales_Finanzmarkt/Altersvorsorge/Generationenkapital/generationenkapital.html.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2024b). Öffentliche Finanzen. 29. Sitzung des Stabilitätsrates am 6. Mai 2024. Pressemitteilung vom 06.05.2024. Berlin. Via Internet (09.05.2024) <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2024/05/2024-05-06-29-sitzung-stabilitaetsrat.html>.
- Boss, A., und A. Rosenschon (2000). Subventionen in Deutschland: Eine Aktualisierung, Kieler Diskussionsbeiträge, 356. Kiel: Institut für Weltwirtschaft. Via Internet (01. März 2023) <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/2349/1/309197139.PDF>.
- Boss, A., und A. Rosenschon (2002). Subventionen in Deutschland: Quantifizierung und finanzpolitische Bewertung. Kieler Diskussionsbeiträge, 392/393, Kiel: Institut für Weltwirtschaft. Via Internet (23. Februar 2023) <https://www.econstor.eu/handle/10419/2799>.
- Boss, A., und A. Rosenschon (2011). Subventionsabbau in Deutschland. Gutachten im Auftrag der INSM-Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH. Endbericht. Kiel: Institut für Weltwirtschaft, Prognosezentrum. Via Internet (5. Mai 2024) https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/d20a0683-11e1-4764-b737-0191db3a2a8b-INSM-Gutachten_2010_Endbericht.pdf.
- Boss, A., S. Khalilian, H. Klodt, C. Krieger-Boden, C.-F. Laaser, K. Neuhuber, S. Peterson und A. Rosenschon (2011). Haushaltskonsolidierung und Subventionsabbau: Wie der Staat seine Handlungsfähigkeit zurückgewinnen kann. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik, 3 (April). Kiel: Institut für Weltwirtschaft. Via Internet (5. Mai 2024) <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/haushaltskonsolidierung-und-subventionsabbau-wie-der-staat-seine-handlungsfahigkeit-zurueckgewinnen-kann-30207/>.
- Boysen-Hogrefe, J., G. Felbermayr, S. Kooths, C.-F. Laaser, A. Rosenschon und U. Stolzenburg (2020). Finanzpolitik mit Weitblick ausrichten. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik, 30. Kiel: Institut für Weltwirtschaft. Via Internet (5. Mai 2024) https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/2e9f415d-a572-4a24-be27-abc6a60350d8-wipo_30.pdf.
- Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, T. Hoffmann, N. Jannsen, S. Kooths, C. Schröder und N. Sonnenberg (2024). Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2024: Erholung mit Hindernissen. Abgeschlossen am 05. März 2024. Kieler Konjunkturberichte, Nr. 112 (2024|Q1). Kiel Institut für Weltwirtschaft. Via Internet (25.03.2024) https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/854f12d1-6d4b-4257-a39a-30120582e9ee-KKB_112_2024-Q1_Deutschland_DEV3.pdf.

⁴⁸ Zitiert nach BMF (2024b).

- Carlson, J. W. (1970). Systematisches Planen, Programmieren und Budgetieren: Stand und weitere Entwicklung. In: Recktenwald, H. C. (Hrsg.), Nutzen-Kosten-Analyse und Programmbudget, Tübingen: 171 ff.
- Deutscher Bundestag (2023). Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 (Nachtragshaushaltsgesetz 2023). Bundestags-Drucksache 20/9500. Berlin. Via Internet (06. Mai 2024) <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/095/2009500.pdf>>.
- Deutscher Bundestag (2024). Verteidigung. Verteidigungsetat umfasst knapp 52 Milliarden Euro. Deutscher Bundestag, Dokumente, Texte (2017–2024), 2024. Via Internet (30.04.2024) <<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw05-de-verteidigung-977670>>.
- Dorn, F., S. Kleine Kuhlmann, N. Potrafke und M. Schlepper (2023). Nun sag', wie hast Du's mit dem 2%-Ziel? NATO-Verteidigungsausgaben ein Jahr nach der Zeitenwende. Ifo-Schnelldienst Digital, (3, vom 16. Mai 2023). München: ifo. Via Internet (16. Mai 2024) <<https://www.ifo.de/publikationen/2023/aufsatz-zeitschrift/nato-verteidigungsausgaben>>.
- Felbermayr, G. und S. Kooths (2021). Ordnungspolitik: Politik im Treibsand des Interventionismus. Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung, Beitrag vom 28. Sep 2021. Bonn. Via Internet (19.01.2022) <<https://www.ludwig-erhard.de/politik-im-treibsand-des-interventionismus/>>.
- Felbermayr, G., und S. Peterson (2021). Subventionen im Politikmix des Europäischen Green Deals: The Good, the Bad, and the Ugly. In: Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.): Chancen und Risiken in der Politik des Green Deal – Jahresheft des Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung Familienunternehmen. München: 23–54. Via Internet (23. Januar 2023) <https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/Gabriel_Felbermayr/Subventionen_im_Politikmix_des_Europaeischen_Green_Deals_The_Good_the_Bad_and_the_Ugly/Jahresheft_2021_Chancen_und_Risiken_in_der_Politik_des_Green_Deal.pdf>.
- Giersch, H. (1977). Konjunktur- und Wachstumspolitik. *Allgemeine Wirtschaftspolitik, Bd. 2*. Wiesbaden: Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler.
- Gold, R., und J. Lehr (2024). Paying Off Populism: How Regional Policies Affect Voting Behavior. Kiel Working Paper, No. 2266 (March). Kiel Institute for the World Economy.
- Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW) (Ifd. Jgg.). Themendossiers, Wirtschaftspolitik in Deutschland, Kieler Subventionsberichte. Via Internet (3. Mai 2024) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kieler-subventionsbericht/>>.
- Laaser, C.-F., und A. Rosenschon (2019). Kieler Subventionsbericht: Steigende Subventionen des Bundes bis zum Jahr 2018. Mit einer Schwerpunktanalyse Verkehrssubventionen. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik, 22. Kiel: Institut für Weltwirtschaft. Via Internet (5. Mai 2024) <https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/e119b638-7767-40a6-a370-2744826bdfd7-wipo_22.pdf>.
- Laaser, C.-F., und A. Rosenschon (2022). Die Bundesausgaben in Zeiten von Corona im Fokus des Kieler Bundesausgabenmonitors – Eine Strukturanalyse. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik, 41 (September). Kiel: Institut für Weltwirtschaft. Via Internet (5. Mai 2024) <https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/4c61f989-a26d-41a0-87cd-2239aaf39e6d-wipo_41.pdf>.
- Laaser, C.-F., A. Rosenschon und K. Schrader (2021). Kieler Subventionsbericht: Die Finanzhilfen des Bundes in Zeiten der Coronakrise. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik, 37 (Dezember). Kiel: Institut für Weltwirtschaft. Via Internet (22. Februar 2023) <https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/-ifw/Kieler_Beitraege_zur_Wirtschaftspolitik/2021/wipo_37_Subventionsbericht_ifw-kiel.pdf>.
- Laaser, C.-F., A. Rosenschon und K. Schrader (2023). Kieler Subventionsbericht 2023: Subventionen des Bundes in Zeiten von Ukrainekrieg und Energiekrise. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik, 44 (Oktober). Kiel: Institut für Weltwirtschaft. Via Internet (22. Februar 2024) <https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/f538af77-3462-4431-8e47-110fcb09dee5-KBW_44.pdf>.
- Laaser, C.-F., A. Rosenschon und K. Schrader (2024, forthcoming). Kieler Subventionsbericht 2024. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik, XY (...). Kiel: Institut für Weltwirtschaft.
- Low Carbon Power (2024). Low-Carbon Power: Überwachen Sie die Umstellung auf kohlenstoffarme Energie. Taipeh. Via Internet (09.05.2024) <<https://lowcarbonpower.org/de/>>.

- Nationaler Normenkontrollrat (2023). Weniger, einfacher, digitaler. Bürokratie abbauen. Deutschland zukunftsfähig machen. Jahresbericht 2023. Berlin. Via Internet (03.05.2024) <<https://www.normenkontrollrat.bund.de/Web/NKR/SharedDocs/Downloads/DE/Jahresberichte/2023-jahresbericht.html?nn=145276>>.
- NATO (North Atlantic Treaty Organization) (2024). Defence Expenditures and NATO's 2% Guideline. Last updated: 05 Apr. 2024 14:08. Brussels: NATO. Via Internet (16. Mai 2024) <https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_49198.htm>.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) (2023). Taxing Wages 2023: Indexation of Labour Taxation and Benefits in OECD Countries. OECD Publishing, Paris. Via Internet (16. Mai 2024) <<https://doi.org/10.1787/8c99fa4d-en>>.
- Potrafke, N. (2023). Wie wirken Schuldenregeln? Eine Evaluierung der Forschungsergebnisse. Studie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. München: ifo Institut.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2024). Deutsche Wirtschaft kränkelt – Reform der Schuldenbremse kein Allheilmittel. Gemeinschaftsdiagnose #1-2024. Dienstleistungsauftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Unkorrigiert. Sendesperrfrist: 27. März 2024 10:00 Uhr. Abgeschlossen in Kiel am 25.03.2024. Berlin et al.: DIW et al. Via Internet (27.03.2024) <https://gemeinschaftsdiagnose.de/wp-content/uploads/2024/03/IfW_Kiel_GD_1_2024_unredigiert_web.pdf>.
- Recktenwald, H. C. (Hrsg.) (1970). *Nutzen-Kosten-Analyse und Programmbudget. Grundlage staatlicher Entscheidung und Planung*. Tübingen: Mohr.
- Recktenwald, H. C. (1983). *Lexikon der Staats- und Geldwirtschaft. Ein Lehr- und Nachschlagewerk*. München: Vahlen.
- Röhl, K.-H. (2024). Verteidigungsausgaben: Gerade so genug für die NATO? IW-Kurzbericht 19/2024. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft. Via Internet (16. Mai 2024) <<https://www.iwkoeln.de/studien/klaus-heiner-roehl-gerade-so-genug-fuer-die-nato.html>>.
- Spiegel Online (2024). Prognose für 2024. Rentner zahlen fast 50 Milliarden Euro Steuern. Auch Rentnerinnen und Rentner müssen Steuern zahlen – die Einnahmen für den Fiskus sind erheblich. Nach SPIEGEL-Informationen werden es in diesem Jahr fast 50 Milliarden Euro sein. Via Internet (08.05.2024) <<https://www.spiegel.de/wirtschaft/rentner-zahlen-fast-50-milliarden-euro-steuern-prognose-fuer-2024-a-ecf56b33-02c7-492b-99be-5ca085058761>>.
- Statistisches Bundesamt (2024). Staat. Bürokratiekosten. Wiesbaden. Via Internet (03.05.2024) <https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Buerokratiekosten/_inhalt.html>.
- Tagesschau.de (2023). Hintergrund: Kritik an Staatshilfen. Täuschen Subventionen über Probleme hinweg? Mittelständische Unternehmer und Ökonomen warnen vor einer ausufernden Subventionspolitik der Bundesregierung. Damit würden Wettbewerbsnachteile kaschiert, anstatt sie zu beheben. Via Internet (06. Mai 2024) <<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/subventionen-kritik-mittelstand-100.html>>.
- Vieweger, H.-J. (2023). Bürokratiekosten auf Rekordniveau: „Immer mehr Regelungen in immer kürzerer Zeit“. Tagesschau.de. Via Internet (03.05.2024) <<https://www.tagesschau.de/inland/belastung-buerokratie-rekord-100.html>>.
- Wirtschaftslexikon24.com (2024). Wirtschaftslexikon24, Stichwort „Programmbudget“. Via Internet (02.05.2024) <<https://www.wirtschaftslexikon24.com/d/programmbudget/programmbudget.htm>>.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2023). Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim BMF – „US-Inflation Reduction Act: Implikationen für Europa“. Monatsbericht des BMF, Juni 2023, Analysen und Berichte. Berlin: 55–59. Via Internet (09.05.2024) <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2023/06/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-5-wissenschaftlicher-beirat-zu-implikationen-ira-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=1>.

Anhangtabellen

Tabelle A1:
Sozialausgaben und Ausgaben für Umverteilungsbürokratie (in 1.000 Euro)

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
"0603		Integration und Migration, Minderheiten und Vertriebene	0			499.185	1.042.280	968.221	855.722	1.002.001	1.152.229	1.427.724
"0633		Ausgaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge	131.294	266.128	454.263	239.636	659.932	703.295	742.164	801.783	725.557	1.021.394
"0413		Ausgaben der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration			3.961	4.743	30.736	33.775	36.474	33.399	43.496	35.662
"0640		Bewilligungen für Spätaussiedler, Deutsche Minderheiten und Vertriebene	231.393	111.370	76.701							
"0815	63601	Erstattung von Verwaltungskosten an die Bundesagentur für Arbeit für die Durchführung des Familienleistungsausgleichs	210.308	204.031	201.993	222.127	310.544	338.311	371.233	395.515	470.465	454.664
"0815	63602	Erstattung von Verwaltungskosten an die Deutsche Rentenversicherung Bund und andere Organisationen des öffentlichen Bereichs			78.710	138.192	135.264	130.048	128.882	122.833	129.039	129.056
"0803	63602	Erstattung von Verwaltungskosten an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte		26.230								
"0912	68101	Arbeitslosenhilfe	13.161.196	1.533.462								
1001	63601	Zuschüsse zur Alterssicherung der Landwirte	2.165.797	2.348.187	2.263.206	2.168.525	2.359.228	2.334.714	2.323.538	2.290.304	2.460.000	2.440.000
1001	63605	Zuschüsse zur Zusatzaltersversorgung für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft	12.252	16.500	26.664	28.489	30.881	31.097	30.327	31.181	34.000	35.000
1112	63632	Zuschuss, Darlehen und sonstige Leistungen an die Bundesagentur für Arbeit (ohne Corona)	867.019	396.680	5.207.229							
1101	63211	Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung (Grundsicherung für Arbeitssuchende) (ohne coronabedingten Aufschlag)		3.532.865	3.235.336	5.249.044	6.457.535	5.699.941	6.306.013	6.080.804	10.400.000	11.100.000
1101	63211	nachrichtlich: coronabedingter Aufschlag, nicht in der Summe enthalten						4.397.097	3.783.608	3.648.482		
1101	63613	Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende		3.052.150	4.412.746	4.809.521	5.767.824	5.811.953	5.836.835	6.007.084	5.250.000	5.050.000
1101	68112	Arbeitslosengeld II/Bürgergeld (ohne coronabedingten Aufschlag)		25.001.441	22.246.251	20.197.840	20.024.709	16.858.432	19.179.682	20.056.919	23.760.000	26.500.000
1101	68112	nachrichtlich: coronabedingter Aufschlag, nicht in der Summe enthalten						4.000.000	2.500.000	2.218.647		
1101	68122	Heizkostenzuschuss								48.974	10.000	
1102	63201	Erstattungen des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung			517.544	5.887.237	6.800.516	7.430.671	7.949.213	8.641.191	9.050.000	10.900.000
1102	63202	Beteiligung des Bundes an den Aufwendungen für den Barbetrag nach dem dritten Kapitel SGB XII					82.187	40.975	20.071	20.504	24.000	21.000

Fortsetzung Tabelle A1

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
1102	68501	Ausfinanzierung der Zusatzversorgung bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger					76.732	78.303	78.516	81.511	86.000	88.400
1102	63612	Erstattung von Aufwendungen der Deutschen Rentenversicherung Bund aufgrund der Überführung von Zusatzversorgungssystemen in die RV			2.705.388	3.077.977	3.412.252	3.477.071	3.463.915	3.469.525	3.580.000	3.618.000
1102	63614	Erstattung von Invalidenrenten und Aufwendungen für Pflichtbeitragszeiten bei Erwerbsunfähigkeit im Beitrittsgebiet	125.587	113.596	106.512	97.836	89.917	88.881	84.518	82.197	91.000	91.000
1102	63616	Beteiligung des Bundes an der knappschaftlichen Rentenversicherung	7.352.377	6.825.528	5.900.000	5.265.531	5.256.480	5.523.285	5.097.761	5.175.195	5.160.000	5.050.000
1102	63617	Beteiligung des Bundes an der hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherung		63.847	62.965	62.710	64.755	67.178	63.521	64.312	67.500	67.500
1102	63681	Zuschuss des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung	26.201.252	29.515.000	31.471.646	31.472.489	36.305.233	37.826.577	40.414.325	40.835.760	42.678.678	44.849.312
1102	63682	Zuschuss des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung im Beitrittsgebiet	7.149.906	7.971.000	8.411.055	8.734.336	9.936.608	10.324.752	10.980.000	11.043.690	11.433.778	12.022.914
1102	63683	zusätzlicher Zuschuss des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung	9.077.987	17.324.000	19.095.307	22.202.796	26.086.539	27.148.737	27.472.726	29.130.612	30.036.373	30.835.406
1102	63684	Beitragszahlungen für Kindererziehungszeiten an die allgemeine Rentenversicherung	11.452.938	11.715.000	11.637.032	12.149.496	15.391.773	16.204.758	16.918.536	16.820.373	17.257.554	18.143.398
1109		Förderung der Integration von Zuwanderern	44.843									
1112	Tgr. 01	Eingliederungsleistungen für Spätaussiedler sowie Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge	419.473									
1113	65627	Zuschuss an die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung im Saarland	3.068									
1103		Bundesausführbehörde für Unfallversicherung	16.166									
"0912	63602	Beitragszahlungen für Kindererziehungszeiten durch den Bund		110.000								
1102	63685	Zuschüsse zu den Beiträgen zur Rentenversicherung der in Werkstätten und Integrationsprojekten beschäftigten behinderten Menschen	734.454	958.240	1.031.146	1.198.492	1.336.906	1.400.430	1.452.005	1.439.771	1.560.000	1.595.000
1513	63622	Erstattung von Aufwendungen der BfA aufgrund der Überführung von Zusatzversorgungssystemen in die Rentenversicherung in den neuen Ländern (einschl. ehemaliges Ostberlin)	1.705.173	2.417.053								
1513	63623	Erstattung von einigungsbedingten Leistungen an die allgemeine Rentenversicherung	1.204.379	562.081	324.050							
1513	85622	Betriebsmitteldarlehen an die Träger der allgemeinen Rentenversicherung		899.750								
1104	68101	Fremdrenten in der Unfallversicherung	31.942	27.160	21.537	18.939	16.989	18.149	14.960	14.626	17.000	17.000
1104	68102	Aufwendungen des Bundes für die gesetzliche Unfallversicherung	153.935	98.004	92.395	94.256	96.954	100.852	98.244	100.660	102.570	102.570

Fortsetzung Tabelle A1

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
1104	63602	Verwaltungskostenerstattung an die Künstlersozialkasse	4.963	6.631	9.019	9.019	17.741	16.100	12.668	12.534	18.463	16.121
1104	63603	Zuschuss des Bundes an die Künstlersozialkasse	76.963	95.000	146.992	182.367	224.530	216.523	251.416	384.976	255.900	276.456
1104	63601	Verwaltungskostenerstattung an die Unfallkasse des Bundes Bund und Bahn		7.944	7.552	8.812	7.545	6.728	2.662	9.250	9.280	9.280
1105	Tgr. 01	Bundesteilhabegesetz					44.983	90.002	106.655	137.248	244.571	234.035
1105	68301	Abwicklung der Härtefallregelung soziale Dienstleister										20.000
1110	68502	Zuweisung des Bundes zur Errichtung eines Fonds zur Abmilderung von Härtefällen in der Rentenüberleitung sowie für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer							500.000	500.000		
1111	97201	Globale Minderausgabe									-1.150.000	
1222	63404	Erstattungen des Bundes nach § 21 Abs.5 und 6 des Gesetzes über die Gründung einer Deutsche Bahn Aktiengesellschaft			69.660	5.204	4.416	0	3.473			
1216	63405	Zuschuss an die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See für Rentenleistungen (Rentenzusatzversicherung) an ehemalige Mitarbeiter/innen der Deutschen Bundesbahn			363.337	344.680	324.750	326.310	308.790	303.800	312.200	306.460
1222	63601	Zuschuss des Bundes an die Bahnversicherungsanstalt für Rentenleistungen an ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Bundesbahn	307.890	350.730								
1502	68305	Erstattung an die Pflegekassen nach Art. 52 Abs. 4 Pflege-Versicherungsgesetz										
1701	63207	Ausgaben nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	251.587	268.330	303.635	280.850	871.231	925.060	980.679	1.000.189	1.190.000	1.300.000
1701	63601	Planungs- und Umsetzungskosten zur Einführung der Kindergrundsicherung										100.000
1701	68102	Elterngeld			4.582.928	5.821.898	6.982.356	7.220.369	7.461.647	7.639.831	8.280.000	8.030.000
1710	68101	Erziehungsgeld	3.406.388	2.873.205								
1701	68103	Betreuungsgeld				855.939						
1701	68502	Einlage in die Stiftung „Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens“	92.033	92.033	97.033	92.033	96.033	96.033	96.033	101.594	96.033	96.033
1701	Tgr. 01	Kindergeld (einschl. Verwaltungskosten) bis 2022 (ohne coronabedingtem Aufschlag)	116.786	262.045	551.743	447.776	665.977	736.973	731.924	738.460	2.215.500	2.750.000
1701	68113	nachrichtlich: coronabedingter Aufschlag, nicht in der Summe enthalten						582.836	866.862	866.888		
1703	Tgr.02	Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik	47.062	49.042	55.659	75.281	104.341	112.778	130.786	180.904	156.996	148.484
		abzüglich coronabedingte Maßnahmen für Familien							-4.833	-33.788		
1710		Sonstige Bewilligungen, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend				102.051	89.036	128.195	88.574	55.063	81.379	43.229
2501	63201	Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz (2023 mit Heizkostenzuschuss)	1.707.306	1.084.544	880.509	340.476	476.789	655.567	702.895	1.042.929	2.900.000	2.150.000

Fortsetzung Tabelle A1

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
1110	63603	Energiepreispauschale – Aufwendungen des Bundes nach § 6 Abs. 1 RentEPPG und §1 Abs.4 VEPPGewG								6.041.948	90.000	
3002	63201	Einmalzahlung Studierende und Schüler (wegen steigender Energiekosten)									700.000	
2501	63203	Verwaltungskostenerstattung an Länder, Wohnungspolitik	215.782	142.410	160.894	290.929	309.553	323.009	334.544	369.950	149.000	140.143
6002	68501	Zuschuss an die Postbeamtenversorgungskasse	4.294.852		6.205.300	7.400.500	8.384.000	8.468.100	8.696.400	8.865.300	9.293.600	9.852.200
6002	63602	Zuschuss an die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft - Bahn - See und an die Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen			10.029	6.471	4.065	3.617	3.000		2.800	
6002	68502	Geschäftsbetrieb für den Aufbau eines Kapitalstocks zur Stabilisierung der Beitragssatzentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung									25.000	10.000
6002	86101	Verzinsliche Darlehen für den Aufbau eines Kapitalstocks zur Stabilisierung der Beitragssatzentwicklung in der Gesetzlichen Rentenversicherung										12.000.000
6002	65601	Zuschuss an die Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen	19.940	14.000							0	
6099	68313	Härtefallregelung für private Haushalte aus dem Nachtragshaushalt									314.650	
1711		Globale Minderausgabe									-41.456	-86.503
1111	97201	Globale Minderausgabe Grundrente und GMA	0								-1.150.000	-966.212
		insgesamt (ohne Coronazuschläge)	92.994.289	120.335.217	133.027.927	140.083.683	160.380.120	161.965.769	170.326.494	181.140.912	189.573.155	212.024.726
		<i>nachrichtlich: in den Subventionen enthaltene Sozialausgaben</i>										
1001	63602	Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung	255.646	150.000	300.000	100.000	176.950	176.950	176.950	100.000	100.000	100.000
1001	63603	Zuschüsse zur Gewährung einer Rente an Kleinlandwirte bei Landabgabe	95.701	69.061	43.771	23.312	11.856	10.336	8.653	7.343	9.000	8.000
1001	63604	Zuschüsse zur Krankenversicherung der Landwirte	1.015.882	1.112.020	1.261.893	1.371.130	1.406.980	1.384.255	1.386.715	1.366.748	1.475.000	1.525.500
1001	63606	Zuschüsse zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit	201.863	47.470	2.873	2.069	828	650	602	549	600	600
1216	63401	Pensionen der ehemaligen Bahnbeamten	5.740.478	5.472.100	5.153.600	5.253.800	5.162.140	5.163.735	5.055.630	5.045.810	5.214.710	5.116.980
1501	63606	Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtwirtschaftliche Aufgaben (Gesundheitsfonds)		2.500.000	11.800.000	11.500.000	14.500.000	14.500.000	14.500.000	14.500.000	14.500.000	14.500.000
1501	68608/63608	zusätzlicher Bundeszuschuss an die GKV									2.000.000	
1501	85601	Darlehen an den Gesundheitsfond									1.000.000	
1501	63607	Bundeszuschuss zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen in der GKV			3.900.000							

Fortsetzung Tabelle A1

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
1105	68201	Erstattung von Fahrgeldausfällen beim Transport von Behinderten	197.747	205.745	224.956	258.727	241.930	259.854	241.902	258.431	251.000	256.942
2501	88206	Sozialer Wohnungsbau	0	0	0	0	0	102.874	355.142	568.060	1.275.000	1.582.500
2502	-88225	Zuschüsse an die alten Länder zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	482.236	148.320	0	0	0	0	0	0	0	0
2502	-88228	Zuweisungen an die neuen Länder zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	352.118	115.261	0	0	0	0	0	0	0	0
		insgesamt	8.341.671	9.819.977	22.687.093	18.509.038	21.500.684	21.598.654	21.725.594	21.846.941	25.825.310	23.090.522
		Sozialausgaben einschließlich sozial motivierter Subventionen	101.335.960	130.155.194	155.715.020	158.592.721	181.880.804	183.564.423	192.052.088	202.987.853	215.083.815	235.115.248

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Tabelle A2:
Finanzhilfen des Bundes und seiner Sonderhaushalte (in Mio. Euro)

Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
Direkte Finanzhilfen des Bundes	25.112	23.612	37.192	32.093	39.952	42.659	44.244	46.945	60.876	62.091
Indirekte Finanzhilfen des Bundes	12.114	11.227	10.826	11.262	13.452	13.805	12.299	15.616	17.115	17.856
Finanzhilfen des Investitions- und Tilgungsfonds	0	0	1.389	0	0	0	0	0	0	0
Subventionsäquivalent der Kredite der KfW	500	300	300	400	200	200	100	200	200	200
Finanzhilfen des Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“	0	0	533	203	298	339	366	384	0	0
Finanzhilfen des Klima- und Transformationsfonds	0	0	0	1.087	3.010	4.845	20.422	13.183	34.007	47.198
Finanzhilfen des Sondervermögens digitale Infrastruktur	0	0	0	0	20	37	133	276	1.752	0
Finanzhilfen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds	0	0	0	0	0	0	0	8.960	40.821	0
Finanzhilfen des Bundes im weiteren Sinne	37.726	35.139	50.240	45.046	56.933	61.885	77.564	85.565	154.771	127.345
Finanzhilfen des Bundes nach Subventionsbericht des BMF	10.100	6.100	7.000	6.400	8.347	11.696	18.440	20.110	45.247	48.723

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.; c, lfd. Jgg.); Laaser, Rosenschon und Schrader (2024, forthcoming); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Tabelle A3:
Ausgaben für Pensionen, Beihilfen etc. nach Ministerien und sonstige Versorgungsausgaben (in 1.000 Euro)

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
"0111		Bundespräsident und Bundespräsidialamt	2.556	3.369	4.232	6.881	8.830	7.854	8.948	9.102	9.353	9.264
"0211		Deutscher Bundestag	17.109	20.472	24.531	28.868	58.232	56.662	60.519	62.764	74.494	76.775
"0311		Bundesrat	1.520	1.639	2.050	2.777	4.703	4.458	5.090	5.815	6.636	7.590
"0411		Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	39.872	47.582	49.830	58.730	69.119	69.368	69.408	73.541	67.684	69.920
"0431		Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	6.940	8.385	8.097	8.691	12.097	12.244	12.488	13.493	14.769	12.691
"0451		Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien			8.061	12.564	26.270	28.675	31.850	33.869	33.293	32.358
"0511		Auswärtiges Amt	81.218	95.205	112.609	186.870	217.701	219.139	229.243	243.268	136.239	173.092
"0611		Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat	223.982	297.868	400.265	726.895	1.043.973	1.134.213	1.257.035	1.376.606	1.273.529	1.298.577
"0711		Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	91.431	101.255	116.498	180.576	230.044	230.278	244.225	253.847	257.463	297.269
"0811		Bundesministerium der Finanzen	737.548	780.346	844.875	1.150.683	1.353.177	1.397.039	1.439.974	1.508.727	1.537.825	1.474.744
"0911		Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	77.746	131.485	127.122	224.791	293.095	305.538	311.376	329.500	288.298	338.536
1011		Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	36.913	43.578	52.181	90.560	116.541	111.624	119.100	143.058	136.998	140.241
1111		Bundesministerium für Arbeit und Soziales	29.317		35.142	80.247	120.097	119.918	92.416	98.842	99.921	100.845
1211		Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	153.225	170.604	200.667	241.630	394.486	384.975	342.508	571.070	452.226	557.807
1411		Bundesministerium der Verteidigung	606.388	689.788	805.251	969.678	1.465.222	1.510.688	1.523.164	1.595.735	1.727.918	1.842.444
1511		Bundesministerium für Gesundheit	12.818	17.004	20.676	27.133	83.317	96.580	67.716	71.661	21.893	25.321
1611		Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	8.216	14.044	22.384	74.883	81.911	83.252	91.173	99.548	69.701	83.930
1711		Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	17.241	18.991	21.057	34.150	49.241	50.236	41.390	43.770	43.815	45.047
1911		Bundesverfassungsgericht	3.839	4.065	4.202	6.856	9.620	9.638	9.992	10.280	11.719	11.633
2011		Bundesrechnungshof	18.647	23.416	28.160	45.161	53.628	56.589	58.824	58.349	65.645	37.362
2111		Bundesbeauftragte für Datenschutz und die Informationsfreiheit					2.085	3.364	5.008	5.802	7.138	6.665
2211		Unabhängiger Kontrollrat							121	197	1.133	788
2311		Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	11.805	16.140	19.262	34.433	39.025	42.172	41.849	46.068	51.802	54.347
2311		Globale Minderausgabe									-45.430	-45.430
2511		Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen								6.014	6.636	18.994
3011		Bundesministerium für Bildung und Forschung	18.023	22.242	27.985	66.914	77.758	49.185	52.229	56.826	40.859	64.527
6067		sonstige Versorgungsausgaben			2.309.753	2.175.501	2.319.453	2.377.800	2.353.383	2.364.100	2.489.310	2.473.470
3306		Versorgungsausgaben, die durch das zweite Überleitungsgesetz vom Bund übernommen worden sind	9.965	2.675								
3307		Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen	684.290	490.920								

Fortsetzung Tabelle A3

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
3308		Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen	1.078.889	754.844								
3309		Leistungen nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz vom 25. Juli 1991 für die geschlossenen Sonderversorgungssysteme im Beitrittsgebiet	1.363.335	1.517.630								
1403	Tgr. 58	Versorgung der Soldatinnen und Soldaten	3.034.434	3.335.641	3.813.749	4.540.567	4.939.853	4.898.267	4.941.372	5.149.349	5.329.831	5.778.736
		insgesamt	8.367.266	8.609.188	9.058.639	10.976.039	13.069.478	13.259.756	13.410.401	14.231.201	14.210.698	14.987.543
		nachrichtlich: in den Subventionen enthalten Pensionen der ehemaligen Bahnbeamten	5.740.478	5.472.100	5.153.600	5.253.800	5.162.140	5.163.735	5.055.630	5.045.810	5.214.710	5.116.980

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Tabelle A4:
Ausgaben für Zinsen (in 1.000 Euro)

Kapitel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
3205	Verzinsung	39.198.022	37.411.875	33.148.988	21.107.275	12.124.463	6.505.787	3.937.561	15.338.163	38.630.467	37.501.791
"0810	Bundeswertpapierverwaltung		24.941								
aus 6099	Zinszahlungen des Wirtschafts- stabilisierungsfonds								702.940	2.322.097	
aus 1491	Zinsen des Sondervermögens Bundeswehr										775 360
	Summe	39.198.022	37.436.816	33.148.988	21.107.275	12.124.463	6.505.787	3.937.561	16.041.103	40.952.564	38.277.151

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Tabelle A5:
Ausgaben für Bundesämter, Bundesanstalten und Bundesinstitute (in 1.000 Euro)

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
1) Bundesämter												
"0432		Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	138.834	76.616	77.739	112.183	113.577	121.108	103.689	161.088	142.585	135.518
"0514		Bundesamt für auswärtige Angelegenheiten						2	19.023	35.591	53.724	51.063
"0614		Statistisches Bundesamt	130.734	140.921	162.483	148.993	219.994	249.555	285.244	332.433	223.795	248.968
"0615		Bundesverwaltungsamt	144.777	165.565	207.345	267.380	402.098	465.544	489.691	520.075	495.313	571.222
"0616		Bundesamt für Kartographie und Geodäsie	26.561	26.020	33.703	33.905	39.187	45.586	46.812	54.612	70.158	64.071
"0619		Beschaffungsamt des BMI	10.459	15.951	18.182	16.709	25.165	28.221	30.941	30.639	42.613	44.993
"0620		Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen mit Bundesausgleichsamt		35.700	99.625	120.193	20.347	19.261	17.849	17.638	20.492	22.085
"0623		Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	30.680	52.994	62.066	71.958	118.117	142.623	167.723	201.235	254.034	237.852
"0624		Bundeskriminalamt	295.882	363.478	360.339	431.793	678.564	837.908	861.563	933.646	875.706	874.246
"0626		Bundesamt für Verfassungsschutz	113.340	137.972	174.306	222.481	399.114	416.036	422.511	440.324	469.469	468.883
"0628		Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	84.407	92.893	104.045	133.541	108.731	167.770	237.843	224.681	211.196	168.209
"0718		Bundesamt für Justiz			40.315	54.513	87.714	87.113	91.008	92.099	99.808	99.391
"0719		Deutsches Patent- und Markenamt	155.728	160.610	175.427	191.782	226.500	235.093	248.448	243.493	252.725	252.816
"0805		Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen	16.050									
"0806		Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel	9.105									
"0808		Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen	28.550									
"0812		Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen	9.700									
"0814		Bundesamt zur Bekämpfung von Finanzkriminalität										63.658
"0815		Bundeszentralamt für Steuern (abzüglich Verwaltungskosten Familienleistungsausgleich und Verwaltungskosten Deutsche Rentenversicherung Bund)	71.310	123.047	74.285	137.418	186.888	197.946	248.518	237.143	262.074	237.549
"0916		Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle		31.000	55.812	59.313	82.381	89.824	100.072	108.712	131.515	130.496
"0905		Bundesamt für Wirtschaft	15.714									
"0904		Bundesausfuhramt	15.490									
"0917		Bundeskartellamt	18.296	18.062	23.156	27.360	35.791	37.968	35.719	40.335	34.998	48.141
1017		Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit		24.749	32.001	38.295	54.717	58.013	67.012	78.480	95.566	93.094
1018		Bundessortenamt	23.567	23.188	22.036	22.275	22.865	24.824	24.421	25.204	27.737	27.207
1116		Bundesamt für soziale Sicherung	21.431	30.080	36.049	40.453	47.908	50.791	53.395	60.616	70.485	70.499
1213		Bundesamt für Logistik und Mobilität	92.704	89.442	99.899	51.192	59.561	61.079	63.986	87.821	74.989	81.279
1215		Kraffahrt-Bundesamt	52.550	60.011	66.371	75.421	87.799	94.034	94.885	92.676	102.308	99.244
1217		Eisenbahnbundesamt	61.408	69.888	70.815	87.271	99.859	104.342	114.449	116.890	140.511	167.209
1218		Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes	826.102	1.306.971	1.546.641	2.022.340	1.083.463	1.089.773	942.730	965.330	989.816	1.021.342
1219		Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	56.691	62.468	73.344	75.519	122.271	104.704	96.552	100.124	116.667	134.562
1221		Luftfahrtbundesamt	49.593	48.033	52.903	61.764	80.338	83.410	86.869	92.087	94.459	95.982
1222		Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung				6.628	7.604	7.332	8.123	8.233	9.645	10.995
1228		Fernstraßenbundesamt					972	9.507	57.137	60.698	116.742	106.272
1613		Umweltbundesamt	74.431	102.414	100.388	115.046	141.427	154.010	160.163	166.585	177.627	183.556
1614		Bundesamt für Naturschutz	13.834	23.042	20.631	28.528	38.460	41.133	46.521	49.594	58.241	56.361
1615		Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung					28.054	39.296	50.849	49.160	63.489	68.818
1616		Bundesamt für Strahlenschutz	148.352	153.514	316.761	432.229	63.144	76.560	74.788	73.157	76.143	83.591

Fortsetzung Tabelle A5

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
		abzüglich Zahlungen für Endlagerung radioaktiver Abfälle und Verwahrung von Kernbrennstoffen (bei Subventionen verbucht)	0	-59.723	-266.274	-147.290	-11.139	-8.497	-6.997	-6.540	-7.125	-7.125
1704		Bundesamt für den Zivildienst	1.107.485	638.366	692.623							
1713		Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben				91.879	120.487	119.837	119.109	127.118	118.935	127.530
2013		Prüfungsämter des Bundes	26.111	35.106	34.431	33.575						
2514		Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	82.208	92.368	170.524	85.437	102.790	112.602	121.140	129.724	136.749	153.864
		2) Bundesanstalten und -institute										
"0629		Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	117.237	147.898	179.564	209.634	314.683	411.885	470.571	477.755	428.629	401.568
"0634		Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien	3.313									
"0913		Physikalisch-Technische Bundesanstalt	130.393	133.153	158.312	199.697	242.813	248.866	259.449	265.949	235.301	241.405
"0914		Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	102.413	107.281	133.543	150.743	157.680	172.392	182.002	186.589	184.022	182.626
"0915		Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	58.960	60.210	75.476	89.923	99.662	93.897	107.661	104.800	96.977	96.789
1002	67101	erstattete Verwaltungskosten des Instituts für Risikobewertung		38.318	48.661	69.822	92.622	100.223	105.614	103.364	126.597	137.470
1002	89301	Investitionen Institut für Risikobewertung							5.109	16.024	32.080	22.270
1113		Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	45.064	45.797	50.662	67.368	72.992	76.253	77.721	80.967	89.200	88.478
1214		Bundesanstalt für Straßenwesen	32.332	34.862	38.122	47.594	53.842	52.119	48.852	53.976	48.362	50.740
1223		Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen					22.562	21.946	25.495	32.631	36.474	38.877
1514		Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information	14.687	10.564	11.317	12.514	15.366	15.135				
1512		Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin	59.493									
"0454		Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa	797	820	991	1.075	1.500	1.717	1.837	5.079	1.856	1.874
1204		Bundesanstalt für IT-Dienstleistungen				33.746						
1516		Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte	104.938	59.607	64.378	77.314	92.781	93.937	125.428	135.902	115.089	129.610
		3) übrige Institutionen										
"0113		Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz	1.622	2.093	1.675	1.841	2.011	2.114	2.249	2.618	3.257	3.240
"0414		Bundesnachrichtendienst	331.449	419.200	470.919	557.784	954.811	904.846	941.825	1.044.578	1.030.000	1.083.356
"0415		Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland								3.692	15.923	16.593
"0453		Bundesarchiv	38.746	43.187	50.948	61.245	85.235	85.537	90.548	194.112	188.087	192.751
"0455		Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR	100.833	93.781	98.187	101.970	101.886	98.063	95.586			
"0456		Kunstverwaltung des Bundes							1.560	1.962	3.938	5.216
"0607		Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit		8.086	5.799	8.086						
"0611		Bundesakademie für öffentliche Verwaltung	6.796	6.821	6.476							
"0622		Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich					36.216	51.197	59.552	73.639	82.095	75.416
"0628		Zivilschutz										
"0610	Tgr. 01	Beschaffungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder	17.938	14.304	15.522	14.594	29.843	32.114	30.469			

Fortsetzung Tabelle A5

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
"0635		Bundeszentrale für politische Bildung	39.842	38.017	38.248	46.656	65.033	72.613	82.460	90.941	96.177	95.513
"0807		Bundesvermögens- und Bauangelegenheiten	440.307	69.799	204.827							
"0816		Informationstechnikzentrum Bund			168.689	295.491	760.961	792.578	944.625	1.063.943	1.419.866	1.594.017
"0819		Einheitliches Liegenschaftsmanagement für Dienstleistungen des Bundes										
"0918		Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen		129.802	155.424	189.148	219.763	217.823	222.679	232.272	300.929	267.308
"0906		Bundesstelle für Außenhandelsinformation	20.749									
"0906		Bundesagentur für Außenwirtschaft		22.544								
"0910		Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post	143.262									
1103		Bundesausführungsbehörde für die Unfallversicherung	16.166									
1220		Deutscher Wetterdienst	280.362	249.991	214.930	304.852	369.974	378.648	387.994	361.270	361.907	381.627
1220	68701/02/03	abzüglich Zahlungen an internationale Organisationen	-124.106	-72.632	-42.243	-115.323	-165.016	-147.922	-162.169	-141.975	-135.116	-143.641
1503		Prävention und Gesundheitsverbände										
1513		Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	10.967	13.954	17.338	30.678	40.020	40.649	45.783	54.088	17.462	17.060
1714		Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz	767	1.363	1.409	1.199	2.311	2.320	2.006	3.370	7.544	7.544
1715		Antidiskriminierungsstelle des Bundes			2.697	3.866	4.820	4.775	3.797	3.504	13.395	14.145
1716		Die unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs	0					5.615	6.741	11.660	12.224	11.724
		insgesamt	5.947.410	5.819.566	6.909.842	7.611.601	8.569.119	9.193.648	9.509.387	10.413.411	10.915.464	11.307.017

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Tabelle A6:
Ausgaben für die Legislative, Exekutive und Judikative (in 1.000 Euro)

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
"0101		Bundespräsident	3.949	5.757	5.563	5.628	5.973	5.633	5.701	5.881	4.986	5.086
"0112		Bundespräsidialamt	13.887	14.836	17.300	20.426	25.420	26.049	24.980	27.156	27.385	29.504
"0212		Deutscher Bundestag	496.298	507.395	628.227	708.565	852.416	869.592	884.271	924.683	1.049.149	1.143.285
"0213		Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages	3.156	3.294	3.358	3.989	3.998	3.717	4.060	4.552	4.744	5.227
"0214		Bundesversammlung								1.688	0	0
"0215		Mitglieder des Europäischen Parlaments	10.593	14.658	5.717	6.167	6.617	6.547	6.782	6.777	7.357	7.854
"0216		Parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste					2.357	2.039	1.910	2.262	3.682	38.760
"0218		Der Polizeibeauftragte des Deutschen Bundestages										1.652
"0312		Bundesrat	16.344	17.504	18.132	19.850	23.162	21.884	21.961	26.268	33.040	30.693
"0410		Sonstige Bewilligungen beim Bundeskanzleramt			12.072	15.969	22.581	31.292	30.312	34.363	31.271	30.641
"0412		Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	37.561	31.979	41.778	60.687	78.673	89.077	98.633	112.121	145.082	194.505
"0512		Auswärtiges Amt (ab 2014 einschl. Vertretungen des Bundes im Ausland)	235.142	229.310	265.097	1.114.467	1.341.663	1.347.296	1.372.928	1.620.447	1.618.267	1.730.645
		abzüglich: Vertretungen des Bundes im Ausland				-793.991	-917.592	-785.573	-757.957	-812.887	-813.777	-828.180
		abzüglich: Sicherheitsmaßnahmen an Auslandsvertretungen						-98.455	-102.448	-102.484	-119.110	-119.540
"0610		sonstige Bewilligungen beim Bundesministerium des Inneren und für Heimat				18.980	44.085	74.026	47.776	38.647	45.831	34.609
"0612		Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat	90.541	114.680	125.800	154.050	200.902	231.872	626.448	250.711	228.675	215.760
"0710		sonstige Bewilligungen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz				11.788	22.611	25.332	27.224	35.521	93.287	91.076
"0712		Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	52.569	48.570	52.861	75.635	89.602	105.685	109.596	109.168	123.928	113.257
"0810	63201	Vereinheitlichung der Software im Besteuerungsverfahren				9.994	28.280	29.121	31.742	33.533	36.500	45.850
"0812		Bundesministerium der Finanzen	229.794	222.509	258.507	176.311	215.864	229.002	245.560	280.957	355.741	331.985
"0912		Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	132.463	141.223	118.816	163.067	190.503	206.728	226.667	234.149	300.212	301.595
1012		Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	64.809	66.393	79.508	90.076	107.630	116.084	114.721	121.014	136.954	139.188
1112		Bundesministerium für Arbeit und Soziales	81.291		96.935	106.170	127.174	133.809	143.542	146.162	174.201	172.769
1212		Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	118.159	123.888	132.341	151.595	141.620	148.743	150.769	157.112	166.297	178.333
1412		Bundesministerium der Verteidigung	343.906	391.874	399.756	452.701	242.276	243.953	249.722	268.628	280.228	303.191
1512		Bundesministerium für Gesundheit	44.284	109.628	79.845	92.001	76.509	82.785	106.941	124.958	145.337	137.611
1612		Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	65.206	77.477	65.887	115.688	116.742	129.977	129.820	128.182	146.811	145.740
1712		Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	32.487	38.904	50.987	55.877	80.032	83.464	83.265	90.307	105.733	121.758
1912		Bundesverfassungsgericht	14.017	16.178	17.265	25.153	23.176	24.822	25.858	26.023	28.746	29.681
2012		Bundesrechnungshof	44.694	43.620	50.417	56.281	104.131	101.584	109.940	108.991	121.311	124.448
2112		Bundesbeauftragte für Datenschutz und die Informationsfreiheit	3.449	3.961	5.799	8.086	17.390	25.696	25.749	28.147	38.561	38.733
2212		Unabhängiger Kontrollrat							1.211	3.856	15.255	10.212
2312		Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	42.882	76.043	51.327	112.990	115.121	142.951	120.255	127.477	149.002	159.776
2502		Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen								15.318	113.039	86.355
3012		Bundesministerium für Bildung und Forschung	75.738	90.355	96.234	91.186	112.725	120.331	126.202	136.327	157.832	157.389
"0711		Bundesdisziplinargericht										
"0713		Bundesgerichtshof	27.292	28.166	31.314	37.647	51.306	54.305	50.800	54.870	54.761	54.861

Fortsetzung Tabelle A6

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
"0714		Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof	34.380	48.343	20.383	32.976	48.603	50.187	47.360	51.815	65.383	59.390
"0715		Bundesverwaltungsgericht	32.263	14.135	15.073	19.452	22.709	23.291	24.251	24.415	24.737	25.037
"0716		Bundesfinanzhof	11.725	12.586	13.679	17.658	19.446	19.839	18.881	20.093	18.724	19.924
"0717		Bundespatentgericht	15.229	14.925	15.274	14.611	14.632	15.313	15.923	16.090	15.278	15.978
1114		Bundesarbeitsgericht	13.338	10.353	12.357	15.196	16.679	17.184	17.324	16.986	17.118	18.764
1115		Bundessozialgericht	12.198	12.036	23.298	17.986	20.598	21.069	22.676	21.507	23.412	23.156
		insgesamt	2.399.643	2.530.580	2.810.907	3.284.912	3.695.614	3.976.251	4.491.356	4.521.791	5.174.970	5.426.558

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Tabelle A7:
Die größten auslandswirksamen Zahlungen (in 1.000 Euro)

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
6001	"01901	Zuweisungen an die Europäische Union nach BSP-Schlüssel (Zölle siehe nachrichtlich-Posten)	8.943.064	15.075.217	18.153.316	21.577.829	23.316.628	25.615.615	28.683.258	25.573.741	24.280.000	23.850.000
6001	"02202	Zuweisungen an die Europäische Union aus Mehrwertsteuer-Eigenmitteln der EU (Zölle siehe nachrichtlich-Posten)	9.495.817	3.258.236	1.836.492	4.097.528	2.519.762	2.742.841	4.416.280	4.837.575	5.310.000	5.600.000
	"02203	Kunststoff-Eigenmittel der EU								1.376.980	1.420.000	1.420.000
"0501	Tgr. 01	Leistungen an die Vereinten Nationen und im internationalen Bereich	353.365	603.832	881.937	774.093	892.539	770.651	553.870	955.443	923.737	740.181
"0501	Tgr. 02	Sicherheit, Stabilität und Abrüstung				244.190	237.987	219.948	121.133	68.101	117.455	80.000
"0501	Tgr. 03	Humanitäre Hilfe und Krisenprävention				576.005	1.973.391	2.508.896	3.056.859	3.819.423	3.330.112	2.687.095
"0501	Tgr. 04	Globale Partnerschaften				18.930	17.562	14.648	15.077	19.781	22.230	23.148
"0502		Bilaterale Zusammenarbeit und Pflege der Auslandsbeziehungen				140.867	162.839	264.505	183.859	150.807	156.030	172.842
"0502		Allgemeine Bewilligungen, Auswärtiges Amt (ohne Beitrag an Vereinte Nationen)	251.091	249.382	586.986							
"0503		Vertretungen des Bundes im Ausland (ab 2014 beim Bundesministerium erfasst)	543.318	566.729	659.920							
"0512	Tgr. 2	Vertretungen des Bundes im Ausland				793.991	917.592	785.573	757.957	812.887	813.777	828.180
"0512	Tgr. 3	Sicherheitsmaßnahmen an Auslandsvertretungen						98.455	102.448	102.484	119.110	119.540
"0504	Tgr. 01	Allgemeine Auslandskulturarbeit abzüglich darin enthaltene Subventionen	213.418	200.614	236.164	97.143	143.452	166.767	169.908	169.137	203.477	162.653
			-60.215	-47.746	-34.810	-30.109	-75.354	-93.678	-88.697	-61.317	-67.270	-47.845
"0504	Tgr. 03	Baumaßnahmen im kulturellen Bereich im Ausland	20.891	15.140	15.946	45.223	18.804	19.948	29.254	26.144	26.740	27.414
"0504	Tgr. 04	Allgemeine Auslandskulturarbeit, institutionelle Förderung (vor allem Goethe-Institut, Alexander von Humboldt-Stiftung, Deutscher Akademischer Austauschdienst)	146.925	143.701	246.358	437.694	501.753	522.245	551.993	515.264	545.447	528.800
"0510		Sonstige Bewilligungen, Auswärtiges Amt										
"0513		Ausgaben Deutsches Archäologisches Institut	21.729	20.456	26.620	27.955	37.468	47.513	48.448	52.725	45.861	39.850
"0802		Lasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt und Abzug von ausländischen Streitkräften	113.593	220.959	142.847	144.074	93.710	97.226	75.152	78.679	32.840	23.110
"0813		Ausgaben für Zollverwaltung (ehemals Bundesfinanzverwaltung)	1.707.991	1.793.298	1.729.430	2.095.961	2.499.483	2.643.866	3.030.862	3.052.519	3.206.199	3.176.985
"0811		Ausgaben für Zollkriminalamt	31.223									
"0901	89631	Beitrag bzw. Leistungen an die Europäische Weltraumorganisation (ESA) in Paris	503.623	544.750	612.560	723.950	857.150	855.000	920.000	915.000	885.000	1.042.335
"0904	div.	Beiträge an internationale Organisationen	18.788	19.925	22.642	35.406	29.044	29.745	29.824	21.262	28.238	23.540
"0904	68710	Wirtschaftsfonds Afrika									10.000	
"0902	68785	internationale wirtschaftspolitische Beratungsmaßnahmen		5.347	10.105							
"0902	68787	Unterstützung Russlands bei Abrüstungsprojekten		77.804	55.124	8.342						
"0902	68788	An die OECD			3.601							
"0902	89680	Für Errichtung einer Stadtbahn in Ho Chi Minh-Stadt, Vietnam			3.739		600					
"0902	Tgr. 15	Maßnahmen zugunsten der Staaten Mittel- und Osteuropas und der Nachfolgestaaten der UdSSR	63.407									
"0903	68702	Leistungen an die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien	23.111	25.500	29.500	30.738	29.327	29.683	30.544			

Fortsetzung Tabelle A7

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
"0903	Tgr. 03	Leistungen an die Internationale Organisation für erneuerbare Energien (IRENA)					6.378	8.472	8.049	9.059	10.803	10.803
1002	68705	Beiträge an nationale und internationale Organisationen	35.508	31.807								
1002	68707	Zusammenarbeit mit der FAO und anderen internationalen Organisationen im Agrar- und Ernährungsbereich		9.724								
1002	68708	bilaterale technische Zusammenarbeit mit dem Ausland										
1005	68731	Internationale Forschungs-kooperationen zur Welternährung										
1006		Internationale Maßnahmen, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft		44.084	48.412	60.343	65.148	62.623	57.278	74.334	76.821	80.489
1106	68731	Beiträge an internationale Organisationen, Bundesministerium für Arbeit und Soziales	21.725	30.288	26.831	26.878	22.610	24.201	23.880	23.661	26.236	26.552
1202	68702	Beiträge an internationale Organisationen	5.609	5.370	8.622	9.073						
1202	68723	Für den Transrapid in Shanghai										
1205	68701	Beiträge aufgrund internationaler Vereinbarungen über die Zivilluftfahrt	77.951	115.811	119.006	115.937	136.568	132.035	148.613	158.493	162.652	196.790
1205	89201	Entwicklung und Bau des Erdbeobachtungsinstruments „ME Timage“			3.330	14.916	31.443	43.672	12.595	22.737	29.125	13.225
1217	89601	Deutscher Beitrag zum europäischen Erdbeobachtungsprogramm „Global Monitoring for Environment and Security“ (GMES)			19.456							
1205	89602	Deutscher Beitrag zum Aufbau des europäischen zivilen Satellitennavigationssystem „Galileo“		25.000	17.000	12.720	1.356	1.383	3.508	2.650	3.630	57.473
1205	89601	Deutscher Beitrag zum europäischen Erdbeobachtungsprogramm „Copernicus“				117.198	27.442	45.635	51.313	67.364	135.081	133.031
1210	68702	Beiträge an internationale Organisationen							7.972	16.783	19.655	19.926
1220	68701/02/03	Beiträge an internationale Organisationen, Deutscher Wetterdienst	124.106	72.632	42.243	115.323	165.016	147.922	162.169	141.975	135.116	143.641
1505	68601	Stärkung der internationalen öffentlichen Gesundheit					65.033	67.051	355.270	431.805	81.500	60.250
1505	68701	Beiträge an internationale Organisationen, Bundesministerium für Gesundheit	46.556	30.288	33.336	30.072	29.908	29.131	28.295	29.103	29.607	36.331
1601	div.	Beiträge an internationale Organisationen, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	16.542	21.229	21.086	21.397	22.280	23.196	23.471	11.227	19.202	14.482
1601	53205	internationale Zusammenarbeit auf dem Umweltgebiet				4.876	6.162	8.896	11.918	11.227	19.178	14.482
1601	68706	Export von Technologien gegen Vermüllung der Meere						12.420	23.040	13.744	25.000	20.000
1601	89202	Export grüner und nachhaltiger (Umwelt-)Infrastruktur					4.192	7.276	10.810	12.707	14.404	13.000
1602	53205	internationale Zusammenarbeit auf dem Umweltgebiet	3.092	4.850	5.048	4.094	15.838	21.672	25.366			
"0903	89605	Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland			82.472	274.857	466.840	601.320	572.633	674.817	709.714	735.006
1602	68705	Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern			35.000							
1604	53205	internationale Zusammenarbeit Naturschutz					5.188	4.808	4.588	8.095	6.500	5.918
1604	68701	Beiträge an internationale Organisationen					4.175	4.506	3.803	4.854	5.200	8.340
1604		Aktionsprogramm Tschernobyl	8.978									

Fortsetzung Tabelle A7

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
1604		Sanierung des Sargophags in Tschernobyl	16.992	6.480	8.500	7.650						
1605	68701	Beiträge an internationale Organisationen, Strahlenschutz								32.166	33.237	35.698
2301		Bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit				3.032.813	4.694.382	5.464.651	6.014.421	6.160.589	5.755.753	5.154.022
2302		Allgemeine Bewilligungen, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3.632.229	3.850.822	5.904.257							
2302		Zivilgesellschaftliches, kommunales und wirtschaftliches Engagement				777.407	1.204.560	1.232.798	1.354.623	1.335.150	1.358.895	1.307.993
2303		Europäische Entwicklungszusammenarbeit, Beiträge an die Vereinten Nationen sowie an andere internationale Einrichtungen				1.255.744	2.001.469	2.932.449	3.611.462	3.067.009	2.394.232	2.257.492
2304		Beiträge an multilaterale Entwicklungsbanken				931.211	901.165	1.092.490	789.437	1.205.807	1.222.354	1.184.651
2305		Forschung, Evaluierung und Qualifizierung in der Entwicklungszusammenarbeit				39.126	42.382	46.313	48.630	50.435	53.254	56.456
2310		sonstige Bewilligungen, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung										
2310	68701	Internationaler Klima- und Umweltschutz				156.781	88.217	79.461	76.077	55.219	56.000	54.330
2310	89601	Wiederausbau in Namibia								0	35.000	35.000
2310	Tgr. 03	Sonderinitiativen: Eine Welt ohne Hunger, Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren, Stabilisierung und Entwicklung Nordafrika, Nahost, Ausbildung und Beschäftigung				199.653	1.058.436	1.276.176	1.298.905	2.112.907	1.121.100	971.476
2311	97201	Globale Minderausgabe									-45.330	
3004	68702	Zusammenarbeit mit anderen Staaten in den Bereichen Bildung und Forschung	22.501	21.766	37.599	42.298	65.892	64.038	77.462	75.739	71.696	68.245
6002	68702	Zahlung an die Hellenische Republik					230.890	186.320	255.130			
6002	68703	Ertüchtigung von Partnerstaaten in den Bereichen Sicherheit, Verteidigung und Stabilisierung (ohne Ukraineanteil)					128.491	188.646	223.273	200.000	200.000	200.000
6002	68704	EU-TUR-Flüchtlingsfazilität, bilaterale Beitrag Deutschlands					67.128	63.350	37.606		29.144	
6002	68722	Beiträge an internationale und supranationale Einrichtungen wie OECD	25.519	54.772	27.482	49.423	23.056	22.038	23.170	23.755	24.400	
6002	55901	Beitrag zur Beschaffung von Verteidigungssystemen für Israel				45.000	15.000	0	0	10.000	35.000	45.000
6002	68727	Ausgleichszahlungen an den EMS für negative Rediten seiner Bareinlagen bei der Deutschen Bundesbank					135.444	131.701	84.061		101.500	
6002	63624	Beteiligung am Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus EMS										
6002	66601	An den IWF zur Ablösung der Zahlungsrückstände Somalias							29.358			
6002	66621	An den internationalen Währungsfonds für Staaten mit Zahlungsbilanzproblemen										
6002	83621	Erhöhung des Kapitalanteils der Europäischen Investitionsbank										
6002	83625	Beteiligung am Grundkapital der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB)					161.965					10.782
6002	68728	Zuschuss an den Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT)									10.000	10.000

Fortsetzung Tabelle A7

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
6002	86621	Darlehen an den Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT)							1.226.000	1.226.000	548.000	
6002	86622	Darlehen an den Resilience and Sustainability Trust (RST) des IWF									6.300.000	
6004	68609	Zuschüsse an den Fonds der Jewish Claims Conference	25.565									
6004	54703	Beteiligung der Bundeswehr im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa	1.022.584									
6004	54704	Sonstige Leistungen im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa	151.828									
6006	83602	Beteiligung am Grundkapital der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	24.187									
	83622	Beteiligung am Grundkapital der Entwicklungsbank des Europarates										100.336
6092	68701	Internationaler Klima- und Umweltschutz					4.978					
6092	68702	Internationale Energie- und Rohstoffpartnerschaften				3.263	21.343	25.145	32.674	40.487	97.519	34.309
6092	68703	Energie- und Klimaaußenpolitik								2.292	4.536	1.182
6092	68704	Förderung der Kooperation mit anderen Staaten im Rahmen der EU-Richtlinie Erneuerbare Energien	0			1.263						
		insgesamt	27.652.610	27.098.067	31.658.157	39.189.126	46.094.112	51.391.242	59.404.889	59.798.825	62.324.697	53.614.539
		nachrichtlich:										
6001	"02301	Abführung der Zölle an die Europäische Union	3.363.688	3.329.106	4.048.941	5.080.614	5.109.214	4.826.923	4.948.980	6.528.642	6.050.000	6.300.000
		nachrichtlich: in Subventionen enthalten:										
"0904	68702	Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland	31.888	27.135	54.121	61.268	85.013	84.118	84.018	90.753	101.921	105.723
"0904	68705	Erschließung von Auslandsmärkten				84.679	83.883	53.497	71.952	106.108	106.310	119.337
		nachrichtlich: in Ausgaben für Bildung und Jugend enthalten:										
"0504	Tgr. 02	Förderung des deutschen Schulwesens im Ausland	179.298	172.659	199.051	209.782	264.593	285.615	270.510	276.051	296.478	290.920
3002	Tgr. 70	Europäische Schulen				19.194	21.512	28.155	20.323	21.940	32.398	26.338
		nachrichtlich: in wohlfahrtssteigernde Zuschüsse für Forschungstätigkeit außerhalb von Unternehmen enthalten										
3003	68770	Leistungen für die Europäischen Forschungseinrichtungen CERN, ESO, ESRF, III und ETW	196.768	189.955	234.706	280.224	293.970	315.239	309.913	332.027	358.446	357.819
3006	68605	Leistungen an die Europäische Konferenz und das Europäische Laboratorium für Molekularbiologie in Heidelberg	14.315	17.819	24.400	25.800	35.477	35.046	36.791	32.203	34.209	37.300
3004	68760	Deutsch-Israelische Stiftung für Forschung und Entwicklung		5.000								
3004	68703	Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit ausländischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen		9.700	33.974	12.100	12.089	12.047	12.087	12.087	13.100	14.100
3004	68772	Leistungen für europäische und internationale Wissenschaftseinrichtungen		8.400	10.651	12.792	14.221	15.213	14.713	14.713	14.713	15.213
1401		Verpflichtungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Institutionen sowie Maßnahmen im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen	445.878	524.551	528.362	510.440	1.754.166	2.050.557	1.826.464	1.551.686	1.347.865	1.467.667

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

**Tabelle A8:
Ausgaben für Verteidigung (in 1.000 Euro)**

Kapitel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
1401	Verpflichtungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Institutionen sowie Maßnahmen im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen	445.878	524.551	528.362	510.440	1.754.166	2.050.557	1.826.464	1.551.686	1.347.865	1.467.667
1402	Allgemeine Bewilligungen Verteidigungsministerium	86.876	23.050	71.286	111.881						
1403	Kommandobehörden und Truppen, Sozialversicherungsbeiträge, Fürsorgemaßnahmen und Versorgung für Soldatinnen und Soldaten	10.857.137	11.425.604	13.296.477	13.502.068	14.868.394	15.242.827	15.768.247	16.431.888	16.782.029	18.845.110
	abzüglich Versorgungsausgaben	-3.034.434	-3.335.641	-3.813.749	-4.540.567	-4.939.853	-4.898.267	-4.941.372	-5.149.349	-5.329.831	-5.778.736
1404	Ausgaben für Wehrforschung, Entwicklung und Erprobung	1.109.534	1.030.864	1.104.223	837.648	1.242.333	1.470.925	1.568.515	1.828.603	1.735.870	1.082.499
1405	Militärische Beschaffungen			4.745.782	3.605.488	6.160.729	7.507.344	7.284.510	8.745.575	7.761.622	2.746.208
1405 Anl. 1, (1491)	Ausgaben Sondervermögen Bundeswehr (ohne Zinsen auf Schulden)									8.409.017	19.024.463
1406	Materialerhalt der Bundeswehr			2.059.241	2.581.638	3.770.683	4.096.986	4.730.407	4.968.264	4.851.633	6.458.174
1407	Sonstiger Betrieb der Bundeswehr			2.102.061	1.965.114	2.130.771	2.119.540	2.065.018	2.476.243	2.929.059	3.560.866
1408	Unterbringung	2.355.408	2.185.849	2.466.301	4.809.445	5.601.922	5.700.213	5.938.185	6.127.275	6.328.542	7.729.144
1408	Sanitätswesen	317.736	310.045								
1410	Verpflegung	233.467	146.468								
1411	Bekleidung	153.949	110.810								
1414	Fernmeldewesen	370.408	343.185								
1415	Feldzeugwesen	1.694.311	1.556.703								
1417	Quartiermeisterwesen	288.854	240.621								
1418	Schiffe und Marinegerät	795.598	844.938								
1419	Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät	2.273.303	3.175.436								
1410	Sonstige Bewilligungen					33.827	43.239	26.850	37.242	24.429	25.128
1413	Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr, Militärseelsorge	5.045.585	4.985.682	4.392.201	4.643.682	5.846.471	6.127.782	6.230.777	6.530.393	6.767.267	7.686.170
	abzüglich Ausgaben für Universitäten der Bundeswehr (ab 2008 geschätzt)	-128.800	-116.108	-109.805	-116.092	-146.612	-151.356	-153.900	-161.300	-167.151	-189.848
1414	An den Militärischen Abschirmdienst									180.000	205.337
1410	globale Minderausgabe									-600.000	
	Ausgaben für Verteidigung (ohne Ausgaben für Versorgung, für Universitäten der Bundeswehr und Zinszahlungen des Sondervermögens Bundeswehr)	22.864.810	23.452.057	26.842.380	27.910.745	36.322.831	39.309.790	40.343.701	43.386.520	51.020.351	62.862.182
	Nachrichtlich:										
aus 1403	Versorgung der Soldatinnen und Soldaten (in Pensionen und Beihilfen enthalten, Tabelle A3)	3.034.434	3.335.641	3.813.749	4.540.567	4.939.853	4.898.267	4.941.372	5.149.349	5.329.831	5.778.736
1411	Zentral veranschlagte Verwaltungsausgaben (in Pensionen und Beihilfen enthalten, Tabelle A3)	606.388	689.788	805.251	969.678	1.465.222	1.510.688	1.523.164	1.595.735	1.727.918	1.842.444
1412	Bundesministerium der Verteidigung (in Legislative, Exekutive, Judikative enthalten, Tabelle A6)	343.906	391.874	399.756	452.701	242.276	243.953	249.722	268.628	280.228	303.191
aus 1413	Universitäten der Bundeswehr (teilweise geschätzt, in Forschungsausgaben des Bundes enthalten, Tabelle A11)	128.800	116.108	109.805	116.092	146.612	151.356	153.900	161.300	167.151	189.848
aus 1413	Zinsen für die Schulden des Sondervermögens Bundeswehr										775.360
	Ausgaben für Verteidigung (einschließlich Versorgung der Soldatinnen und Soldaten und Universitäten der Bundeswehr, aber ohne Ausgaben für das Bundesministerium und für Zinsen des Sondervermögens Bundeswehr)	26.028.044	26.903.806	30.765.934	32.567.404	41.409.296	44.359.413	45.438.973	48.697.169	56.517.333	68.830.766
	Ausgaben des Verteidigungsministeriums laut Einzelplan 14 insgesamt	26.978.337	27.985.468	31.970.941	33.989.783	43.116.794	46.114.054	47.211.859	50.561.532	58.525.479	71.751.761

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Tabelle A9:
Ausgaben für Energiesicherheit (in 1.000 Euro)

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2022	Soll 2023	Soll 2024
6002	67101	Kosten im Zusammenhang mit der Anlegung und Auflösung von Gasreserven	1.498.903		
"0902	51803	Anmietung und Betrieb von schwimmenden Speicher- und Regasifizierungseinheiten			
"0903	89301	Maßnahmen zur Sicherung der Pipelinerohölversorgung der für die Versorgung von Nordostdeutschland mit Mineralölprodukten und Kraftstoffen essentiellen Erdölraffinerie PCK Schwedt		140.400	140.400
"0903	68201	Finanzierung der Deutschen Energy Terminal GmbH, der FSRU und FSRU-Standorte			1.165.872
"0902	89302	Finanzierungen für Investitionen sowie Ausgaben für den Betrieb von schwimmenden Spreicher und Regasifizierungseinheiten (Floating Storage and Regasification Units, FSRU)		738.000	0
"0903	67102	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Zwischenerwerb und Verkauf von 50Hertz-Anteilen durch die KfW			55.720
"0903	69702	Ausgaben im Zusammenhang mit der Beteiligung an der German LNG GmbH	2.548	10.600	15.900
6099	83102	Bundesbeteiligung UNIPER SE		29	
6099	83101	Bundesbeteiligungen im Bereich Gas- und Energieversorgung	20.561.714		
		insgesamt:	22.063.165	889.029	1.377.892

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

**Tabelle A10:
Ausgaben für Bildung und Jugend einschließlich Eingliederung in Arbeit und Arbeitsförderung (in 1.000 Euro)**

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
*0504	Tgr. 02	Förderung des deutschen Schulwesens im Ausland	179.298	172.659	199.051	209.782	264.593	285.615	270.510	276.051	296.478	290.920
*0634		Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	13.061	13.535	19.198	23.035	33.163	35.206	38.300	41.934	46.133	50.745
1101	68511	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit		3.563.609	6.016.759	3.234.392	3.896.307	3.998.445	4.040.692	3.986.475	4.400.000	4.150.000
		abzüglich des bei den Subventionen enthaltenen Betrages (2019 gesch.)		-1.725.611	-2.354.983	-834.000	-937.000	-1.022.000	-1.071.000	-1.078.000	-948.000	-948.000
1112	63631	Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung			7.927.000							
1112	68602	Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher		696								
1101	68401	berufliche Integration und Beratung von Zuwanderern		5.017	6.994	27.921	42.183	45.624	50.457	50.094	57.200	58.000
1101	68402	Integrationsansätze für ausgewählte Zielgruppen										
1101	68403	Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen					4.483	2.760	180			
1101	68404	Berufsbezogene Deutschsprachförderung					292.558	374.581	348.288	302.134	310.000	310.000
1101	68121	Zusätzliche Mittel für Bildungsmaßnahmen					7.579					
1112	68131	Zusätzliche Mittel für Bildungsmaßnahmen im Rahmen des 12 Mrd € Programms für Bildung und Forschung										
aus 1413		Universitäten der Bundeswehr (ab 2008 geschätzt)	128.800	116.108	109.805	116.092	146.612	151.356	153.900	161.300	167.151	189.848
1702		Kinder- und Jugendpolitik	232.791	236.395	248.219	393.297	945.822	4.011.177	1.820.703	933.971	746.786	600.444
		abzüglich darin enthaltene Zuweisungen an das Sondervermögen „Kinderbetreuungs-ausbau“					-300.000	-800.000	-500.000			
		abzüglich darin enthaltene Zuweisungen an das Sondervermögen „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“						-1.000.000	-500.000			
1703	Tgr. 01	Ausgaben für Stärkung der Zivilgesellschaft (Freiwilligendienste etc.)			30.960	260.084	299.344	308.264	320.235	347.385	346.620	348.102
3002	68101	Studenten- und Wissenschaftleraustausch sowie internationale Hochschul- und Wissenschaftskooperation	44.559	72.367	135.710	140.044	153.741	141.140	165.930	184.921	262.910	268.000
3002	68501/02	Sondermaßnahmen in den neuen Ländern	23.926									
3002	88201	Zuweisungen an die Länder zur Förderung von Investitionen in die digitale Infrastruktur für Schulen										1.250.000
3003	68507	Durchsetzung von Chancengleichheit für Frauen in Bildung und Forschung	590	5.974	24.590	21.001	24.262	26.841	24.712	29.734	28.929	29.791
3002	Tgr. 10	Begabtenförderung (ohne Begabtenförderung in der beruflichen Bildung)			174.391	270.891	308.399	328.137	321.502	333.933	395.177	395.017
3002	Tgr. 40	Stärkung des Lernens im Lebenslauf			177.091	153.213	267.295	294.768	301.550	322.095	512.139	393.117
3002	68503	Weiterbildung und lebenslanges Lernen		43.676								
3002	Tgr. 50	Bundesausbildungsförderungsgesetz	537.726	1.049.239	1.382.099	2.310.650	2.023.981	1.936.850	1.956.417	2.169.767	2.714.680	2.143.284
3002	Tgr. 60	Kompensationsmittel Föderalismusreform (Abschaffung der Gemeinschaftsaufgaben Hochschulbau und Bildungsplanung)			715.199	714.910	715.200					
3002	Tgr. 70	Europäische Schulen				19.194	21.512	28.155	20.323	21.940	32.398	26.338
3002	68513	Innovative Arbeitsgestaltung und Dienstleistungen		26.379								
3002	68507	Analysen, Planung, Zielinformationen, Patentwesen	3.453	21.668								
3002	68508	Computer- und netzgestütztes Lernen	30.452	27.298								
3003	68509	Hochschulbezogene zentrale Maßnahmen studentischer Verbände und anderer Organisationen					1.572	102.532	112.814			
3002	68512	Zukunft Bildung		25.349								
3002	div.	sonstige bildungsfördernde Maßnahmen	41.028	21.376								

Fortsetzung Tabelle A10

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
3003	63205	Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken							1.872.986	1.878.148	1.940.077	2.050.000
3003	68505	Hochschulpakt 2020			508.800	2.119.448						
3003		Hochschulpakt erste Säule					2.207.144	431.300				
3003		Hochschulpakt zweite Säule						1.736.384				
3004	88201	Ausbau und Neubau von Hochschulen	1.022.584	925.000								
3003	68515	Qualitätspakt Lehre			86	192.385	195.000	198.347	1.643			
3003	68516	Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses		12.350	28.388	57.729	86.337	83.995	95.425			
3003	88297	Zukunftsinitiative für berufliche Schulen / Maßnahmen im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms										
3003	68518	Digitalisierung im Hochschul- und Wissenschaftssystem						28.373	33.184			
3003	Tgr. 09	Innovation in der Lehre (Toepfer-Stiftung gGmbH)							41.968			
3004	68101	Zuschüsse an Studentenförderungswerke	59.463	80.500								
3004	68102	Berufliche Eingliederung von Spätaussiedlern und Kontingentflüchtlingen mit Hochschulabschluss sowie wirtschaftliche Sicherung deutscher Wissenschaftler	5.614	7.149								
3004	68104	Demonstrationsprogramm international ausgerichtete Studiengänge	6.800									
3004	68502	Programm zur Sicherung der Leistungsfähigkeit von Hochschulen und Forschung	151.756									
3004	68504/6/7	Pakt für Hochschulen, für Hochschulrektorenkonferenz und für studentische Verbände										
3004	Tgr. 35	institutionell geförderte Einrichtungen im Hochschulbereich	6.269									
3011		Hälfte der globalen Minderausgabe									-312.000	-422.000
6002	88202	An die Länder für die 1. Säule des Startchancen-Programms										200.000
6097	Tgr. 02	plus Finanzhilfen des Sondervermögens „digitale Infrastruktur“ für Schulen					7.124	480.747	738.413	749.003	1.750.000	
6002	88202	Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen	0	641.947								
		insgesamt	2.488.171	5.342.680	15.349.357	9.430.068	10.707.211	12.208.597	10.659.132	10.710.885	12.746.678	11.383.606
		nachrichtlich: in Subventionen enthalten										
3002	68111	Begabtenförderung in der beruflichen Bildung	13.514	14.578	34.911	45.981	60.618	61.438	65.629	64.714	70.426	69.706
3002	68121	Förderung des internationalen Austauschs und der Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	6.078	3.973	10.242	10.818	14.933	13.391	11.329	13.032	12.778	12.778
3002	68120	Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung		122.696	148.820	181.529	264.135	408.415	675.108	747.883	879.880	852.180
3002	68521	Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung			18.643	65.666	77.320	63.541	54.651	62.832	97.000	95.110
1790		Finanzhilfen des Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“			533.000	203.000	298.492	338.886	365.706	383.980	0	0
6001	1513	Ausgaben nach KiTa Qualitätsgesetz (als Mindereinnahme verbucht)									1.993.000	2.000.000
1791		Coronapaket 2021	0						480.582			
		Ausgaben mit bildungspolitischem Bezug insgesamt	2.378.963	5.367.819	15.985.168	9.820.970	11.276.097	12.942.912	12.158.237	11.822.026	15.632.611	14.223.532

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

**Tabelle A11:
Zuschüsse des Bundes für Forschungstätigkeit außerhalb von Unternehmen (in 1.000 Euro)**

Kapitel	Titel	Erläuterung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
"0617		Bundesinstitut für Bevölkerungs- forschung	1.281	2.312	2.038	2.614	4.122	4.711	5.043	6.031	5.474	5.084
"0618		Bundesinstitut für Sportwissenschaft	6.332	5.524	5.795	2.645	4.052	4.111	3.633	4.494	4.813	4.824
"0802	Tgr. 02	Forschungsaufträge und Blaue-Liste- Einrichtungen	32.567									
"0901	68332	Nationales Programm für Weltraum und Innovation	155.384	148.579	135.125	255.393	283.810	266.829	314.209	290.491	371.082	333.455
"0901	68333	Erweiterung und Betrieb des Raum- fahrttestzentrums bei der Industrie- anlagen-Betriebsgesellschaft mbH (IABG)							5.630	13.977	17.739	20.259
"0901	68531	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. Betrieb	142.129		226.788	293.561	443.221	561.619	694.661	681.816	718.799	549.373
"0901	89431	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. Investitionen	27.982		86.392	69.128	78.767	81.361	83.765	86.241	88.791	91.242
"0901	68601	Für die Forschungsinfrastruktur				204.112						
"0901	68626	Souveräne Dateninfrastruktur und Künstliche Intelligenz								24.779	54.540	52.100
"0901	89321	Innovationsquartier Oldenburg								4.304	13.400	10.800
"0902	89433	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. Investitionen			30.095							
"0902	89434	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. Investitionen			24.068							
"0902	68535	Strukturelle Innovation in Forschung und Technologie										
"0903	68602	Sicherheitsforschung für kerntechni- sche Einrichtungen	26.587	22.245	32.960	34.080	37.806	37.441	39.798	38.330	38.330	35.698
"0910	63201	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibnitz e.V. (WGL)	32.567	39.520	33.393	41.128	47.238	53.850	55.527	56.780	60.425	61.154
1005	Tgr. 02	Zuschüsse an Forschungseinrichtun- gen außerhalb der Bundesverwaltung				45.732	62.271	62.680	61.502	56.510	57.811	58.197
1002	Tgr. 06	Zuschüsse an Forschungseinrichtun- gen außerhalb der Bundesverwaltung	15.242	15.659	16.484							
1002	Tgr. 07	Zuschüsse an Forschungseinrichtun- gen außerhalb der Bundesverwaltung	24.975	24.016	32.844							
1002	Tgr. 08	Forschung und Entwicklung, nach- wachsende Rohstoffe		32.290	48.395							
1005	Tgr. 01	Forschung und Entwicklung nach- wachsende Rohstoffe (ohne Titel 68615)	0	32.290	48.396	47.862	72.743	73.767	71.546	60.367	66.500	58.500
1005	Tgr. 03	Forschung und Innovation	5.389	7.010	24.153	31.971	63.585	57.090	61.639	58.926	68.075	68.975
1107	68411	Denkfabrik Digitale Arbeitsgesell- schaft								8.699	25.050	21.600
1013		Julius Kühn - Institut, Bundesfor- schungsinstitut für Kulturpflanzen			65.508	85.629	98.127	102.705	100.520	100.429	110.256	102.022
1014		Friedrich Loeffler - Institut, Bundesfor- schungsinstitut für Tiergesundheit			167.243	102.142	114.656	121.664	130.293	134.890	129.560	129.930
1015		Max Rubner - Institut, Bundesfor- schungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel			41.470	49.761	57.230	58.645	58.956	62.220	63.536	72.419
1016		Johann Heinrich von Thünen – Insti- tut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei			62.809	84.726	88.349	94.533	97.014	99.117	93.144	96.258
1010		Forschungsanstalten	194.988	213.282								
1107	63201	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibnitz e.V. (WGL), Betrieb	3.658		4.107	5.169	5.894	6.180	7.180	6.985	7.440	7.410
1107	88201	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibnitz e.V. (WGL), Investitionen	77		360	105	2.986	2.415	903	944	729	1.005
1201	54401	Forschung Bundesfernstraßen					9.206	11.887	10.769	11.723	10.250	11.450
1202	54401	Forschung Bundesschienenwege					711	2512	14.433			

Fortsetzung Tabelle A11

Kapitel	Titel	Erläuterung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
1203	Tgr. 02	Forschung und Entwicklung (Bundeswasserstraßen)				14.605	15.283	15.400	16.572	14.785	13.954	14.954
1204	Tgr. 01	Digitale Innovationen				0	57.819	51.960	71.643	76.665	113.418	113.252
1204	Tgr. 02	Building Information Modeling (BIM)					1.148	5.822	7.545	5.188	8.000	10.000
1502	Tgr. 09	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibnitz e.V. (WGL), Betrieb	20.005	27.433	30.677	44.438						
1505	68702	Unterstützung des Betriebs des WHO Hubs for Pandemics and Epidemic Intelligence in Berlin								30.000	30.000	30.000
1504		Forschungsvorhaben und -einrichtungen, Bundesministerium für Gesundheit					88.232	102.620	125.378	132.835	174.424	175.979
1515		Paul Ehrlich Institut	42.016	46.298	56.025	75.476	84.470	83.095	81.121	94.045	91.307	95.876
1517		Robert Koch - Institut	42.535	48.907	70.845	109.431	124.638	131.352	143.908	151.258	171.397	173.157
1601	54401	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches, Umweltschutz	21.537	17.560	18.910	32.091	50.070	52.121	52.034	42.232	61.850	51.000
1604	54401	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches, Naturschutz	5.371	5.937	6.690	15.801	13.414	13.122	15.375	12.860	16.935	16.285
1602	63201	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibnitz e.V. (WGL)	4.293									
1605	diverse	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches, Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	29.592	31.832	28.224	28.015	28.084	27.201	26.645	64.216	69.446	30.171
2502	Tgr. 06	Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaus	3.920		6.938	3.282	4.002	3.523	4.692	4.746	5.466	5.466
2502	Tgr. 07	Förderung von Forschungseinrichtungen auf den Gebieten der Raumordnung, des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens sowie des Städtebaus	7.836	7.941	7.847	9.456	10.744	11.759	20.164	11.754	13.324	14.506
2501	68502	Bundesforschungszentrum für klimaneutrales und ressourceneffizientes Bauen										3.600
2501	Tgr. 08	Forschung auf den Gebieten des Städtebaus sowie des Bau- und Wohnungswesens	3.984		9.920	10.833	13.797	12.136	16.116	20.379	30.465	32.151
3002	68505	Strukturelle Innovationen in Bildung und Forschung	67.049	58.707								
3002	68509	Leistungswettbewerbe und Preise für wissenschaftliche Nachwuchskräfte		4.271								
3002	68510	Förderung der Ausstattung von Juniorprofessuren		7.000								
3003	88201	Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich			176.770	294.991	278.258	285.523	316.277	316.740	316.750	316.750
3003	68512	Gewinnung und Entwicklung von professoralem Personal an Fachhochschulen							16.981	23.229	37.500	53.000
3004	68511	Forschung an Fachhochschulen	8.925	10.445	36.924	42.879	50.591	62.712	68.781			
3003	68513	Exzellenzstrategie zur Förderung von Spitzenforschung an Universitäten			295.450	397.500	426.816	399.465	399.621	399.597	400.000	400.000
3003	68514	Bund-Länder-Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses					8.595	25.025	57.342	78.796	121.483	121.483
3003	68517	Monitoring des Wissenschaftssystems, Wissenschafts- und Hochschulforschung			16.419	15.342	19.785	19.988	19.731	18.764	18.101	18.661
3003	68518	Digitalisierung im Hochschul- und Wissenschaftssystem							33.184	67.916	62.949	75.880
	68519	Nationale Forschungsdateninfrastruktur						14.722	35.248	54.107	57.500	81.000
3002	68597	Zukunftsinitiative Hochschule										
3003	Tgr. 10	Geistes- und Sozialwissenschaften	25.282	29.945	96.824	107.102	131.250	123.650	137.476	141.105	143.110	150.834
3003	Tgr. 20	Max Weber Stiftung - Deutsche geisteswissenschaftliche Institute im Ausland			31.080	39.803	43.041	44.150	45.615	47.210	48.306	48.306
3003	Tgr. 30	Deutsche Forschungsgemeinschaft	597.661	768.985	891.200	1.137.422	1.382.132	1.448.280	1.930.303	1.984.282	2.039.878	2.078.421

Fortsetzung Tabelle A11

Kapitel	Titel	Erläuterung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
3003	Tgr. 40	Max -Planck - Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften	437.152	494.251	615.638	785.977	980.769	1.033.704	1.169.151	1.199.878	1.231.569	1.246.249
3003	Tgr. 50	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V. (WGL)	230.342	254.977	350.912	429.616	552.911	586.803	614.675	635.017	682.177	700.729
3003	Tgr. 60	Sonstige institutionell geförderte Einrichtungen im Bereich Bildung und Forschung	16.536	31.834	13.720	19.134	41.102	34.021	49.611	53.375	55.282	55.860
3003	Tgr. 90	Stiftung Innovation in der Hochschul-lehre (StIL)								139.317	150.000	110.000
3004	54101	Analysen, Planung und Datenerhe-bung für Grundsatzfragen in Bildung und Forschung und im Digitalen Wandel			12.849	10.664	14.683	32.911	38.631	47.362	76.954	72.933
3004	63201	Weiterentwicklung von Hochschule und Wissenschaft sowie Realisierung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre		68.976								
3004	68606	Durchführung Forschungszulagen-gesetz						3.414	12.269	10.501	23.285	32.935
3004	68704	Stärkung Deutschlands im Europäi-schen Forschungs- und Bildungs-raum			19.164	34.040	42.419	49.048	48.949	52.155	43.577	44.063
3004	68423	Für Forschung über Mikroelektronik										
3004	68512	Förderinitiative Innovative Hoch-schule					55.404	58.444	59.833	57.431	55.000	55.000
3004	68513	Instrumente zur strategischen Gestaltung des digitalen Wandels					67.626					
3004	68514	Förderung von Sprunginnovationen					879	11.777	24.777	81.919	147.140	190.200
3004	68530	Für Gesundheitsforschung und Ge-sundheitswirtschaft (ohne Covidzu-schlag)	90.068	90.167	172.968	219.981	345.157	371.204	342.260	393.200	349.781	315.120
3004	68531	eHealth, Data Science und Bioethik		90.373	141.766	125.205	151.166	172.308	204.005	123.988	109.085	96.643
3004	68532	Neue Methoden in den Lebens-wissenschaften, Biotechnologie, Wirkstoffforschung								278.245	108.251	100.064
3004	68533	Frauengesundheit und Gender Data Gap										12.500
3005	68504	Ursachenforschung und Therapieent-wicklung durch molekulare Medizin	37.174									
3005	68597	Krankheitsbekämpfung durch Genomforschung										
3004	68540	Klimaforschung, Biodiversität und Globalisierte Lebensräume, FuE - Vorhaben			130.274	86.942	102.759	108.187	96.965	98.005	100.774	97.173
3004	68541	Für Energietechnologien und effizien-te Energienutzung			48.270	63.793	131.651	128.031	199.622	216.229	226.415	235.600
3004	68542	Für Umwelttechnologien und Res-sourcen			128.652	105.723	115.144	117.037	117.319	129.348	113.968	114.121
3004	68543	Gesellschaftswissenschaften für Nachhaltigkeit				27.220	40.394	49.780	51.454	50.236	43.168	42.742
3005	Tgr. 29	Umweltgerechte nachhaltige Ent-wicklung		218.707								
3007		Umweltgerechte nachhaltige Entwick-lung, Meeres- und Polarforschung	955.811									
3004	68544	Küsten-, Meeres- und Polarfor-schung, Geoforschung, FuE – Vor-haben				42.503	58.780	46.566	56.581	68.351	59.039	58.775
3004	89440	Klimaforschung und System Erde, Energie, Investitionen			20.431	36.957	5.533	6.315	26.545	29.075	110.896	203.046
3004	Tgr. 50	Ausgewählte Schwerpunkte der naturwissenschaftlichen Grundlagen-forschung	78.187	71.849	135.851	173.688	320.568	285.150	377.268	378.087	418.428	459.408
3004	Tgr. 60	Fraunhofer - Gesellschaft zur Förde-rung der angewandten Forschung e.V.	246.613	359.515	419.777	540.256	709.581	748.765	806.873	833.145	853.969	849.527
3004	Tgr. 70	Zentren der Hermann von Helmholtz - Gemeinschaft und Berliner Institut für Gesundheitsforschung		1.436.270	1.553.038	2.278.478	2.621.264	2.789.739	2.823.258	2.916.228	2.967.234	3.026.619
3005	Tgr. 41	Stiftung „Deutsches Elektronen-Synchrotron (DESY)2 in Hamburg	136.128									

Fortsetzung Tabelle A11

Kapitel	Titel	Erläuterung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
3005	Tgr. 42	Gesellschaft für Schwerionenfor- schung mbH (GSI) in Darmstadt	58.835									
3005	Tgr. 43	Hahn-Meitner-Institut Berlin GmbH (HMI)	53.916									
3005	Tgr. 44	GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit GmbH	70.698									
3005	Tgr. 45	GKSS-Forschungszentrum Geest- hacht GmbH in Geesthacht	48.217									
3005	Tgr. 46	Max-Delbrück-Centrum für Mole- kulare Medizin (MDC) in Berlin	42.284									
3005	Tgr. 47	Stiftung "Deutsches Krebsforschungszentrum" (DKFZ) in Heidelberg	71.958									
3006	Tgr. 41	GMD-Forschungszentrum Informa- tionstechnik GmbH in Bonn	60.242									
3006	Tgr. 52	Gesellschaft für Biotechnologische Forschung mbH in Braunschweig- Stöckheim	27.234									
3003	68770	Leistungen für die Europäischen Forschungseinrichtungen CERN, ESO, ESRF, III und ETW	196.768	189.955	234.706	280.224	293.970	315.239	309.913	332.027	358.446	357.819
3003	68771	Leistungen an die Europäische Konferenz und das Europäische Laboratorium für Molekularbiologie in Heidelberg	14.315	17.819	24.400	25.800	35.477	35.046	36.791	32.203	34.209	37.300
3004	68760	Deutsch-Israelische Stiftung für For- schung und Entwicklung		5.000								
3004	68703	Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit ausländischen Forschungseinrich- tungen und Unternehmen		9.700	33.974	12.100	12.089	12.047	12.087	12.087	13.100	14.100
3003	68772	Leistungen für europäische und inter- nationale Wissenschaftseinrichtungen		8.400	10.651	12.792	14.221	15.213	14.713	14.713	14.713	15.213
3011		Hälfte der globalen Minderausgabe									-313.000	-422.000
6092	68633	Forschungs- und Innovationspro- gramm Klimaschutz im Bereich Ernährung und Landwirtschaft								38	20.000	18.861
6002	68501	An die Volkswagenstiftung	68.324	56.181								
		insgesamt	4.489.967	5.011.962	6.936.207	9.045.318	11.020.490	11.548.375	12.952.323	13.782.922	14.104.767	14.043.087
		<i>nachrichtlich: in auslandswirksamen Ausgaben enthalten (Tabelle A5):</i>										
"0901	89631	Beitrag bzw. Leistungen an die Europäische Weltraumorganisation (ESA) in Paris	503.623	544.750	612.560	723.950	857.150	855.000	920.000	915.000	885.000	1.042.335
		<i>nachrichtlich: enthalten in Ausgaben für staatliche Einrichtungen, die öffentliche Güter produzieren (Tabelle A3):</i>										
"0914		Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	102.413	107.281	133.543	150.743	157.680	172.392	182.002	186.589	184.022	182.626
"0915		Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	58.960	60.210	75.476	89.923	99.662	93.897	107.661	104.800	96.977	96.789
		<i>nachrichtlich: in Verteidigungsaus- gaben enthalten (Tabelle A6):</i>										
1404		Wehrforschung, Entwicklung und Erprobung	1.109.534	1.030.864	1.104.223	837.648	1.242.333	1.470.925	1.568.515	1.828.603	1.735.870	1.082.499

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

**Tabelle A12:
Ausgaben für Infrastruktur (in 1.000 Euro)**

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
"0602	Tgr. 02	Kosten für den Aufbau eines bundesweiten digitalen Sprech- und Datenfunksystems für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben	0		254.540							
"0602		IT und Netzpolitik, Digitalfunk und moderne Verwaltung (ohne coronabedingte Aufstockung für Verwaltungsdigitalisierung)				293.279	725.789	764.931	779.542	1.775.265	1.528.104	1.038.522
"0602	81201	Aufbau und Betrieb der Netze des Bundes sowie weiterer zentraler IT-Infrastrukturen	31.591	29.181	23.984							
"0602	53208	Kosten der eGovernment Initiative BundOnline 2005		22.431								
"0810	Tgr. 04	IT-Konsolidierung Bund						26.501	90.745	72.348	239.286	275.286
"0901		IPCEI Cloud und Datenverarbeitung								1.511	180.000	120.000
"0902	88201	Infrastrukturanteil der GRW	391.291	137.659	295.243	177.516	123.200	71.600	146.586			
1003	Tgr. 02	Maßnahmen des Küstenschutzes in Folge des Klimawandels								23.384	48.160	120.000
1003	Tgr. 03	Maßnahmen des präventiven Hochwasserschutzes								54.485	100.000	127.000
1003	68393	Bewältigung der durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald sowie Anpassung der Wälder an den Klimawandel								65.295	60.500	
1003	88295	Bewältigung der durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald sowie Anpassung der Wälder an den Klimawandel								34.107	60.500	
1095	Tgr. 06	Ausgaben für Küstenschutz (teils geschätzt) 2022/23 geschätzt	50.000	67.442	85.409	75.782	81.214	83.621	77.339			
1095	Tgr. 08	Sonderrahmenplan Küstenschutz infolge des Klimawandels 2022/23 geschätzt			24.313	23.300	18.178	26.853	23.794			
1095	Tgr. 09	präventiver Hochwasserschutz, 2022/23 geschätzt				18.803	50.432	59.837	60.569			
1201	Tgr. 01	Bau, Erhaltung und Betrieb der Bundesfernstraßen		29.181			9.440.690	9.846.990	10.145.540	10.698.899	11.467.248	11.470.456
1201	Tgr. 02	Ausgaben im Zusammenhang mit der Erhebung der LKW-Maut (ohne Zuschüsse an mautpflichtige Unternehmen)					653.556	633.400	650.321	517.730	798.412	911.896
1201	63212	Pauschale Abgeltung der Zweckausgaben bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht (Bundesautobahnen)								337.330	50.213	
1201	74521	minus Zahlungen nach Eisenbahnkreuzungsgesetz					-40.722	-21.230	-16.934	-10.946	-20.000	-20.000
1201	Tgr. 03	Ausgaben im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Erhebung der Infrastrukturabgabe					30.256	15.267				
1202	71371	Aufwendungen für Bundesfernstraßen (Augusthochwasser 2002)			38.648							
1202	79101	Infrastrukturbeschleunigungsprogramm I										
1202	79102	Infrastrukturbeschleunigungsprogramm II										
1209		Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen) (ohne Zuschüsse an mautpflichtige Unternehmen, für Wasserstraßen und für das Streckennetz vom Eisenbahnen und Ausgaben für den Einbezug der Maut)		1.770.883	2.074.898	3.459.346						
		Ausgaben für den Einzug der streckenbezogenen Straßenbenutzungsgebühren für LKW		554.558	490.724	491.714						

Fortsetzung Tabelle A12

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
1202	Tgr. 09	Innovations- und Investitionsprogramm Verkehr (ohne Wasserstraßen und Schienennetze) darunter: Bundeswasserstraßen			367.069 179.668							
1210		Bundesfernstraßen (ohne Maut)				3.123.047						
1210		Bundesfernstraßen	5.070.632	4.396.116	3.851.797							
1203		Bundeswasserstraßen		312.056	379.775		1.355.677	1.584.790	1.458.542	1.661.147	1.353.166	1.768.805
1203	Tgr. 02	minus Ausgaben für Forschung und Entwicklung				-14.605	-15.283	-15.400	-16.572	-14.785	-13.954	-14.954
1215	83102	Erhöhung der Rücklage der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH				50.000						
1205	83102	Beteiligung an Flughafengesellschaften, Erhöhung des Stammkapitals der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH					112.500		300.000			
1217	68312	Beteiligung an Fluggesellschaften	15.527		12.480	77.690						
1205	86111	Darlehen an Flughafengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist	3.204	17.420		34.372		52.317	113.880			
1210	88202	An Länder zum Bau von Rad-schnellwegen					450					
1210	88203	An Länder zum Bau von Rad-schnellwegen										
1210	Tgr. 09	Unterstützung der Förderung des Rad- und Fußverkehrs						11.493	29.698	140.741	413.486	218.624
1225	66109	Investitionsoffensive Infrastruktur für strukturschwache Kommunen			6.070	13.550						
2503		Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn (bis 2019 ohne Wohnungsfürsorge, bei Subventionen enthalten)	944.759	218.153	100.574	96.843	155.721	155.072	171.514	122.850	89.946	84.134
6004		Bundesimmobilienangelegenheiten										52.810
6091	74121	Investitionen in die Bundesautobahnen			169.692							
6091	74122	Investitionen in die Bundesstraßen			93.182							
6091	78021	Investitionen in die Bundeswasserstraßen			105.958							
		insgesamt (ohne die in den Finanzhilfesausschüssen enthaltenen Ausgaben für Infrastruktur)	6.507.004	7.555.080	8.554.024	7.920.637	12.691.658	13.296.042	14.014.564	15.479.361	16.355.067	16.152.579
		als Finanzhilfen gewertete Infrastrukturausgaben (siehe Tabelle A15)	4.342.661	4.412.821	4.397.700	5.755.834	7.660.431	8.538.167	9.792.380	10.384.537	14.280.399	15.624.074
		nachrichtlich; gesamte Infrastrukturausgaben des Bundes	10.849.665	11.967.901	12.951.724	13.676.471	20.352.089	21.834.209	23.806.944	25.863.898	30.635.466	31.776.653

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Tabelle A13:
Bundeszuschüsse an sonstige Organisationen und Unternehmen, die durch potentielle externe Effekte ökonomisch legitimierbar sind (in 1.000 Euro)

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
"0452	Tgr. 3 und Tgr. 8	An die Stiftung preußischer Kulturbesitz	150.637	206.787	204.583	222.057	289.985	286.414	322.603	302.168	325.134	342.454
"0452	Tgr. 04	An die Deutsche Nationalbibliothek	34.587	70.803	66.755	49.023	55.205	55.551	56.901	59.839	58.452	33.452
"0452	Tgr. 06	An Organisationen zur Pflege des Geschichtsbewusstseins	23.334	40.126	49.605	67.518	79.780	93.319	105.861	105.815	118.079	94.568
"0452	Tgr. 09	Für den Auslandsrundfunk ("Deutsche Welle")	303.728	280.657	279.066	340.517	355.736	374.305	402.310	415.579	413.930	415.450
"0452	89410	Zuschüsse für national bedeutende Kulturinvestitionen										
1608	68401	Zuschüsse an die Vertretung der Verbraucher	0	8.766	8.700	10.779	13.471	23.925	23.300	23.700	25.913	26.376
1608	68402	Zuschuss an die Stiftung Warentest	0	6.500	5.500	5.000	2.900	2.100	1.900	970	490	0
1608	68403	Information der Verbraucher				9.902	16.388	6.780	8.325	8.067	9.625	7.262
1608	68404	Verbrauchereinrichtungen	0	0	20.000							
"0903	Tgr. 04	Klimaschutz								733.295	766.395	810.637
"0903	89641	abzüglich Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland (in Auslandszahlungen enthalten)								-674.817	-709.714	-735.006
1002	68501	Zahlung an die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V.	0	2.020	2.482	3.505	4.617	4.350	4.860	5.300	5.645	6.100
1002	68404	Information der Verbraucher	0	10.584		11.562	5.654	7.029	8.126	5.973	9.650	9.650
1002	68405	Maßnahmen zur Förderung ausgewogener Ernährung					7.498	7.788	8.051	8.400	15.800	16.000
1010	68501	Zuschuss an die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt									10.000	10.000
1095	Tgr.11	Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls						9.561	6.712			
1095	Tgr.12	Sonderrahmenplan für Maßnahmen des Insektenschutzes						32.546	58.263			
1107	88411	Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft							16.617	8.699	25.050	21.600
"0903	68302	An Unternehmen für F&E erneuerbare Energien										
1225	88218	für städtebaulichen Denkmalschutz Ost			91.873							
1225	88219	für städtebaulichen Denkmalschutz West			8.257							
1225	88203	Förderung von Investitionen in nationale UNESCO – Weltkulturerbestätten			34.401	857						
1503		Prävention und Gesundheitsverbände (ohne Covid)					51.018	65.191	56.382			
1601	68501	Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel								41.461	60.000	41.071
1601	68504	An Verbände auf den Gebieten des Umweltschutzes und Naturschutzes	6.825	11.798	11.561	11.696	10.112	10.422	10.326	10.771	10.782	11.250
1601	89205	Nationaler Meeresschutz								0	30.000	35.000
1602	68605	Nationale Klimaschutzinitiative				55.366	37.536					
1602	68602	Aktionsprogramm Klimaschutz						3.798	7.006			
1602	68505	Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel					2.611	5.886	11.164			
1604	68501	Bundesprogramm biologische Vielfalt					22.006	31.159	40.061			
1604	88201	Für schutzwürdige Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung					11.084	13.227	11.966			
1604	89301	Auenrenaturierung an Bundeswasserstraßen (Blaues Band)					1.717	2.055	1.559			
1604	89302	Wildnisfonds					176	10.091	5.789			
1604	89402	Bundesnaturschutzfonds								60.684	118.445	108.000
6092	68605	Nationale Klimaschutzinitiative				73.447	119.634	138.647	173.224	218.859	363.500	387.900
6092	68623	Maßnahmen zum nationalen Klimaschutz						8.726	13.646			
6092	68503	Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel							177	3.855	162.717	277.200
6092	68606	Waldklimafonds				8.621	12.102	15.842	22.487	25.822	27.000	20.108

Fortsetzung Tabelle A13

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
6092	68630	Honorierung der Ökosystemleistung des Waldes und von klimaangepasstem Waldmanagement								5.135	200.000	0
6092	68631	Maßnahmen zum Natürlichen Klimaschutz								4.319	582.000	742.393
6092	68632	Fördermaßnahme zum Natürlichen Klimaschutz in kommunalen Gebieten im ländlichen Raum									8.000	
6092	68301	F&Evorhaben: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz				77.601						
6092	68302	F&Evorhaben: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz			0	67.484						
3004	68310	DATI, Weiterentwicklung der Innovationsförderung und -kooperation		84.408	89.493	121.306	105.754	95.858	90.070	98.025	337.432	394.432
3004	68320	An Unternehmen für Kommunikationssysteme, IT - Sicherheit	45.273		59.082	56.561	75.325	77.487	119.923	202.503	280.730	270.820
3004	68321	An Unternehmen für Informationstechnologien, Softwaresysteme	47.430	52.884	138.980	108.763	115.690	148.588	154.759	149.123	165.510	129.890
3004	68322	An Unternehmen für Mensch – Technik – Interaktion				73.786	78.439	76.523				
3004	68322	An Unternehmen für Mikrosystemtechnik	51.036	45.754	72.455							
3004	68323	An Unternehmen für Elektroniksysteme	75.671		86.509	57.943	85.002	107.328	118.379	132.104	144.787	137.854
3004	89423	An Unternehmen für Mikroelektronik und Digitalisierung – Investitionen					112.421	107.084	47.866	108.198	116.600	193.800
3004	68513	Instrumente zur Gestaltung des digitalen Wandels					67.626					
3006	68316	Information und Kommunikation, Anwendung	43.460									
3006	68317	An Unternehmen für Nanotechnologien		76.689								
3006	68319	An Unternehmen für optische Technologien		70.809	99.523							
3006	68304	An Unternehmen FuE für innovative Arbeitsgestaltung und Dienstleistungen	29.160									
3006	68330	FuE in den Bereichen physikalische und chemische Technologien	67.604									
3006	86331	FuE in ausgewählten Bereichen der Lasertechnik	34.004									
3004	68324	An Unternehmen für Forschung für Produktion, Dienstleistung und Arbeit	57.079	55.581	72.896	74.421	116.220	124.941	120.888	133.066	122.390	123.500
3004	68325	An Unternehmen für Forschung über Quantentechnologien, Photonik				99.983	94.608	91.554	197.035	238.782	236.250	215.070
3004	68327	An Unternehmen für Sicherheitsforschung			50.522	49.551	56.781	53.076	58.811	58.962	66.900	63.000
3004	68326	An Unternehmen für neue Werkstoffe, Nanotechnologien	62.939	84.054	116.248	71.701	79.272	75.610	77.817	151.152	114.550	110.390
3004	68330	An Unternehmen für Forschung über Bioökonomie	103.478	106.422	184.934	134.361	139.986	142.928	134.136	122.210	100.855	100.976
3004	68331	Interaktive Technologien für Gesundheit und Lebensqualität							76.509	76.725	71.732	68.379
3004	89421	IT-Infrastruktur im Bereich Künstliche Intelligenz								7.970	24.000	128.000
6004	69808	An die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“	2.334.047									
		Insgesamt	3.470.292	1.214.642	1.753.425	1.863.311	2.226.354	2.309.689	2.573.809	2.852.714	4.418.629	4.617.576
3004	68510	Innovationsförderung in den neuen Ländern und regionaler Strukturwandel (in Subventionen enthalten)	8.755	74.451	142.912	122.395	174.536	162.705	181.385	156.826	105.426	51.826

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Tabelle A14:
Vorwiegend anwendungsorientierte Forschungsförderung für Unternehmen (in 1.000 Euro) (in den Subventionen enthalten)

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
3004	68510	Innovationsförderung in den neuen Ländern und regionaler Strukturwandel (in Subventionen enthalten)	8.755	74.451	142.912	122.395	174.536	162.705	181.385	156.826	105.426	51.826
"0901	68331	Forschungsförderung von Technologievorhaben der zivilen Luftfahrtindustrie	46.754	38.034	68.620	136.922	155.188	149.869	203.034	202.303	238.133	200.363
"0902	89294	Forschungsförderung von Technologievorhaben der zivilen Luftfahrtindustrie	0	0	38.833	0	0	0	0	0	0	0
"0901	89211	Zukunftsinvestitionsprogramm für Fahrzeughersteller und die Zulieferindustrie sowie Forschungs- und Entwicklungsprojekte für transformationsrelevante Innovationen und regionale Innovationscluster	0	0	0	0	0	86	102.509	248.014	315.869	303.631
"0901	68611	Zukunftsfonds Automobilindustrie	0	0	0	0	0	0	894	10.925	70.464	81.864
"0901	89602	Wasserstoffstrategie Außenwirtschaft – Internationale Kooperation Wasserstoff	0	0	0	0	0	88	37.433	45.400	223.101	0
1210	89105	Förderung der Entwicklung von Systemen zur Hardware-Nachrüstung bei dieselbetriebenen Kraftfahrzeugen und Maschinen	0	0	0	0	0	0	0	0	20.000	18.000
1204	68601	Für Entwicklung und Erprobung neuer Netztechnologien	0	0	0	0	0	0	900	3.321	88.980	71.620
1204	68604	innovative Anwendung von künstlicher Intelligenz	0	0	0	0	0	5.125	0	0	0	0
"0901	89221	Mikroelektronik für die Digitalisierung	0	0	0	0	355.000	285.000	76.377	37.957	879.000	0
6092	89209	Mikroelektronik für die Digitalisierung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4.821.057
6002	68608	Verstärkung von Maßnahmen zur Förderung von Projekten im Bereich der Mikroelektronik	0	0	0	0	0	0	0	0	2.740.000	0
6092	89602	Wasserstoffstrategie Außenwirtschaft - Internationale Kooperation Wasserstoff	0	0	0	0	0	0	0	0	0	284.017
1210	89121	Für Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie	0	0	25.862	21.603	0	0	0	0	0	0
1210	68321	Für Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie	0	0	23.267	17.771	0	0	0	0	0	0
1210	89203	Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie	0	0	0	0	60.526	67.061	68.743	0	0	0
1602	68321	Forschungs- und Entwicklungsvorhaben: Erneuerbare Energien, Teilbereich: „250 Megawattwind“, Ansatz im Subventionsbericht	57.748	28.084	60.738	0	0	0	0	0	0	0
"0903	68301	F.u.E.: rationelle Energieverwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik	69.648	41.994	78.580	126.277	512.183	528.143	564.323	521.125	589.034	569.034
3007	68350	Umweltgerechte nachhaltige Entwicklung, F.u.E.	131.929	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6092	68304	Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Elektromobilität	0	0	0	217.679	234.623	319.665	309.910	312.092	588.900	358.505
6092	68305	hybridelektrisches Fliegen	0	0	0	0	0	4.750	37.179	48.005	170.000	109.000
6092	89207	DEU-FRA-Projekte IPCEI Wasserstoff	0	0	0	0	0	0	0	0	273.000	669.385
6092	68502	anwendungsorientierte Grundlagenforschung grüner Wasserstoff	0	0	0	0	0	29.416	99.794	245.920	295.000	154.565
6092	89203	Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie	0	0	0	0	0	387	3.725	16.632	563.500	644.498
6092	89305	Wasserstoff- und Brennstoffzellenanwendungen im Verkehr	0	0	0	0	0	0	4.988	17.670	234.331	102.007
6092	68625	Entwicklung regenerativer Kraftstoffe	0	0	0	0	0	0	361	1.919	59.500	69.835
"0902	68654	F.u.E. in den neuen Bundesländern, ab 2004: Förderung innovativer Wachstumsträger, Ansatz nach Subventionsbericht	122.741	93.479	0	0	0	0	0	0	0	0
"0902	66202	Zinszuschüsse des ERP-Innovationsprogramms zur Förderung des Mittelstandes	0	34.600	55.920	62.600	50.835	27.292	24.096	25.560	50.871	50.789

Fortsetzung Tabelle A14

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
"0902	68666	Förderung der Innovationsfähigkeit der KMU und des Technologietransfers	7.891	5.496	0	0	0	0	0	0	0	0
"0901	68321	Entwicklung digitaler Technologien	20.030	26.630	43.391	38.748	69.502	91.943	118.774	146.644	169.209	148.676
"0901	68301	Innovationsförderung, zentrales Innovationsprogramm Mittelstand	125.298	126.196	302.501	555.405	435.636	492.253	568.929	606.333	700.000	635.315
"0901	68302	Innovationsberatung	0	249	12.639	9.432	6.573	6.901	5.416	5.982	7.114	7.102
"0901	68503	Sprunginnovationen und Innovations-ökosystem	0	0	0	0	0	0	0	12.236	22.273	26.258
"0901	68601	Förderung der industriellen Gemeinschaftsforschung und -entwicklung	87.938	101.038	192.093	204.112	243.182	270.037	271.846	256.035	270.000	253.111
"0901	68501	Technologie- und Innovationstransfer	0	1.900	24.997	22.970	27.740	34.088	37.767	32.830	34.390	33.973
6091	68301	zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)	0	0	319.972	0	0	0	0	0	0	0
		Summe	678.732	572.151	1.390.325	1.535.914	2.325.524	2.474.809	2.718.383	2.953.729	8.708.095	9.664.431

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Tabelle A15:
In den Subventionen enthaltene Ausgaben für Infrastruktur (in 1.000 Euro)^a

Kapitel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
1202 - 89151	Zuweisung für Investitionen in die Schienenwege für Eisenbahnen des Bundes (Konjunkturprogramm)	0	450.342	1.031.926	0	0	0	0	0	0	0
89191	Innovations- und Investitionsprogramm im Schienenverkehr (Konjunkturprogramm)	0	0	369.800	0	90.050	0	0	0	0	0
1206 - 89101	Investitionszuschüsse für Vorhaben des ÖPNV unter 50 Mio. Euro an die Deutsche Bahn AG	98.842	48.169	85.650	62.008	100.936	146.837	56.363	381.782	411.266	411.266
1202 - 86101	Investitionsdarlehen für Schienenwege (Umwandlungsklausel in Zuschuss)	608.871	94.500	0	0		0	0	0	0	0
- 89101	Investitionszuschuss für Schienenwege	1.984.487	2.508.158	69.763	963.000	1.529.197	1.385.000	2.045.000	1.790.000	2.000.000	1.682.299
- 89102	Hilfe zur Nachholung von Investitionen im Bereich d. ehemaligen Deutschen Reichsbahn	735.156	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1210 - 74521	Maßnahmen nach Eisenbahnkreuzungsgesetz	14.598	25.878	5.339	10.410	0	0	0	0	0	0
1222 - 74521	Maßnahmen nach Eisenbahnkreuzungsgesetz	17.571	13.598	4.349	7.712	0	0	0	0	0	0
1202 - 89103	Zuschuss von der EU für Investitionen in Transeuropäische Verkehrsnetze	11.331	109.616	77.215	32.983	322.195	144.050	52.307	139.938	0	0
- 89104	Baukostenzuschüsse des EFRE	0	36.060	47.770	69.760	23.878	7.282	0		0	
- 89105	Zuschuss zur Lärmsanierung an Schienenwegen	7.158	50.980	100.000	107.302	148.897	190.465	185.516	129.943	175.000	185.384
89106	internationale Korridore mit dem Europäischen Eisenbahnverkehrsleitsystem	0	0	0	0	32.375	195.000	417.460	209.743	637.544	1.083.156
89108	Für Elektrifizierung regionaler Schienenstrecken	0	0	0	0	0	0	14	896	3.000	13.300
1202 - 89197	Baukostenzuschuss für d. Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	0	114.000	0	0	0	0	0	0	0	0
1202 - Tgr 1	Infrastrukturbeitrag des Bundes für die Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	0	0	1.500.198	3.350.427	4.151.181	5.293.520	5.292.957	5.308.488	4.717.115	7.475.744
1201 - 74521	Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen	0	0	0	0	40.722	21.230	16.934	10.946	20.000	20.000
1201 - 74312	Baukostenzuschüsse der Europäischen Union für Investitionen in Transeuropäische Verkehrsnetze im Bereich Bundesautobahnen					0	0	5.830	0	0	0
1202 - 74521	Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen	0	0	0	0	7.647	2.647	3.496	2.781	6.000	6.000
1226 - 89281	Zuschuss an d. DBAG für die S-Bahn-Linie in Berlin	18.274	7.784	0	0	0	0	0	0	0	0
1210 - 88301	Maßnahmen zur Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme	0	0	0	0	25.510	74.909	95.676	0	61.000	47.000
6002 - 88201	Für Investitionen im Bereich der Seehäfen	0	38.346	38.346	38.346	38.346	38.346	38.346	38.346	38.346	38.346
1206 - 88202	Ausgaben für Schieneninfrastruktur des ÖPNV	188.198	251.349	245.401	255.966	104.108	166.229	215.502	520.452	588.734	588.734
1202 - 88221	Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach §13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz, Baulast: Länder	0	18.270	18.219	15.265	12.138	16.824	7.212	14.264	15.000	15.000
- 88321	Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach §13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz, Baulast: Kommunen	0	44.370	57.164	39.109	47.415	53.903	70.067	88.611	57.505	91.500
6091 - 89121	Investitionen in Schienenverkehr	0	0	168.042	0	0	0	0	0	0	0
2502 - Tgr. 5	Nationale Stadtentwicklungspolitik	0	0	0	1.840	2.826	6.475	6.414	8.064	44.057	43.910
2502 - 88211	Förderung städtebaulicher Maßnahmen	0	21.015	0	445.906	622.065	659.324	662.258	712.143	790.000	762.350
88212	Förderung der Innenentwicklung der Städte und Gemeinden	0	0	26.428	3.584	0	0	0	0	0	0

Fortsetzung Tabelle A15

Kapitel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
- 88213	Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den alten Ländern	42.692	89.279	71.875	-1.676	0	0	0	0	0	0
88214	Zuschuss an Länder zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf	0	57.786	104.123	7.237	0	0	0	0	0	0
88215	Für den Stadtbau West	0	0	62.373	4.074	0	0	0	0	0	0
88216	Für den Stadtbau Ost	0	0	105.291	2.119	0	0	0	0	0	0
- 88217	Förderung städtebaulicher Maßnahmen in den neuen Ländern	263.365	300.439	79.140	5.425	0	0	0	0	0	0
88291	Investitionspakt Bund-Länder-Gemeinden/Städtebau	0	0	128.921	668	0	0	0	0	0	0
88292	für kleinere Gemeinden	0	0	0	139	0	0	0	0	0	0
88221	Zuweisungen für Investitionen in den alten und neuen Ländern	0	17.621	0	0	0	0	0	0	0	0
88222	nationale Projekte des Städtebaus	0	0	0	0	12.461	0	0	0	0	0
2502 - 88228	Zuweisungen an die neuen Länder zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	352.118	115.261	0	0	0	0	0	0	0	0
88292	Zuweisung zur Förderung von kleineren Städten und Gemeinden	0	0	367	0	0	0	0	0	0	0
88293	Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus	0	0	0	10.005	26.215	17.824	37.739	39.759	69.375	65.250
6092 - 89316	Wohneigentumsförderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	48.850
1204 - 68303	Umsetzung der 5*5G - Strategie	0	0	0	0	682	0	0	0	0	0
63301	Umsetzung der 5*5G - Strategie	0	0	0	0	0	16.001	21.705	53.163	94.827	35.877
68201	An die Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft und für Umsetzung der Mobilfunkstrategie der Bundesregierung	0	0	0	0	0	15	19.723	19.580	35.000	21.400
68302	Umrüstung des GSM-R-Funksystems zur Erhöhung der Störfestigkeit	0	0	0	0	0	268	0	0	0	0
68601	Für Entwicklung und Erprobung neuer Netztechnologien				0	0	0	900	3.321	88.980	71.620
68604	innovative Anwendung von künstlicher Intelligenz	0	0	0	0	0	5.125	0		0	
89203	Unterstützung des Mobilfunkausbaus						0	0	0	0	154.231
1204 - 89101	Digitale Testfelder in Häfen				0	0	0	98	2.515	15.000	13.000
89201	Digitale Testfelder an Bahnstrecken				0	0	0	2.001	0	0	0
89202	Investitionen in neue Netzwerktechnologien				0	0	0	9.851	1.066	22.220	7.580
0901 - 68623	Potentiale der digitalen Wirtschaft	0	0	0	6.657	17.108	23.258	27.113	22.819	31.650	33.628
0901 - 68624	Digitale Initiative Industrie	0	0	0	0	6.237	9.381	16.921	18.621	23.200	38.000
68625	Investitionszuschussprogramm Digitaler Mittelstand						1.849	12.929	46.061	98.296	82.049
1210 - 89471	Unterstützung des flächen-deckenden Breitbandausbaus	0	0	0	0	265.325	0	0	0	0	0
1202 - 88222	Für Breitbandausbau	0	0	0	317.568	0	0	0	0	0	0
6097 - 89411	Unterstützung des Ausbaus von Gigabitnetzen	0	0	0	0	20.085	37.377	129.477	271.722	1.456.184	0
89211	Unterstützung des Mobilfunkausbaus in den Grenzen der wettbewerblichen und regulatorischen Rahmenbedingungen	0	0	0	0	0	0	3.853	4.724	296.100	0
6092 - 89302	Zuschüsse für Ladeinfrastruktur elektrisch betriebener Fahrzeuge	0	0	0	0	11.569	18.607	310.291	480.557	1.935.000	1.808.600
6092 - 89303	Transformation Wärmenetze	0	0	0	0	1.263	3.505	5.636	51.739	500.000	750.000
6092 - 88208	Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Landstromversorgung in deutschen Häfen	0	0	0	0	0	2.916	22.791	12.493	50.000	30.000
	Zusammen	4.342.661	4.412.821	4.397.700	5.755.834	7.660.431	8.538.167	9.792.380	10.384.537	14.280.399	15.624.074

^aIm Wesentlichen für den Schienenverkehr, Städtebau, Mobilfunk und Breitbandausbau.

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); Laaser, Rosenschon und Schrader (2024, forthcoming); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Tabelle A16:
Sonstige Ausgaben des Bundes (in 1.000 Euro)

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
"0801		Wiedergutmachungen des Bundes	607.480	639.945	592.355	759.851	991.058	1.198.885	1.381.053	1.298.181	1.524.038	1.549.201
1217	63601	Gegenwertzahlung an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) im Rahmen der Auflösung der VBL-Mitgliedschaft der Deutschen Lufthansa AG	41.369	41.369								
1103		Soziale Entschädigung (Kriegsopferversorgung und Fürsorge sowie gleichartige Leistungen)	4.395.410	3.149.708	1.942.588	1.041.549	627.649	558.751	502.226	432.571	431.045	495.388
1502	68103	Erstattung an die BfA für Entschädigungsrenten an Opfer des Nationalsozialismus in der ehemaligen DDR	38.075	22.126	12.006							
1702	63201	Aufwendungen für Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft	26.816	35.702	32.705	36.870	40.825	40.858	40.812	42.484	42.650	42.650
"0601	53249	Ausgaben aus Anlass von Verfassungsjubiläen und Gedenktagen					25.981	5.701	629			
"0601	63241	Kosten der Bundestagswahlen sowie Kosten der Direktwahl zum Europäischen Parlament	9.630	48.430	5.568	270	78.834	284	99.962	45.155	668	131.203
"0601	63245	An das Land Berlin für hauptstadtbedingte Sicherheitskosten			60.000	60.000	100.000	100.000	100.000	110.000	120.000	120.000
"0910	68304	Entschädigungen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz							37			
"0916	68301	Entschädigungsleistungen im Rahmen von Durchfuhrkontrollverfahren sowie Verfahren zur Erteilung und Aufhebung von Genehmigungen im Außenwirtschaftsverkehr						0	500			
1110	68501	Beteiligung des Bundes an der Stiftung Anerkennung und Hilfe					33.047	19.828	18.411			
1602	81203	Ankauf von Emissionsrechten nach der EU-Lastenteilungsentcheidung						0				
6002	68403	Zahlungen nach § 49b Bundeswahlgesetz, § 28 Europawahlgesetz und dem Parteiengesetz	103.101	112.107	113.389	142.225	198.973	169.611	145.090	214.991	227.700	232.100
6002	54001	Prägekosten, Metallbeschaffungskosten, Kosten für den Vertrieb für Sammlermünzen und die Unterhaltung des Münzumschlags	258.859	149.468	262.439	231.040	209.632	322.906	286.995	325.369	438.000	314.000
6002	63201	Erstattung von Verwaltungskosten an die Länder für Erhebung der Kfz-Steuer durch die Finanzbehörden der Länder im Wege der Organleihe			170.000							
6002	63201	Zuweisung an die Länder gemäß Zensusgesetz							150.000			
6002	63203	Beteiligung des Bundes im Zusammenhang mit dem Hochwasser							121.091		8.500	
6002	88203	Beteiligung des Bundes an den Kosten der Hansestadt Hamburg für OSZE-Ministerrat und G 20-Gipfel										
6002	69703	Beitrag zur Kapitalausstattung der Bundesdruckerei										
6002	86301	Darlehen an die Entschädigungseinrichtungen der Wertpapierhandelsunternehmen										
6002	69701	Darlehen an die KfW zum Ausgleich der mit dem Zuweisungsgeschäft IKB verbundenen Nachteile										
6002	69702	Erstattung an die Post AG im Rahmen eines Beihilfeverfahrens										
6002	66101	Zinsverbilligung im Rahmen des Sonderfonds „Wachstumsimpulse“ im KfW-Infrastrukturprogramm		161.297								

Fortsetzung Tabelle A16

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
6002	71202	Vorsorge Ausgabereiste Investitionen									1.300.000	
6002	81101	Erwerb von Fahrzeugen					429.562		295.784	92.658	82.400	91.500
6002	88203	Beteiligung des Bundes an der Aufstockung des Bayrischen Hochwasserschutz-Aktionsprogramms 2020										
6002	97108	Globale Mehrausgabe für Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus sowie zur Stärkung des interreligiösen Dialogs										
6002	Tgr. 01	Verstärkung von Ausgaben im Personalsektor									3.000.450	3.750.450
6002	91901	Zuführung an Rücklage zur Finanzierung von Belastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern				12.145.318	13.049.588					
6002	91922	Zuführung an die Rücklage Digitalpakt Schule										
6002	97102	Ausgabemittel zur Restedeckung									250.000	
6002	97141	Ausgabemittel zur Restedeckung									488.971	500.000
6002	68102	Beteiligung an den Kosten der Ausrichtung des G7-Gipfels 2022 in Elmau								45.000	30.000	
6004	69804	Soforthilfe des Bundes für vom Hochwasser Geschädigte										
6002	88205	An Mecklenburg-Vorpommern für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen für den G8 Gipfel 2007										
6003		Leistungen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit	7.127.188	16.289	297.118	187.711	130.207	139.761	118.959	112.840	191.501	172.501
6004	Tgr.01	Leistungen aufgrund des allgemeinen Kriegsfolgengesetzes	81.951									
6004	65401	Zuschüsse an den Ausgleichsfonds (Lastenausgleich)	68.002									
6004	66102	Zinszuschüsse im Rahmen des Gemeindeprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau										
6092	69701	Ausgleichszahlungen an Betreiber von Kohlekraftwerken							380.644	219.237	505.333	457.730
6002	69702	Ausgleichszahlungen zur abschließenden Regelung gemäß 18. AtG-Novelle Energieversorgungsunternehmen (aus Nachtragshaushalt)							2.428.313			
1605	63201	Erstattung von Zweckausgaben der Länder beim Vollzug des Atomgesetzes und des Strahlenschutzgesetzes					9.725	12.876	15.017			
1605	69701	Ausgleich für Investitionen nach §7e Atomgesetz	0									
insgesamt			12.757.882	4.376.441	3.488.168	14.604.834	15.925.081	2.569.461	6.085.523	2.938.486	8.641.256	7.856.723

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Tabelle A17:
Bereinigung der Summe der Bundesaussgaben laut Bundeshaushalt (in 1.000 Euro)^a

	2000	2005	2010	2015	2019	2020	2021	2022	Soll 2023	Soll 2024
Ausgaben laut Bundeshaushaltsrechnung/plan	244.404.677	259.800.000	303.700.000	311.400.000	357.121.422	443.431.974	557.093.046	481.304.311	461.211.782	476.808.000
minus Mehrausgaben des Bundes nach Haushaltsplan mit unmittelbarem Bezug zur Coronakrise (siehe Anhangtabelle A16)						-62.578.045	-111.237.801	-69.729.887	-10.260.516	-3.467.072
minus Maßnahmen zugunsten der Ukraine (siehe Anhangtabelle A17)								-2.937.478	-4.055.000	-8.038.127
plus Ausgaben des Wirtschaftsstabilisierungsfonds								30.224.654	43.125.633	
plus Zuweisungen Sondervermögen Bundeswehr								0	8.409.017	19.799.823
plus Regionalisierungsmittel	6.772.757	7.053.100	6.876.752	7.408.215	8.650.818	11.456.433	9.458.201	9.744.000	12.398.000	13.225.000
plus Zuweisungen an die Europäische Union nach BSP-Schlüssel	8.943.064	15.075.217	18.153.316	21.577.829	23.316.628	25.615.615	28.683.258	25.573.741	24.280.000	23.850.000
plus Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	9.495.817	3.258.236	1.836.492	4.097.528	2.519.762	2.472.841	4.416.280	4.837.575	5.310.000	5.600.000
plus Kunststoff-Eigenmittel der EU								1.376.980	1.420.000	1.420.000
plus Zuweisungen an Länder gemäß § 11 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern	13.470.958	14.580.582	12.879.981	10.041.321	7.555.367	8.751.349	10.070.726	10.675.496	10.730.000	11.152.000
plus Sanierungshilfen Bremen und Saarland						1.066.667	800.000	800.000	800.000	800.000
plus Zuweisungen im Rahmen des Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetzes in den sozialen Mindestsicherungssystemen										
plus Finanzhilfen des „Klima- und Transformationsfonds“				1.087.424	3.010.137	4.845.419	20.421.561	13.182.585	33.974.528	47.073.377
plus Finanzhilfen des Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“			533.000	203.000	298.492	338.886	365.706	383.980		
plus Finanzhilfen nach Kita-Qualitätsgesetz									1.993.000	2.000.000
plus Finanzhilfen des Investitions- und Tilgungsfonds			1.389.363							
plus Finanzhilfen des Sondervermögens „digitale Infrastruktur“ für Schulen					7.124	480.747	738.413		1.750.000	
plus Finanzhilfen des Sondervermögens „digitale Infrastruktur“ für Gigabit- und Mobilfunknetze					20.085	37.377	133.330		1.752.284	
Plus globale Minderausgaben Haushaltskapitel 6000									11.030.148	8.000.000
minus Zuführungen an das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“					-300.000	-800.000				
minus Zuführungen an das Sondervermögen „Klima- und Transformationsfonds“				-2.081.000	-1.791.954	-27.649.193	-62.479.321	-5.846.359		
minus Zuführungen an das Sondervermögen „Ausbau ganztägiger Bildungs- und betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“						-1.000.000				
minus Zuweisungen an das Sondervermögen „digitale Infrastruktur“						-1.722.185	-570.591	-2.627.517	-255.664	
minus Zuweisung an den Investitions- und Tilgungsfonds										
minus Zuweisung an das Sondervermögen Aufbauhilfe (Hochwasser)								-16.000.000		
minus Zuführung an den Sonderfonds „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“			-3.500.000							
Investitionen in die Bundesautobahnen			169.692							
Investitionen in die Bundesstraßen			93.182							
Investitionen in die Bundeswasserstraßen			105.958							
Bereinigte Ausgaben	283.087.273	299.767.135	345.737.736	350.234.317	400.407.881	404.747.885	441.892.808	496.962.081	603.613.212	598.223.001

^aBereinigung nach dem Bruttoprinzip wegen verschiedener Ausgabeposten, die im Bundeshaushalt als negative Einnahmen verbucht werden, sowie wegen des Einbezugs der Ausgaben der Sondervermögen und gleichzeitigen Eliminierung der Zuweisungen des Bundes an diese Sondervermögen.

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Tabelle A18:
Mehrausgaben des Bundes im Gefolge der Coronakrise^a

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
1) gesundheitspolitische Maßnahmen							
"0910	89205	COVID-19-Programm: Förderung infektionsschutz-gerechter raumluftechnischer Anlagen (RLT-Anlagen)	0	5.086	122.060	1.301.000	0
"0910	Tgr. 01	Pandemievorsorge und -bewältigung	40.446	57.204	25.880	92.872	32.078
1501	63201	Ausgleichszahlungen nach § 21 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes	9.410.426	5.026.097	4.067.706	50.000	10.000
1501	63603	Leistungen des Bundes an den Gesundheitsfonds für SARS-CoV-2-Pandemie verursachte Belastungen	3.537.948	17.958.953	31.161.766	1.200.000	140.500
1501	63604	Zuweisungen an die Liquiditätsreserve des Gesund-heitsfonds für das Zukunftsprogramm Krankenhäuser.		3.000.000			
1502	63602	Leistungen des Bundes an den Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung für SARS-CoV-2-Pandemie ver-ursachte Belastungen	1.800.000	1.000.000	2.200.000	0	0
1502	68102	Prämie für Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflege-einrichtungen			1.000.000	0	0
1503	53107	Finanzierung von Pandemiebereitschaftsverträgen				156.415	486.124
1503	53108	Öffentlichkeitsarbeit für Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie			142.752	60.000	0
1503	68403	Zuschüsse zur Bekämpfung des Ausbruchs des neuen Coronavirus	6.129.539	941.950	1.898.568	231.446	15.000
1503	68404	Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung der Krisen-reaktionsfähigkeit des deutschen Gesundheitswesens		2.988	971	5.000	2.600
1503	68405	Kosten der Einführung einer digitalen Einreiseanmeldung		30.032	0	1.720	17.723
1503	68406	Nationale Reserve Gesundheitsschutz		749.935			
1503	68407	Zuschüsse zur zentralen Beschaffung von Impfstoffen gegen SARSCoV-2		3.872.519	6.694.114	3.024.393	346.227
1503	68624	Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Long-Covid					7.000
1503	89201	Investitionszuschüsse zur Förderung der inländischen Entwicklung und Produktion von Impfstoffen		2.528			
1503	Tgr.02	Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst		84.123	297.582	220.670	163.820
3004	68530	Gesundheitsforschung und Gesundheitswirtschaft, Mehr-ausgaben gegenüber ursprünglichem Soll für 2020	683.195	497.435			
6002	68705	Deutscher Beitrag zum EU COVID-19 Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank		191		495.000	
6002	97104	Globale Mehrausgabe für Kosten im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19-Pandemie und der Ukraine-Krise, geschätzter Corona-Anteil	0				
		Summe	21.601.554	33.229.041	47.611.399	6.838.516	1.221.072
2) sozialpolitisch motivierte Maßnahmen							
1101	63211	Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unter-kunft und Heizung (Grundsicherung für Arbeits-suchende), Mehrausgaben gegenüber ursprüng-lichem Soll für 2020	4.397.097	3.783.608	3.648.482		
1101	63613	Arbeitslosengeld II/ Bürgergeld, Mehrausgaben gegenüber ursprünglichem Soll für 2020	4.000.000	2.500.000	2.218.647		
1101	85622	Darlehen an Bundesagentur für Arbeit	6.912.687				
1101	63622	Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit		16.935.458			
1105	68407	Zuschüsse für Einrichtungen der Behindertenhilfe und Inklusionsunternehmen		57.475			
1701	68113	Kinderzuschlag für Anspruchsberechtigte nach § 6 a Bundeskindergeldgesetz, Mehrausgaben wegen Konjunkturpaket	582.836	866.862	866.888		
1703	68428	Corona-Auszeit für Familien	0	4.833	33.788		
		Summe	15.892.621	24.148.235	6.767.805		

Fortsetzung Tabelle A18

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
3) Entschädigungen wegen Einschränkungen der Wirtschaftsaktivität							
"0452	68412	Projektförderung im Kulturbereich im Rahmen der deutschen Vereinigung und internationaler sowie nationaler Repräsentation, Milderung und Prävention von pandemiebedingten Notlagen	636.477	435.308			
"0601	68427	Corona-Überbrückungshilfe für Profisportvereine	200.000	327	44.266		
"0601	68627	Neustart nach Corona			25.000		
1110	68302	Förderung zur Sicherung von Arbeitsplätzen der Beschäftigten in deutschen Häfen		0			
1202	83101	Erhöhung des Eigenkapitals der Deutschen Bahn AG Mehrausgaben als Entschädigung für coronabedingte Einnahmeausfälle	0	2.299.000			
1205	68202	Einmalige Beihilfen an die Betreibergesellschaften der Flughäfen		184.683			
1210	68614	Vorübergehende Beihilfen für Seelotsen zur Sicherung des Seelotswesens	1.145	269			
1210	68306	Vorübergehende Beihilfen für Vorhaltekosten für Kraftomnibusse, die ausschließlich im Gelegenheitsverkehr eingesetzt werden	87.561	77.757			
1210	68252	Reduzierung Trassenpreise im Schienengüterverkehr (coronabedingte Aufstockung)		596.275			
1210	68253	Reduzierung Trassenpreise im Personenfernverkehr (coronabedingt)		1.778.928		130.000	
3002	68320	Sicherung von Ausbildungen	24.558	166.036			
3002	66150	Darlehen als Soforthilfe für Studierende in pandemiebedingten Notlagen - Zinszuschüsse und Sicherheitsleistungen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)		30.270			
3004	68501	Unterstützung anwendungsorientierter Forschung für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen	195.620	95.483			
3208	68701	Entschädigungen und Kosten aus inlandsbezogenen Gewährleistungen, Zahlungen zur Abwendung und Minderung von Schäden Mehrausgaben gegenüber Durchschnitt von 2015 bis 2019		87.412	0	0	0
3208	68702	Entschädigungen und Kosten aus auslandsbezogenen Gewährleistungen, Zahlungen zur Abwendung und Minderung von Schäden, Mehrausgaben gegenüber dem Durchschnitt von 2015 bis 2019			0	0	0
6001	"03114	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes, Anteil für pandemiebedingte Nachteile			2.200.120		
6002	67104	Erstattung von Ausfällen aus der Garantie für das KfW-Sonderprogramm 2020			0	2.068.000	1.231.000
6002	67105	Erstattung von Ausfällen aus dem KfW-Maßnahmenpaket für Start-ups			10.013	224.000	215.000
6002	68301	Corona-Soforthilfen für kleine Unternehmen und Soloselbstständige	14.080.477	-1.007.014	-439.583		
6002	68302	Corona-Unternehmenshilfen	3.724.004	48.586.027	13.510.867	1.000.000	800.000
		Summe	18.949.842	53.330.761	15.350.683	3.422.000	2.246.000
4) sonstige Ausgaben zum Abfedern der Gesundheits- und Wirtschaftskrise							
"0602	53238	Mehrausgaben für Verwaltungsdigitalisierung aus dem Konjunkturpaket zur Förderung der zügigen und flächendeckenden Umsetzung des Onlinezugangsgangs	0	521.514			
1010	89202	Investitionsförderung für den Stallumbau zur Gewährleistung des Tierwohls	28	8.250			
6002	61201	Vorsorge für den Ausgleich von Gewerbesteuer-mindereinnahmen der Gemeinden	6.134.000				
		Summe	6.134.028	529.764			
		coronabedingte Mehrausgaben insgesamt	62.578.045	111.237.801	69.729.887	10.260.516	3.467.072

*Ohne während der Krise zusätzlich gewährte Subventionsausgaben. Diese wurden als Sondereffekt aus dem Ausgabevolumen in Anhangtabelle A17 eliminiert.

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Tabelle A19:
Mehrausgaben des Bundes zugunsten der Ukraine (in 1.000 Euro)^a

Kapitel	Titel	Bezeichnung	2022	Soll 2023	Soll 2024
"0904	68711	Energiepolitische Zusammenarbeit mit der Ukraine	140.000	55.000	60.750
1491	55499	Ersatzbeschaffung für an die Ukraine abgegebenes militärisches Material			520.000
6002	68703	Ukraineanteil Ertüchtigung von Partnerstaaten in den Bereichen Sicherheit, Verteidigung und Stabilisierung	1.797.478	2.000.000	7.280.000
6002	68707	Finanzielle Unterstützung der Ukraine	1.000.000		
6002	68721	Makrofinanzhilfe zugunsten der Ukraine			177.377
6002	97104	Globale Mehrausgabe für Kosten im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19-Pandemie und der Ukraine-Krise, geschätzter Ukraine-Anteil	0	2.000.000	
		Zusammen	2.937.478	4.055.000	8.038.127

^aDiese Ausgaben wurden als Sondereffekt aus dem Ausgabevolumen in Anhangtabelle A17 eliminiert.

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Tabelle A20:
Ausgaben der Sonderhaushalte des Bundes einschließlich besonderer Finanzierungsvorgänge (in 1.000 Euro)

Kapitel	Bezeichnung	Ist 2022	Soll 2023	Soll 2024
0610	Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Bundes“ (0690)	1.306.125		
0610	Sondervermögen „Versorgungsfonds des Bundes“ (0691)	1.858.508		
1405	Sondervermögen „Bundeswehr“ (1491) ^a	--	8.409.017	19.799.823 ^a
1702	Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ (1790)	1.063.698		
1702	Sondervermögen „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ (1791)	3.145.383		
6002	Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds (ITF)“ (6091)	168.308		
6002	Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ (6097)	7.399.664	4.778.432	4.071.844
6002	Klima- und Transformationsfonds (6092)	104.453.921	40.768.705	49.454.354
6002	Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ (6096)	2.847.280		
6002	Sondervermögens „Aufbauhilfe 2021“ (6098)	15.612.189	1.599.687	2.657.638
6002	Wirtschaftsstabilisierungsfonds (6099)	200.000.001	43.200.000	

^aDavon Zinsen 775.630 T€.

Quelle: BMF (a, lfd. Jgg.; b, lfd. Jgg.); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

